



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

2. Zwischenbericht

zum Stand der Umsetzung des Aktionsprogramms

„Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Stand: 31.12.2004



Inhaltsverzeichnis

1.	Zentrale Botschaften	4
2.	Allgemeine Einführung	6
3.	Programm ENTIMON	9
3.1	Projektförderung 2001 - 2004	10
3.1.1	Projektbezogenes Antrags-, Bewertungs- und Auswahlverfahren	10
3.1.2	Fördermittelverwaltung und Verteilung der Projekte	11
3.1.3	Ergebnisberichterstattung 2004 und Interessenbekundungsverfahren 2005	18
3.2	Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“	22
3.2.1	Blickpunkt Nachhaltigkeit – Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Follow-up-Befragung der 2002 bzw. 2003 ausgelaufenen ENTIMON-Projekte	22
3.2.2	Qualitative Analysen	23
3.2.3	Zum methodischen Vorgehen	29
4.	Programm CIVITAS	30
4.1	Projektförderung 2001 - 2004	31
4.1.1	Projektbezogenes Antrags-, Bewertungs- und Auswahlverfahren	31
4.1.2	Finanzierung der Projekte	32
4.1.3	Erfahrungen und Ergebnisse	40
4.1.4	Neue Ausschreibung und Projektförderung 2005	43
4.2	Follow Up Befragung	44
4.2.1	Einführung	44
4.2.2	Auswertungsdetails	45
4.2.3	Fazit	52
4.3	Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“	52
4.3.1	Zur Förderstruktur	53
4.3.2	Zur Methodik	55
5.	Programm-/Projektunterstützende Aktivitäten der Servicestellen	58
5.1	Qualitätssicherung	58
5.2	Gender Mainstreaming	60
5.3	Landes-/Regionalkonferenzen	60
5.4	Praxistagung „Erfolgreicher arbeiten für Demokratie und Zivilgesellschaft“	62
5.5	Öffentlichkeitsarbeit	63

6.	Zusammenfassung / Gesamtbilanz	66
6.1	Voraussetzungen	66
6.2	Einordnung der Programme	71
6.3	Zur fachlichen Bewertung der Programme	74
6.4	Perspektiven der Weiterentwicklung der Programme	75
7.	Impressum	78

1. Zentrale Botschaften

- 1) Das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wurde auch im Jahr 2004 erfolgreich umgesetzt. Seit Programmbeginn im Jahr 2001 konnten nunmehr über 3.600 Projekte, Initiativen und Maßnahmen mit mehr als 154 Mio. € gefördert werden. Bis zum Ende des Aktionsprogramms im Jahr 2006 wird die Bundesregierung - nach derzeitigem Planungsstand – rund 192 Mio. € Fördermittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und zur Förderung von Toleranz und Weltoffenheit zur Verfügung gestellt haben. Dabei entfallen auf den Programmteil ENTIMON rund 65 Mio. €, auf den Programmteil CIVITAS rund 52 Mio. € und auf den Programmteil XENOS ca. 75 Mio. € aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, die durch zusätzliche Kofinanzierungsmittel in Höhe von 85 Mio. € ergänzt werden.
- 2) Das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ ist ein Modellprogramm des Bundes mit dem Ziel, neue Impulse, modellhafte Projekte und Nachhaltigkeit versprechende Ansätze in der Praxis zu erproben und weiterzuentwickeln. Das Programm ist primär im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt, dient also der Bewusstseinsbildung und ist auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet. Ergebnisse und Erfolge des Aktionsprogramms müssen vor diesem Hintergrund bewertet und in ein realistisches Verhältnis zu den generellen Problemen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gesetzt werden. Hierbei handelt es sich um heterogene Phänomene mit komplexen Verursacherzusammenhängen, die nur zu einem Teil von staatlichen Maßnahmen wie dem Aktionsprogramm erreicht werden können.
- 3) Wichtige, innovative Impulse für die Praxis gingen erkennbar von den gewählten Förderschwerpunkten der Programme CIVITAS und ENTIMON aus. Dies gilt insbesondere für den Förderschwerpunkt „Interkulturelles und interreligiöses Lernen“ im Rahmen von ENTIMON. Die hier sichtbar gewordenen Schwierigkeiten belegen aber auch, dass es in diesem Bereich noch Weiterentwicklungsbedarf sowohl von tragfähigen Strukturen als auch von entsprechenden Qualifizierungsangeboten gibt. Dies gilt besonders für den Bereich der interkulturellen und antirassistischen Jungenarbeit, der im Vergleich zu entsprechenden mädchen- und frauenspezifischen Angeboten noch unterentwickelt ist.
- 4) Die im Rahmen der kommunalen Kontextanalysen der wissenschaftlichen Begleitung des Programmteils CIVITAS gewonnenen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass sich ein Großteil der begleiteten Strukturprojekte erfolgreich in den jeweiligen Kommunen etablieren konnte. So konnte eine Qualitätssteigerung auf der Ebene der Strukturen in der Bildung von Netzwerken, der Partizipation lokaler Akteure am Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und der Selbstorganisation insbesondere von Opfergruppen erreicht werden.

- 5) Positiv hervorzuheben sind die Ergebnisse der Follow-Up-Befragungen von in der Vergangenheit geförderten Projektträgern. Hier zeigte sich ein bemerkenswert hohes Maß an Nachhaltigkeit der bisher geförderten Maßnahmen. Zahlreiche Träger gaben an, auch nach Abschluss der Programmförderung ihre vormals über ENTIMON bzw. CIVITAS geförderte inhaltliche Arbeit fortzusetzen. Die im Rahmen der Programmförderung erstellten Materialien wurden - nach Angaben der Träger - auch nach Projektabschluss auf vielfältige Art und Weise weitergenutzt.
- 6) Entwicklungsbedarf besteht nach wie vor bei der Konzeptionierung von Projekten für bildungsferne Gruppen von Jugendlichen. Was zudem notwendig erscheint, ist eine stärkere Integration von Bildungsangeboten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in für Jugendliche lebensweltlich attraktive Freizeit- und Qualifizierungsangebote.
- 7) Eine weitere zentrale Herausforderung stellt die Gewinnung der lokalen kommunalen Politik für die Anliegen der Programme dar. Wenn kommunale Verwaltungen, Gemeinderäte oder Bürgermeister den Problembereich Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in ihren Gemeinden negieren und herunterzuspielen, haben die Projekte vor Ort einen schweren Stand. Die Entwicklung von Strategien, wie unter solchen Bedingungen eine erfolgreiche Projektarbeit gestaltet werden kann, wäre daher von großer Bedeutung. Auch die Frage der Beteiligung der Kommunen an der Konzeptionierung und Ausgestaltung der Programme gewinnt vor diesem Hintergrund neues Gewicht.

2. Allgemein Einführung

Mit der Initiierung des **Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“** im Jahr 2001 hat die Bundesregierung bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einen Schwerpunkt in der Jugendpolitik gesetzt.

Unter dem Dach des „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ werden im Rahmen des Aktionsprogramms präventiv-pädagogische, modellhafte Maßnahmen und Projekte vor allem in den Bereichen jugendgerechter Aufklärungs-, Bildungs-, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit gefördert. Zentrales Anliegen des im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) angesiedelten Programms ist es, insbesondere bei Jugendlichen demokratisches Verhalten und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken und Toleranz und Weltoffenheit zu fördern.

Das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ besteht aus den **Teilprogrammen XENOS, CIVITAS und ENTIMON**, die mit ihren unterschiedlichen Ansätzen verschiedene Schwerpunktsetzungen abdecken.

- **ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus** fördert bundesweit Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz und zur Prävention und Verhinderung von Rechtsextremismus und Gewalt. Das Programm setzt das im Jahr 2001 begonnene Programm „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ fort. Durch ENTIMON sollen modellhafte Projekte mit nachhaltigen Strukturen gefördert werden, die Beteiligungsprozesse in den Vordergrund stellen und Netzwerkcharakter haben bzw. diesen im Laufe des Projektes entwickeln. Dabei sollen die in den Programmleitlinien festgelegten Ziele - Einübung in Toleranz, Bekämpfung von Gewalt, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Übernahme von Verantwortung im Gemeinwesen, Entwicklung und Stärkung von demokratischem Handeln und Zivilcourage, Vermittlung eines verlässlichen politischen Grundwissens - erreicht werden.

Bisher konnten rund 2.200 Projekte, Initiativen und Maßnahmen im Rahmen des Programms unterstützt werden. Bis zum Jahr 2006 werden – nach derzeitigem Planungsstand – rund 65 Mio. € Fördermittel durch den Bund zur Verfügung gestellt.

- **CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern** unterstützt Projekte und Initiativen in den neuen Bundesländern. Ziel des Programms ist es, eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, entgegenzusetzen. Dabei stehen Maßnahmen und Projekte im Mittelpunkt, die Anerkennung, Schutz und Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten zum

Ziel haben. Sowohl die Professionalisierung von Beratungsstrukturen als auch die Entwicklung und Anerkennung örtlicher zivilgesellschaftlicher Initiativen sind wichtige Elemente zur Stärkung der demokratischen Kultur in den neuen Bundesländern.

Rund 1.200 Maßnahmen konnten seit Programmbeginn gefördert werden. Bis zum Jahr 2006 werden – nach derzeitigem Planungsstand – rund 52 Mio. € Fördermittel seitens des Bundes zur Verfügung gestellt.

- **XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt** zielt darauf ab, mit praxisnahen Maßnahmen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung im Schnittfeld von Schule, Beruf und Arbeitswelt bundesweit entgegenzuwirken. Arbeitsmarktbezogene Maßnahmen werden mit Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus strukturell verknüpft.

Bis 2006 werden ca. 75 Mio. € aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung gestellt, ergänzt durch zusätzliche Kofinanzierungsmittel in Höhe von rund 85 Mio. €. Insgesamt 250 Projekte können im Zeitraum 2000-2006 im Rahmen des Programms gefördert werden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) ist für die Umsetzung des Förderprogramms verantwortlich und kooperiert bei der Ausgestaltung mit dem BMFSFJ.

Da das Teilprogramm XENOS in der Programmverantwortung des BMWA steht, beschränkt sich der vorliegende Bericht auf Stand und Umsetzung der Teilprogramme ENTIMON und CIVITAS. Wo dies aus Gründen der Verständlichkeit, des Sachzusammenhangs oder des Gesamtüberblicks angezeigt ist, wird jedoch auch auf das Programm XENOS Bezug genommen.

Insgesamt konnten im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ seit 2001 mehr als 3.600 Projekte, Initiativen und Maßnahmen mit über 154 Mio. € gefördert werden. Bis zum Jahr 2006 wird der Bund voraussichtlich rund 192 Mio. € an Fördergeldern zur Verfügung gestellt haben.

Schwerpunkte des vorliegenden Berichts sind die bisher erzielten Ergebnisse der wissenschaftlichen Programmbegleitungen CIVITAS und ENTIMON. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die einzelnen Teilprogramme von unterschiedlichen Forschungseinrichtungen begleitet werden, die sich in Ansatz, Form und Herangehensweise ihres wissenschaftlichen Konzepts deutlich voneinander unterscheiden. Während die wissenschaftliche Programmbegleitung CIVITAS im Rahmen einer kommunalen Kontextanalyse ausgewählte Kommunen auf die Wirksamkeit der in ihr angesiedelten Projekte untersucht, konzentriert sich der Ansatz der wissenschaftlichen Begleitung des Programms ENTIMON auf die Untersuchung bestimmter Projekttypen und –arten. Die unterschiedlichen Ansätze ergänzen sich und ermöglichen in der Gesamtschau Aussagen zur Wirksamkeit des Gesamtprogrammansatzes. Der Grundsatz der Analyse und der Bewertung des jeweiligen Teilprogramms auf Programmebene anhand von exemplarischen Praxisanalysen liegt jedoch jeder der beiden Konzepten zugrunde.

Der vorliegende Bericht ist im Sinne eines Fortschrittsberichtes zu den Zwischenberichten zum Stand der Umsetzung der Programme ENTIMON und CIVITAS 2001 - 2003 zu verstehen und baut inhaltlich und konzeptionell auf diesen auf. Auf ausführliche Angaben zu Programmschwerpunkten, Inhalten und Zielsetzungen sowie zu Rolle und Funktion der Programmbeiräte und der programmumsetzenden Servicestellen wurde somit verzichtet. Insoweit wird auf oben genannte Vorberichte verwiesen, die auf der Homepage des BMFSFJ unter www.bmfsfj.de sowie unter www.ENTIMON.de und www.jugendstiftung-CIVITAS.org einsehbar sind.

3. Programm ENTIMON

Im Zentrum des Programms steht die Förderung von Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz und zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt. Einen wesentlichen Beitrag dazu sollen politische Bildungsmaßnahmen leisten. Dabei sollen modellhafte Projekte mit nachhaltigen Strukturen, die Beteiligungsprozesse in den Vordergrund stellen und Netzwerkcharakter haben bzw. entwickeln, besonders berücksichtigt werden.

Ziele des Programms sind

- die Fähigkeit zu entwickeln und zu stärken, Offenheit für die Vielfalt kultureller, ethnischer und religiöser Überzeugungen und Lebensformen zu verbinden mit dem Eintreten für die Verfassung und für Menschenrechte (Einübung in Toleranz),
- die Fähigkeit und die Bereitschaft zu entwickeln und zu stärken, sich gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wenden und Minderheiten zu schützen (Gewalt bekämpfen),
- Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft einzubinden (Integration),
- die Bereitschaft zu fördern, sich für Aufgaben des Gemeinwesens zu engagieren (Verantwortung übernehmen),
- die Fähigkeit zu entwickeln und zu stärken, Interessengegensätze und Konflikte demokratisch zu bewältigen (Demokratie erfahren durch demokratisches Handeln),
- Mut zu machen, die eigene Überzeugung auch öffentlich zu vertreten (Zivilcourage),
- eine verlässliche politische Grundbildung zu vermitteln (Wissen).

Das Programm „ENTIMON – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ richtet sich an junge Menschen, an Haupt- und Berufsschüler/-innen, an Migranten/-innen, an rechtsextremistisch gefährdete (vor allem männliche) Jugendliche, an Eltern und andere Erziehungsberechtigte und an Multiplikatoren/-innen. Gefördert werden bundesweit modellhafte Projekte mit einer maximalen Laufzeit von bis zu 3 Jahren. Seit Programmbeginn 2001 wurden 2.144 Projekte, Initiativen und Maßnahmen im Rahmen der verfügbaren Fördermittel in Höhe von ca. 45,3 Mio. € gefördert. Bis 2006 sollen voraussichtlich rund 65 Mio. € (2001 - 2006) an Fördermitteln seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen der drei Programmschwerpunkte – Lokale Netzwerke, Interkulturelles Lernen und Politische Bildungsarbeit – wurde bisher ein breites Spektrum an Projekt-

typen mit verschiedenen methodischen Ansätzen und unterschiedlicher regionaler Ausrichtung gefördert.

Dabei sind **Qualifizierungs-, Weiterbildungs- und außerschulische Bildungsarbeit zentrale Projekttypen** bei der Umsetzung des Programms ENTIMON.

Die **wichtigste Zielgruppe** im Rahmen des Programms sind **Jugendliche und junge Erwachsene** - ca. 80 % der geförderten Projekte haben diese Zielgruppe im Blick.

Entsprechend der Intention des Programms ENTIMON erhalten in Bezug auf Nachhaltigkeit **Kooperationsprojekte** und insbesondere **Projekte mit Netzwerkcharakter** eine besondere Berücksichtigung bei der Umsetzung der Programmziele.

Im Rahmen der Berichterstattung der Projekte gegenüber der Servicestelle werden insbesondere die Kompetenzbündelung, die Schaffung von Synergien, die Herstellung oder Verbesserung des Informationsflusses, die Hervorbringung kreativer Handlungsabläufe und Lösungsansätze und die Erhöhung der Durchsetzungsfähigkeit als wichtige Faktoren zur Unterstützung und Erreichung der Projektzielstellungen dargestellt.

Auch in Bezug auf die Weiternutzung der entstandenen Produkte bzw. den Erfahrungstransfer nach Auslaufen der ENTIMON-Förderung nehmen die Kooperations-/Netzwerkpartner der Projekte eine wichtige Rolle ein.

Im Rahmen der Programmumsetzung hat die **Eigen- und Drittmittelbeteiligung**, insbesondere bei mehrjährigen Projekten, zunehmend an Bedeutung gewonnen. Seit 2003 wird durch die Servicestelle gegenüber mehrjährig geplanten Projekten durch die Aufforderung zur Erstellung von Akquisitionsplänen mit Kontinuität auf diese notwendige, begleitende Aufgabe im Rahmen der Projektumsetzung hingewiesen. Vor dem Hintergrund der Verstetigung von Projekterfahrungen und –ergebnissen erfolgte diesbezüglich durch die beteiligten Programmpartner bei der Durchführung des Modellprogramms ENTIMON eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen. Dabei wurde als **Richtwert** eine Eigen- und Drittmittelbeteiligung **von 35 % ab 2005** festgelegt.

Im Zwischenbericht zur Umsetzung des Programms ENTIMON für den Zeitraum 2001 bis 2003 wurde umfassend über die Intentionen, Rahmenbedingungen sowie Ergebnisse und Erfahrungen für den genannten Zeitraum informiert.

Nachfolgend wird der Stand der Umsetzung der Programmverwaltung durch die Servicestelle ENTIMON für das Haushaltsjahr 2004 als Fortsetzungsbericht dargestellt.

3.1 Projektförderung 2001 - 2004

3.1.1 Projektbezogenes Antrags-, Bewertungs- und Auswahlverfahren

Im Rahmen der verfügbaren Fördermittel in Höhe von **35,3 Mio. € bis 2003** konnten durch das Programm ENTIMON bisher **1.987 Projekte im Zeitraum 2001 bis 2003** gefördert werden.

Für das **Haushaltsjahr 2004** wurden durch die Bundesregierung weitere **10 Mio. €** zur Verfügung gestellt.

Die **Vergabe von Fördermitteln** im Rahmen des Programms ENTIMON erfolgt entsprechend den Leitlinien zur Umsetzung des Programms **auf der Grundlage eines zweistufigen Verfahrens**.

- 1. Stufe **Interessenbekundung** – Abgabe von Projekt-Angeboten
- 2. Stufe **Projektförderung** – Einreichung von detaillierten Förderanträgen

Vor dem Hintergrund der beabsichtigten Weiterförderung von mehrjährigen Projekten, ausgewählt im Rahmen der durchgeführten Interessenbekundungsverfahren in 2002 und 2003, und des verfügbaren Fördermittelbudgets für **2004**, wurde **kein neues Interessenbekundungsverfahren** zur Aufnahme von neuen Projekten in 2004 durchgeführt.

Im Hinblick auf eine nahtlose **Verlängerung der mehrjährigen Projekte** zum **01.01.2004** wurden **153 Projekte** Anfang Dezember 2003 über das Ergebnis der Zwischenberichterstattung per 31.10.2003 durch die Servicestelle informiert und zur Antragstellung unter Bereitstellung der Antragsdatei auf der programmeigenen Homepage aufgefordert.

Alle 153 Projekte konnten ihre Arbeit durch Erteilung von Zuwendungsbescheiden im Rahmen der verfügbaren Verpflichtungsermächtigungen für das Programm ENTIMON bzw. durch Zusagen in Form eines förderunschädlichen Vorhabenbeginnsschreibens nahtlos fortsetzen. Mit der Entscheidung zur Haushaltsführung 2004 und Mitteilung durch das BMFSFJ am 17.03.2004 konnten dann die noch ausstehenden Zuwendungsbescheide durch die Servicestelle erteilt werden.

Im Rahmen des verfügbaren Fördermittelkontingentes wurden im Laufe des Jahres vier weitere Projekte, davon ein mehrjähriges Projekt, vor dem Hintergrund der besonderen Intention ihres Projektanliegens, durch das Programm ENTIMON gefördert.

Damit sind **im Haushaltsjahr 2004** insgesamt **157 Projekte** gefördert worden.

3.1.2 Fördermittelverwaltung und Verteilung der Projekte

Für die 157 Projekte standen in 2004 ca. **9,4 Mio. € Fördermittel** zur Verfügung.

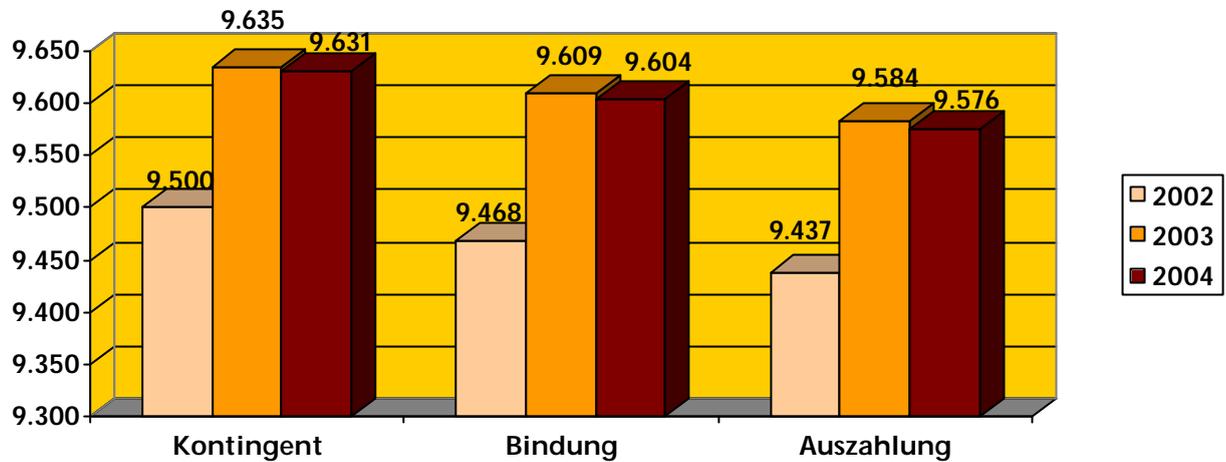
Durch die Servicestelle konnten in 2004 insgesamt 6 Restmittelvergaben (RV) infolge der Antragsprüfung und auf Grund der Nichtinanspruchnahme von bereitgestellten Zuwendungen durch Erteilung von Änderungsbescheiden durchgeführt werden.

Die Inanspruchnahme des Fördermittelkontingentes in 2004 lässt sich wie folgt zusammengefasst darstellen:

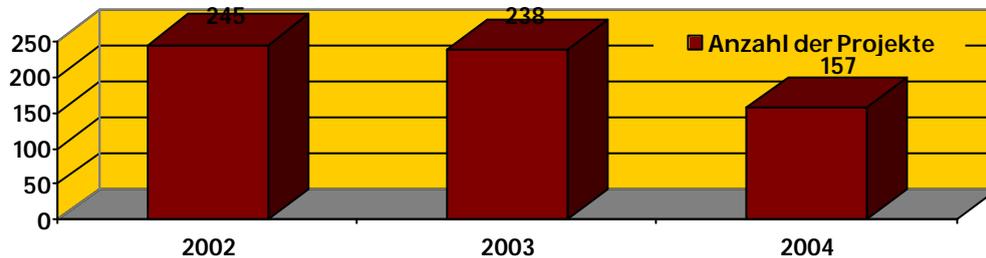
Fördermittelkontingent 2004	9.630.695,00 €
Bindung per 31.12.2004 insgesamt	9.604.765,35 €
davon 5 Länder-/Regionalkonferenzen	60.819,71 €
davon Projektmesse 2004	115.632,79 €
davon Internetportal Aktionsprogramm	18.287,87 €
Auslastungsquote (Kontingent/Bindung)	99,73 %
Auszahlung per 31.12.2004	9.576.274,59 €
Auszahlungsquote (Bindung/Auszahlung)	99,70 %
niedrigste Fördersumme	2.500,00 €
höchste Fördersumme	273.000,00 €
durchschnittliche Fördersumme	59.557,12 €
geförderte Projekte	157 Projekte

Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren hat sich die Projektförderung wie folgt entwickelt:

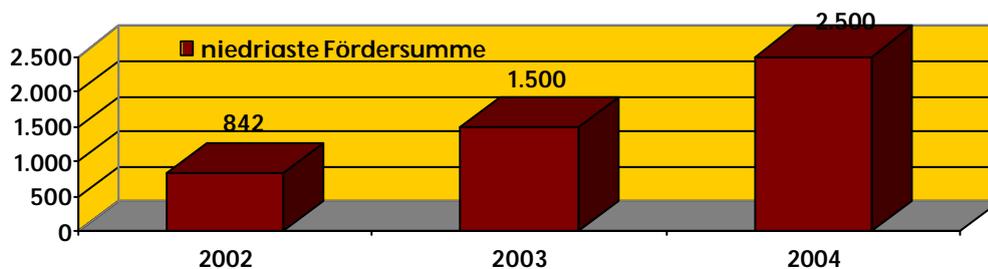
Entwicklung der Projektförderung seit 2002 in T€

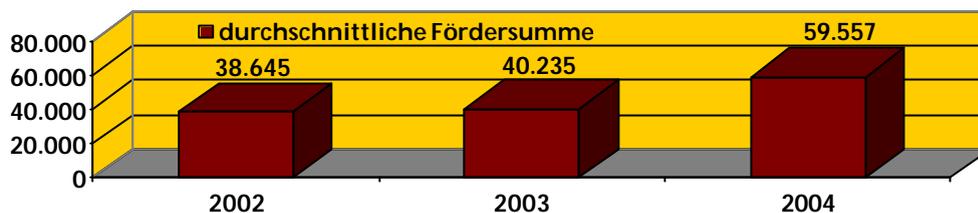
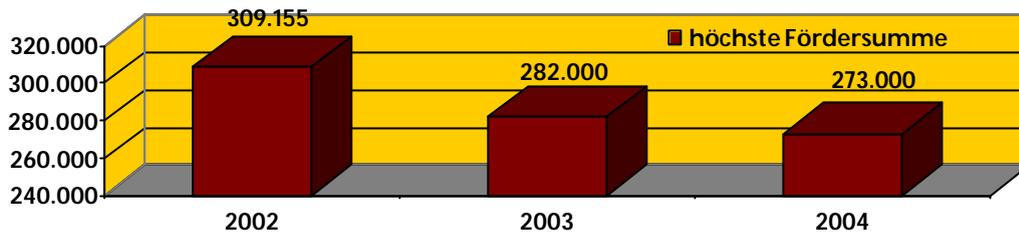


Entwicklung der Anzahl der Projekte seit 2002



Entwicklung der Förderhöhe pro Projekt seit 2002





In den Jahren 2002 und 2003 stand die Anzahl der geförderten Projekte im vergleichbaren Verhältnis. Im Jahr **2004** wurden **grundsätzlich nur mehrjährige Projekte** gefördert, die bereits in den Jahren zuvor im Rahmen von ENTIMON ausgewählt und gefördert wurden. Ein Interessenbekundungsverfahren zur Neuaufnahme von Projekten in 2004 konnte, wie bereits erwähnt, vor dem Hintergrund der Verfügbarkeit an Haushaltsmitteln nicht durchgeführt werden.

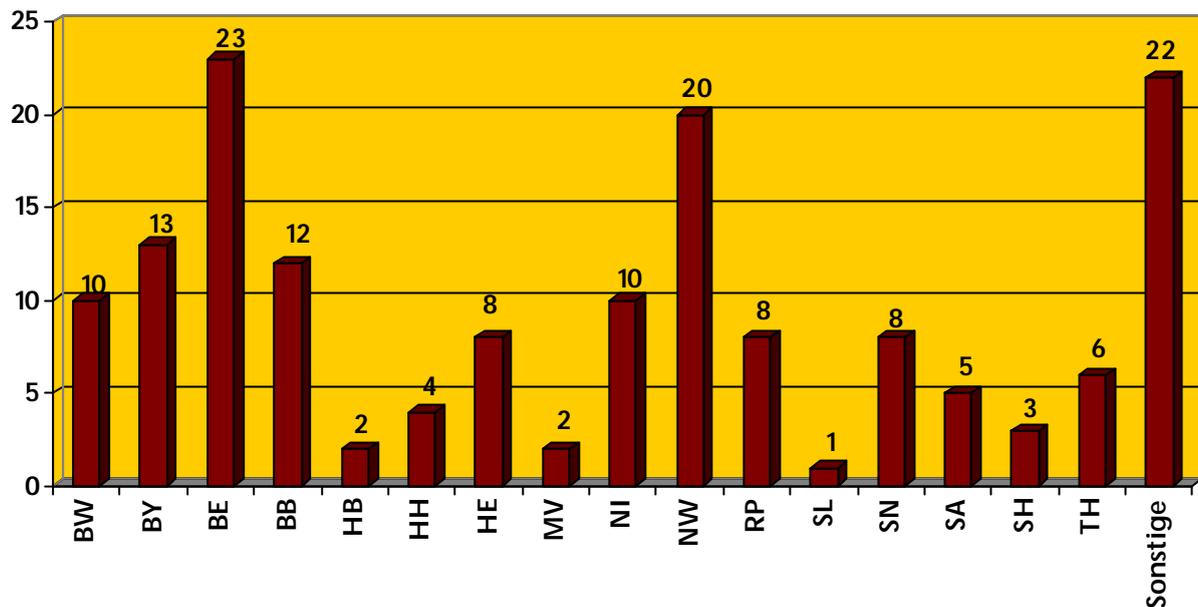
Im Vergleich zu den Vorjahren konnten **in 2004 alle Projekte ab dem 01.01.2004** ihre Arbeit fortsetzen, was auch zu einer **Erhöhung der durchschnittlichen Förderhöhe pro Projekt** führte.

Weiterhin wurden **im Rahmen des verfügbaren Programmkontingentes in 2004** die **programmübergreifenden Aktivitäten**

- Landes- und Regionalkonferenzen,
- Projektmesse zum Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und
- Internetportal zum Aktionsprogramm,

wie noch nachfolgend ausführlicher dargestellt wird, **finanziert**.

Im Rahmen der **Projektförderung 2004** konnten alle Bundesländer berücksichtigt werden. Die 157 geförderten Projekte verteilen sich auf die Bundesländer wie folgt (Identifizierung über den **Hauptdurchführungsort**):



Die meisten Projekte wurden in den Bundesländern Berlin, Nordrhein-Westfalen und Bayern gefördert, was vergleichbar mit der Anzahl der eingereichten Projekt-Angebote im Rahmen der Interessenbekundungsverfahren aus diesen Bundesländern ist. Darüber hinaus wurden in 2004 überdurchschnittlich viele Projekte mit einem länderübergreifenden Aktionsradius – Sonstige – gefördert. Ein Trend, der sich bereits seit 2003 abzeichnete.

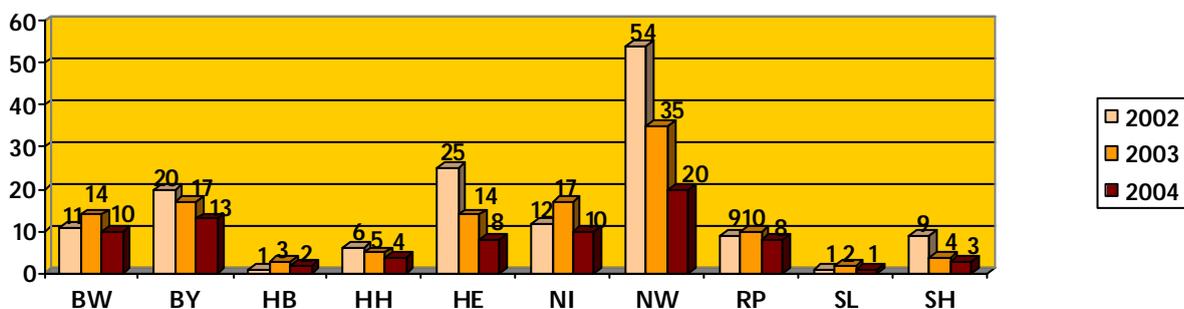
Im **Vergleich zu den vorangegangenen Jahren** hat sich die Verteilung der Projekte **nach Bundesländern** (Identifizierung über den **Hauptdurchführungsort**) wie folgt entwickelt:

Alte Bundesländer

2002 = 148 Projekte

2003 = 121 Projekte

2004 = 79 Projekte

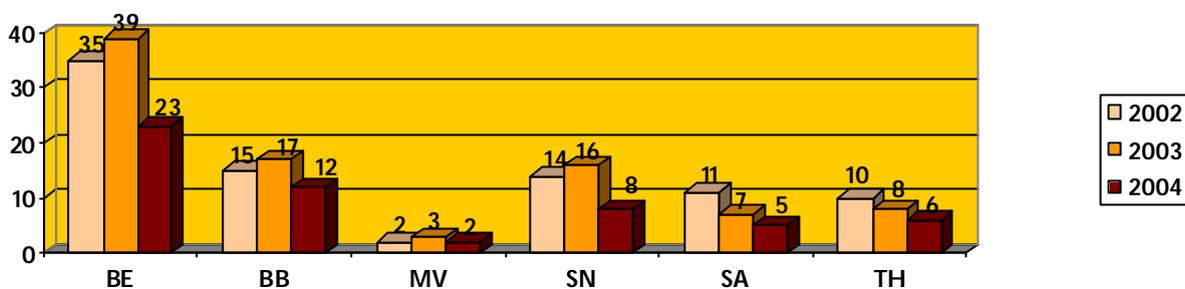


Neue Bundesländer

2002 = 87 Projekte

2003 = 90 Projekte

2004 = 56 Projekte



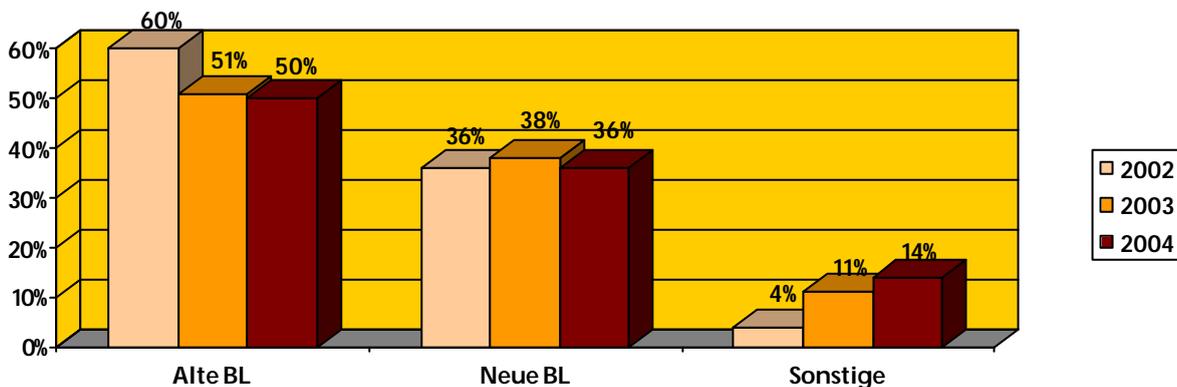
Sonstige (länderübergreifender Aktionsradius)

2002 = 10 Projekte

2003 = 27 Projekte

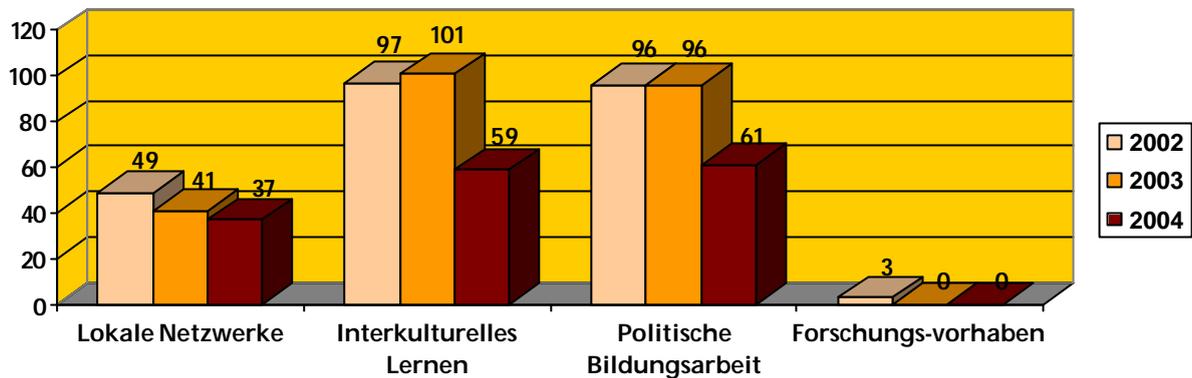
2004 = 22 Projekte

Die prozentuale Verteilung nach alten und neuen Bundesländern stellt sich im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt dar:

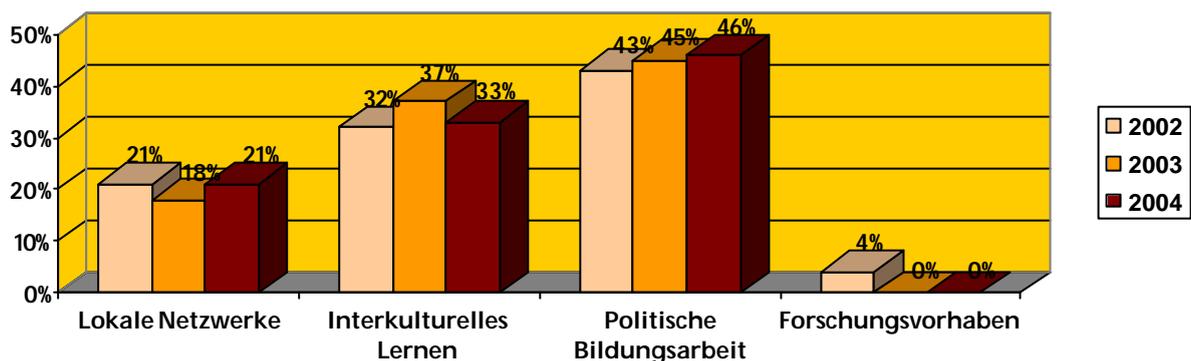


Den Programmintentionen entsprechend wurden im Jahr 2004 in den drei **Hauptförderschwerpunkten** für 157 Projekte Mittel ausgereicht.

Die meisten Projekte wurden, wie auch schon in den Vorjahren, in den beiden Förderschwerpunkten Interkulturelles Lernen und Politische Bildungsarbeit gefördert. Im **Vergleich zu den Vorjahren** stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:



Die prozentuale **Verteilung der Fördermittel nach Förderschwerpunkten** auf der Grundlage der Bewilligung entwickelte sich **im Vergleich zu den Vorjahren** wie folgt:



Wie einleitend bereits dargestellt wurde, sind die geförderten Projekte durch eine **Vielfältigkeit an Projekttypen und methodischen Ansätzen** geprägt.

Förderschwerpunktübergreifend ergab eine Auswertung der verschiedenen Projekttypen für die Jahre 2002 und 2003 folgende Schwerpunktsetzung

- Projekte zum Aufbau von Netzwerken,
- Qualifizierung und Weiterbildung,
- außerschulische Bildungsarbeit und
- Kooperation außerschulische Jugendbildung/Schule.

Bei den **methodischen Ansätzen** dominierten in 2002 der **interkulturelle Ansatz** und der **Ansatz zur gewaltfreien Konfliktlösung**.

In 2003 lag der Schwerpunkt beim **bildungsorientierten Ansatz** und, wie schon in 2002, beim interkulturellen Ansatz.

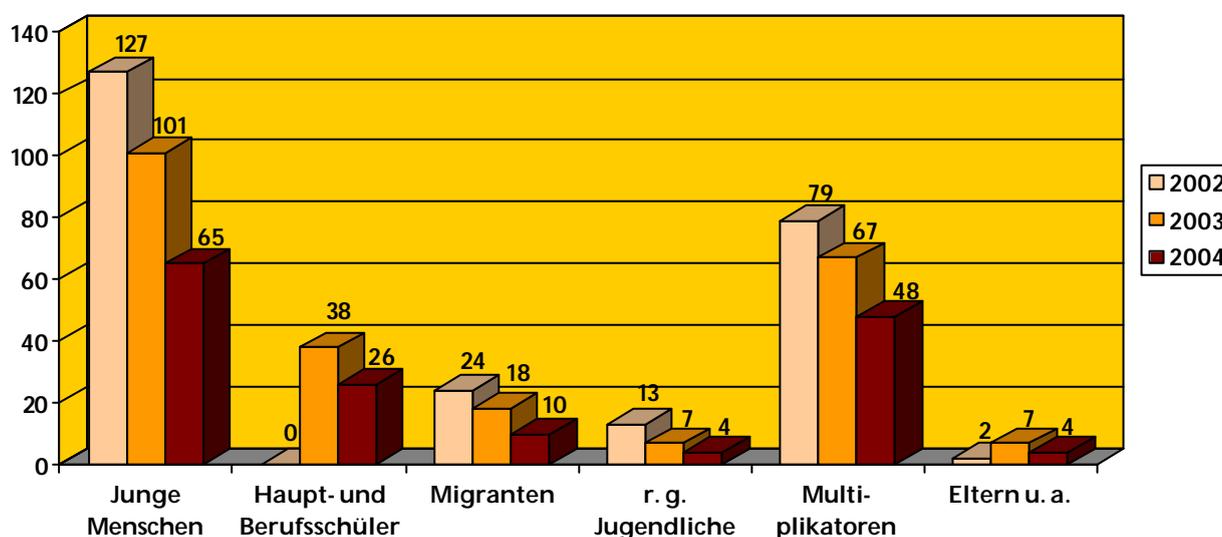
Wie einleitend bereits dargestellt, wird durch die beteiligten Programmakteure ein großer Wert auf **Kooperations- und Netzwerkarbeit** gelegt. **Kompetenzbündelung** und der **gemeinsame Know-how-Transfer** sind entscheidende Potentiale bei der Umsetzung von Modellprojekten.

Die bisherige Auswertung der Ergebnis- und Sachberichte der Projektträger durch die Servicestelle hat gezeigt, dass diese Intention der Programmpartner im Hinblick auf nachhaltige Projektergebnisse und –erfahrungen richtig war.

Den Programmintentionen entsprechend wurden im Jahr 2004 bei den durchgeführten 157 Projekten für alle **Hauptzielgruppen** Mittel ausgereicht.

Entsprechend der Intention des Programms wurde die Hauptzielgruppe **Junge Menschen** schwerpunktmäßig gefördert. Bei den bisher geförderten Projekten hatte ca. 80 % die Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsenen bei der Durchführung ihres Projektes im Blick.

Im **Vergleich zu den Vorjahren** stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:



Im Jahr 2002 erfolgte eine Weiterentwicklung der Programmleitlinien, bei der die Hauptzielgruppe „Haupt- und Berufsschüler/innen“ aufgenommen wurde.

3.1.3 Ergebnisberichterstattung 2004 und Interessenbekundungsverfahren 2005

Entsprechend den Leitlinien des Programms ENTIMON haben mehrjährige Projekte einen Zwischenbericht, in der Regel zum 31.10. des jeweiligen Jahres, der Servicestelle ENTIMON zu übergeben. Mit dieser **Ergebnisberichterstattung** erhalten die beteiligten Programmpartner eine Zwischeninformation zum Umsetzungsstand der geförderten Projekte.

Im Ergebnis dieser Auswertung entscheidet das BMFSFJ nach vorheriger Beratung mit den beteiligten Programmpartnern über die Fortführung der mehrjährigen Projekte.

Ergebnisberichterstattung 2004

Auf der Grundlage der Auswertung der Finanzierungspläne aus der Ergebnisberichterstattung 2003 durch die Servicestelle ENTIMON und im Zuge der Gleichbehandlung gegenüber dem Programm CIVITAS wurde durch das BMFSFJ grundsätzlich eine **Eigen- und Drittmittelbeteiligung in Höhe von 35 %** festgelegt. Das erfolgte insbesondere im Hinblick auf verstärkte Aktivitäten zur nachhaltigen Etablierung der Projektergebnisse und –erfahrungen nach dem Auslaufen der Bundesförderung auf Seiten der Projektträger.

In Abstimmung mit dem BMFSFJ wurden auf der Grundlage der gültigen Programmleitlinien alle mehrjährig geplanten Projekte aufgefordert, bis zum 31.10.2004 unter Berücksichtigung des o. g. Kriteriums einen Ergebnisbericht einzureichen.

Grundsätzliches Anliegen der beteiligten Programmpartner war es von vornherein, allen mehrjährigen Projekten, die eine Fortführung in 2005 geplant und angezeigt hatten, eine nahtlose Fortführung zu ermöglichen.

Im Rahmen der **Ergebnisberichterstattung 2004** haben von 115 mehrjährig geplanten Projekten für 2005 **113 Projekte einen Ergebnisbericht** erstellt und gleichzeitig eine beabsichtigte Fortführung in 2005 der Servicestelle angezeigt.

Durch die Servicestelle wurden alle eingereichten Ergebnisberichte statistisch erfasst und auf der Grundlage eines abgestimmten Bewertungsverfahrens mit den beteiligten Programmpartnern vorbewertet.

Die Auswertung der Eigen- und Drittmittelbeteiligung ergab, dass weitestgehend, bis auf einige wenige Ausnahmen, die geforderte Eigen- und Drittmittelbeteiligung für das Jahr 2005 erbracht wird.

Die **geplante durchschnittliche Eigen- und Drittmittelbeteiligung** der mehrjährigen Projekte **für 2005** liegt bei **41 %**.

Im Rahmen der 2. Beiratssitzung 2004 wurde das Bewertungsergebnis mit den beteiligten Programmpartnern beraten. Zeitnah erfolgte die endgültige Entscheidung durch das BMFSFJ.

Von 113 mehrjährig geplanten Projekten werden **110 Projekte** ihre Arbeit **in 2005** fortsetzen. Für zwei Projekte endet die Förderung im Rahmen des Programms ENTIMON zum 31.12.2004 aus konzeptionellen bzw. personellen Gründen und für ein Projekt aufgrund der Beendigung der projektbezogenen Kooperationsbeziehungen. In der 50. KW wurde den betreffenden Projekten die Entscheidung schriftlich mitgeteilt. Gleichzeitig wurden 110 Projektträger zur zuwendungsrechtlichen Antragstellung für das Haushaltsjahr 2005 aufgefordert.

Im Rahmen der Verpflichtungsermächtigungen für das Programm in 2005 wurden zum Ende des Jahres Zuwendungsbescheide erteilt bzw. durch Zusagen in Form eines förderunschädlichen Vorhabenbeginnsschreibens die **nahtlose Weiterförderung ab dem 01.01.2005 gesichert**.

Interessenbekundungsverfahren 2005

Vor dem Hintergrund der verfügbaren Fördermittel für 2005 und der Erhöhung des Programmkontingentes um 1 Mio. € auf **10 Mio. € für 2005** wurde mit den beteiligten Programmpartnern die Durchführung eines weiteren Interessenbekundungsverfahrens für das 2. Halbjahr 2004 geplant.

Aufgrund der Erfahrungen aus der Durchführung der vergangenen Interessenbekundungen und der bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen aus der Umsetzung des Programms ENTIMON wurden in Abstimmung mit den beteiligten Programmpartnern „Besondere Ausschreibungshinweise“ entwickelt.

Am 09.08.2004 wurden für das Interessenbekundungsverfahren 2005 auf der programmeigenen Homepage die aktualisierten **Leitlinien 2005 und die „Besonderen Ausschreibungshinweise“** und ab dem 16.08.2004 die dafür erforderlichen Formulare zur Verfügung gestellt.

Die Antragsteller hatten wieder die Möglichkeit, ihr Angebot im Online-Verfahren direkt im Internet abzugeben bzw. sie konnten das entsprechende Formular von der programmeigenen Homepage als Word-Dokument downloaden oder die notwendigen Unterlagen in Papierform bzw. auf Diskette bei der Servicestelle abrufen.

Durch den Antragsteller war zum Projekt-Angebot eine max. vierseitige Projektskizze und ein fachliches Votum von Land/Kommune/Gemeinde beizulegen. Auf die zwingende Übergabe eines fachlichen Votums wurde seitens der Servicestelle ENTIMON im Rahmen der „Besonderen Ausschreibungshinweise“ ausdrücklich hingewiesen.

Bis zum 30.09.2004 bestand die Möglichkeit, ein Projekt-Angebot bei der Servicestelle ENTIMON abzugeben.

Im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens 2005 sind bei der Servicestelle ENTIMON insgesamt 248 Projekt-Angebote eingegangen. Mit Abgabefrist 30.09.2004 lt. Ausschreibungshinweisen waren es **247 Projekt-Angebote**, die im Rahmen der Auswahl- und Bewertungsentscheidung berücksichtigt wurden.

Alle 247 Angebote wurden durch die Servicestelle ENTIMON in der Datenbank und im Original in Handakten erfasst, auf der Grundlage des mit den beteiligten Programmpartnern abgestimmten **Bewertungsverfahrens** vorbewertet und statistisch aufbereitet.

Bei der Bewertung wurden insbesondere folgende **Kriterien** herangezogen:

- Schaffung eines pluralen Angebotes aus unterschiedlichen Trägerbereichen und in unterschiedlichen Regionen (bundesweit)
- Abgrenzung zu den Programmteilen CIVITAS und XENOS des Aktionsprogramms
- problem- und kontextbezogenes Handlungskonzept mit Übertragbarkeitswert
- klare quantitative und qualitative Projektziele mit abgeschlossenen (Teil-) Ergebnissen in 2005
- aktive Beteiligung der Hauptzielgruppe
- dynamische und kontinuierliche Partnerschaften/Kooperationen/Netzwerke während des Projektzeitraumes
- Auswirkungen und Bedeutung der Projektaktivitäten, bezogen auf die Nachhaltigkeit im Wirkungsbereich des Projektes
- aktive Öffentlichkeitsarbeit
- projektbezogene Maßnahmen zur Qualitätssicherung
- Bereitstellung von Eigen- und Drittmitteln
- aussagekräftiges fachliches Votum zum Aktionsrahmen des Projekt-Angebotes
- Beteiligung von Land/Kommune/Gemeinde
- Degression der Förderung durch ENTIMON im Folgejahr
- Verfügbarkeit der Haushaltsmittel.

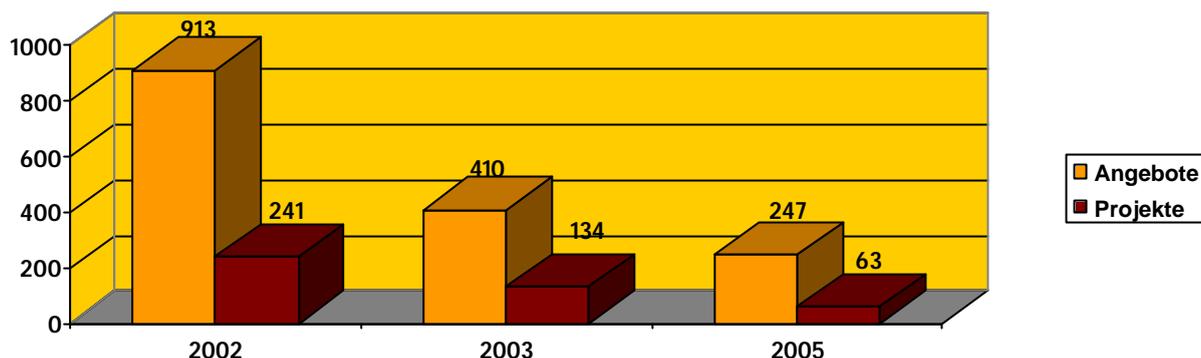
Die Auswertungsunterlagen wurden den Beiratsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Auf Grundlage dieser Unterlagen erfolgte die bilaterale Abstimmung zur Auswertungsentscheidung der Servicestelle ENTIMON mit den Beiratsmitgliedern.

Im Rahmen der 2. Beiratssitzung 2004 wurde das Bewertungsergebnis mit den beteiligten Programmpartnern beraten. Zeitnah erfolgte durch das BMFSFJ die endgültige Entscheidung zum Interessenbekundungsverfahren 2005.

In der 50. KW 2004 wurden durch die Servicestelle ENTIMON alle interessierten Antragsteller über das Entscheidungsergebnis schriftlich informiert. Im Ergebnis des

Interessenbekundungsverfahren 2005 wurden 63 neue Projekte zur zuwendungsrechtlichen Antragstellung **für das Haushaltsjahr 2005** aufgefordert.

Im **Vergleich zu den Vorjahren** stellt sich die bisherige Entwicklung bezüglich der Durchführung von **Interessenbekundungsverfahren** zur Neuaufnahme von Projekten in die Förderung des Programms ENTIMON wie folgt dar:



Die Quote für die Neuaufnahme von Projekten aus den durchgeführten Interessenbekundungsverfahren in den einzelnen Programmjahren liegt für den Berichtszeitraum zwischen 25,5% und 32,7%. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre kann für das Interessenbekundungsverfahren 2005 gesagt werden, dass es sich nur um ein vorläufiges Ergebnis handelt. Im Rahmen von frei werdenden Fördermitteln im Jahr 2005 könnten im Zuge der Durchführung von Restmittelvergaben weitere neue Projekte (Nachrückerverfahren) in die Programmförderung aufgenommen werden.

Vor dem Hintergrund, dass vielen Trägern bekannt war, dass für die Neuaufnahme von Projekten in die Programmförderung nur ein begrenztes Kontingent zur Verfügung stand und die Förderbedingungen weiterentwickelt wurden (Eigen- und Drittmittelbeteiligung), hat sich die Anzahl der abgegebenen Projekt-Angebote degressiv entwickelt.

3.2 Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation des Programms „ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ kurz zusammengefasst. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die bislang vorliegenden Ergebnisse sowohl in Bezug auf die Projekte vor Ort als auch in Bezug auf die wissenschaftliche Begleitung nur einen vorläufigen Zwischenstand dokumentieren. In die Analyse einbezogen werden konnten der Stand der Arbeiten in den Projekten und die dabei gemachten Erfahrungen nach rund 21 Monaten Laufzeit des Programms. Nach der Vorstellung der wichtigsten Ergebnisse der quantitativen Nachbefragung, die hier unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit der Projekte zusammengefasst wer-

den, werden entlang der Förderschwerpunkte zentrale Ergebnisse der qualitativen Fallanalysen, die auf ausführlichen Projektbesuchen basieren, präsentiert. Ein Abschnitt zum methodischen Vorgehen schließt dieses Kapitel ab.

3.2.1 Blickpunkt Nachhaltigkeit – Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Follow-up-Befragung der 2002 bzw. 2003 ausgelaufenen ENTIMON-Projekte

Die 2002 und 2003 ausgelaufenen ENTIMON-Projekte wurden im September 2004 zu ihrer aktuellen Situation befragt (der Rücklauf betrug 39 % = 80 Fragebögen).¹

Ziel dieses Verfahrens war es, bisher nur sporadisch vorhandene Erkenntnisse über die Fortführung von inhaltlicher Projektarbeit auch mittelfristig – mindestens anderthalb Jahre nach Auslaufen der Förderung – zu gewinnen.

- Für rund 70 % der Träger gab die ENTIMON-Förderung mit den Anstoß für eine intensivere Arbeit des Trägers im Bereich „Arbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ bzw. „Stärkung von Demokratie und Toleranz“: Gefragt, wie sich der Anteil der inhaltlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt bzw. für Stärkung von Demokratie und Toleranz *mit der Teilnahme am Programm ENTIMON* verändert hat, gaben 65 % an, dass der Anteil gestiegen sei, 4 % (23 Träger) hatten vorher noch gar nicht in diesem Bereich gearbeitet.
- Nach Abschluss der Programmförderung setzten zwei Drittel der geförderten Träger die Inhalte ihrer ENTIMON-Projektarbeit fort; 56 % als Arbeitsschwerpunkt des Trägers mit eigenen Seminaren, Projekten, Veranstaltungen etc. und 23 % als Einzelprojekt bzw. -maßnahme beim Träger. Laut Aussage der Träger wurde diese Fortführung der inhaltlichen Angebote vor allem dadurch möglich, dass die entsprechende inhaltliche Arbeit mehrheitlich als Arbeitsschwerpunkt des Trägers schon vor Teilnahme am Programm ENTIMON fester Bestandteil der Trägerarbeit war und die ENTIMON-Förderung demnach eine neue, themenfokussierte Finanzierungsquelle bot. Durch erfolgreiche Öffentlichkeits-/Fundraising-/Akquisearbeit konnten nach Förderende die Inhalte der ENTIMON-Projektarbeit weiterfinanziert werden, bei jedem zweiten Träger durch Einbindung in die Regelförderung und/oder Aufstockung/Umschichtung der Eigenmittel für diesen Bereich. Bei jedem zweiten Träger ermöglichte darüber hinaus die (Weiter-)Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen eine Fortführung der vormals über ENTIMON geförderten inhaltlichen Arbeit.
- 90 % aller Träger haben im Rahmen ihres ENTIMON-Projektes Produkte – angefangen von Arbeits- und Präsentationsmaterialien (Videofilm/Spots, Homepage, CD, Lehrbücher), über Konzepte und Aktionspläne für die Projektarbeit bis hin zu Ausstellungen, Radiosendungen und Theaterstücken – für die weitere Nutzung durch andere Akteure (primär Kooperationspartner, Schulen, Bildungs-

¹ Der Rücklauf betrug 34 % (42) bei den 2002 beendeten 122 ENTIMON-Projekten und 45 % (38) bei den 2003 ausgelaufenen 85 ENTIMON-Projekten. Die Angaben beziehen sich demnach auf 80 vorliegende Fragebögen der Follow-up-Untersuchungen und sind daher nicht repräsentativ für die Gesamtheit der ehemals über das Programm ENTIMON geförderten Projekte.

einrichtungen, freie Träger, aber auch Initiativen und Freizeiteinrichtungen oder öffentliche Verwaltung) entwickelt. Darüber hinaus ermöglichten 60 % einen Transfer der bei ihrer Projektarbeit im Rahmen des Programms ENTIMON gesammelten Erfahrungen. Der Kreis der Adressaten/-innen bestand häufig aus Multiplikatoren/-innen und/oder Mitarbeitern/-innen der eigenen oder einer inhaltlich ähnlich arbeitenden anderen Einrichtung, die im Rahmen eines Workshops/einer Tagung geschult wurden bzw. in Austausch über ihrerseits gemachte Erfahrungen traten.

3.2.2 Qualitative Analysen

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Programms ENTIMON entlang der drei Förderschwerpunkte „Auf- und Ausbau (lokaler) Netzwerke“, „Politische Bildung“ und „Interkulturelles und interreligiöses Lernen“ vorgestellt.

Am Ende jedes Abschnittes werden sich gegenwärtig abzeichnende Herausforderungen benannt.²

Förderschwerpunkt „Auf- und Ausbau (lokaler) Netzwerke“

Ausgangspunkt für diesen Förderschwerpunkt war die Annahme, dass lokale Netzwerke, wenn sie flach, d.h. möglichst wenig hierarchisch, beteiligungsorientiert und flexibel organisiert sind, ein großes Potential für die Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Prozesse darstellen. Die Erfahrungen zeigen, dass dieser Gedanke im Rahmen des Programms an vielen Orten und in vielfältiger Form aufgegriffen und erfolgreich umgesetzt wurde. Es gelang, sehr unterschiedliche Akteure zu vernetzen, neue Potentiale zu erschließen, gemeinsame, bisherige Abschottungen und institutionelle Zuständigkeiten überwindende Strategien zu entwickeln und – aufs Ganze gesehen – die Gestaltungsspielräume und das Durchsetzungspotential von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Akteursgruppen in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus, fremdenfeindlich motivierte Gewalt und Diskriminierung zu erhöhen.

Die Erfahrungen machen jedoch auch deutlich, dass die Initiierung, Begleitung und Sicherung von Netzwerkprozessen zeit- und arbeitsaufwändig sind und eine Reihe von strukturellen, fachlichen und personellen Voraussetzungen bedingen. Deshalb dürfen auch weder anfängliche Euphorien vor Ort noch die verschiedentlich geäußerte Erwartung, dass die im Rahmen des Aktionsprogramms neu entstandenen Netzwerke die zivilgesellschaftlichen „Gegenwelten“ nachhaltig stärken und umfassendere Erfolge in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort

² Den hier formulierten Perspektiven liegt insofern ein programmimmanenter Zugang zugrunde. So wie der Zwischenbericht sich auf die Frage konzentriert, ob und inwiefern die mit den Förderschwerpunkten anvisierten Ziele erreicht wurden, welche Probleme dabei auftraten und welche Erfahrungen gemacht wurden, geht es im Folgenden primär um den Aspekt, welche absehbaren Herausforderungen sich erkennen lassen. Die weitergehende Frage, ob und inwiefern die Förderschwerpunkte richtig gewählt worden sind bzw. durch andere Förderschwerpunkte ergänzt werden sollten, ist Gegenstand des Abschnitts 5 des vorliegenden Berichtes.

erbringen würden, zum Maßstab gemacht werden. Realistischer ist es, wenn man sich bei neu entstehenden Netzwerken zunächst auf die beiden Ziele „Herstellung bzw. Verbesserung der Kenntnis übereinander“ und „Verbesserung des Informationsflusses“ konzentriert. Diese erwiesen sich als umsetzbar und bieten nun eine gute Ausgangsbasis für die weitere Arbeit.

Dass auch diese Ziele voraussetzungsvoll waren, belegt die Praxis. Die Behinderung notwendiger bzw. von allen erwünschter Kommunikationsprozesse durch gewachsene Animositäten vor Ort sowie unterschiedliche Problemwahrnehmungen und -definitionen spielten insbesondere bei vielen größeren, aus unterschiedlichen Akteuren und Akteursgruppen zusammengesetzten Netzwerken und Aktionsbündnissen eine Rolle. Mitunter aufwändige vertrauensbildende Maßnahmen, konkrete Absprachen und die Formulierung von gemeinsam verantworteten und in überschaubarer Zeit erreichbaren Erfolgserlebnissen sowie ggf. Verfahren der Mediation erwiesen sich als praktikable Lösungsstrategien.

Die Erfahrungen der Projekte belegen, dass nach dem Auftakt und der Etablierung der Netzwerke vor allem die Sicherung der Kontinuität angesichts wechselnder Verantwortlichkeiten und dem Wegbrechen von Netzwerkpartnern/-innen immer wieder Probleme bereitet. Erneute Einarbeitung und Nachjustierung der Aufgaben der Beteiligten banden viele Ressourcen.

Auf der anderen Seite lassen sich auf der Basis der bislang näher untersuchten Netzwerke eine Reihe von wichtigen Faktoren für eine erfolgreich verlaufende Arbeit benennen:

- Gemeinsam geteiltes Verständnis der Aufgaben und Funktionen des Netzwerkes
- Entstehung einer Netzwerk-Identität und eines Vertrauens in die Netzwerkpartner/-innen und das Netzwerk als solches
- Bewusstes und gegenseitiges Bemühen um eine Verbesserung der Qualität der Kontakte und des Informationsaustausches untereinander
- Entstehung von neuen Zusammenschlüssen oder Projekten an unterschiedlichen Stellen des Netzwerkes
- Ressourcen für die Netzwerkarbeit bei allen beteiligten Akteuren
- Regelmäßige Rückkoppelung der Zwischenstände, Ergebnisse und Erfahrungen des Netzwerkes in die beteiligten Gruppen und Institutionen
- Ergebnisorientierung der Netzwerkarbeit
- Schaffung und Ermöglichung von „Erfolgserlebnissen“
- Adressierbarkeit und Erkennbarkeit des Netzwerkes von außen
- Erhöhung der Kontaktfrequenz zwischen „störungsanfälligen“ Akteuren
- Verfügbare Reserven in Konfliktfällen (z.B. in Form von externen Moderationen)

- Öffnung des (lokalen) Umfelds gegenüber dem Netzwerk und seinen Themen.

Vor allem der zuletzt genannte Aspekt ist für die zukünftige Weiterentwicklung des Programms von entscheidender Bedeutung. Es hat sich gezeigt, dass die gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit angetretenen zivilgesellschaftlichen Netzwerke und lokalen Aktionspläne nur dann Chancen haben, auf Dauer wirksam zu sein, wenn sie auf positive Resonanz vor Ort stoßen und wenn ihre Anliegen – wenn schon nicht überall, so doch mindestens an vor Ort relevanten Stellen – auf Anerkennung stoßen. Zivilgesellschaftliche Netzwerke und Aktionspläne können nur dann länger wirksame Gegenmächte gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus bilden, wenn sie auf entsprechende Wertschätzung, sei es von Teilen der Öffentlichkeit, der Verwaltung, der Politik, der Religionsgemeinschaften, der Medien oder anderen treffen. Die Erfahrungen zeigen, dass einerseits viele Netzwerke und Aktionsbündnisse sich in dieser Hinsicht bislang gleichsam zu selbst genügsam verhalten haben und deshalb Gefahr laufen sich selbst zu erschöpfen – zumal nicht vergessen werden darf, dass gerade in die Netzwerkarbeit viel ehrenamtliches Engagement einfließt. Andererseits wurde bislang dem Thema Einbettung und Anerkennung der Netzwerke und Aktionsbündnisse zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Jede Form der lokalen politischen Unterstützung und alle Maßnahmen, die diese fördern, wären in diesem Sinne hilfreiche nächste Schritte. In diesem Sinne ist es auch erstrebenswert, dass die Kommunen und Landkreise möglichst frühzeitig eingebunden und in die Verantwortung genommen werden.

Unabhängig davon zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass gerade im Aufbau befindliche Netzwerke vergleichsweise anfällig für Störungen aller Art sind. Da aus der Sicht des Programms größere Netzwerke geradezu erwünscht sein sollten, empfiehlt sich, über verbesserte Ressourcen für punktuell notwendige Unterstützungen für die Projekte nachzudenken. Die Beauftragung eines Moderators bzw. einer Moderatorin, der bzw. die sich u.U. auch durch Mediationskompetenzen auszeichnet, wäre eine derartige hilfreiche Ergänzung.

Förderschwerpunkt „Politische Bildung“

Unter der Überschrift politische Bildung firmieren im Rahmen des Programms ENTIMON eine ganze Reihe unterschiedlicher Praxisprojekte. In ihrer Gesamtheit spiegeln sie das breite Spektrum dessen wider, was in der Programmdefinition des BMFSFJ unter politischer Bildung verstanden wurde, also von der Verantwortungsübernahme über den Wissenserwerb, das Einüben von Toleranz, die Bekämpfung von Gewalt, das Erlernen und Erfahren von Demokratie bis hin zu gelebter Zivilcourage sowie der Integration von Menschen mit Migrationshintergründen.

Die wissenschaftliche Begleitung hat sich aus fachlich-pragmatischen Gründen vor allem jenen Projekten zugewendet, die sich der Gewaltprävention, der Beratung von Aussteigern/-innen und der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus und bewusst geschlechtsspezifischen Strategien widmen.

Die bislang gemachten Beobachtungen belegen, dass die im Rahmen des Programms ENTIMON umgesetzten gewaltpräventiven Projekte in die richtige Richtung weisen. Es mangelt aber in vielen Fällen noch an gewaltpräventiven jungenspezifischen Ansätzen zum Umgang mit und zur Reflexion von männlichen Verhaltensmustern, die auf Dominanz, Aggression und gewalttätiger Durchsetzung basieren.

Insbesondere im Bereich der gewaltpräventiven Maßnahmen lassen sich mehrere innovative, modellhafte Projekte identifizieren, die bewährte Methoden wie die der (interkulturellen) (Peer-)Mediation auf neue Felder – die des Sports und des Fußballs – übertragen. Erste Ergebnisse entsprechender Projektarbeit zeigen, dass die Maßnahmen dazu beitragen konnten, konflikt- und eskalationsträchtige Bereiche und Situationen im Jugendfußball zu identifizieren und zu benennen, (Peer-) Mediatoren/-innen auszubilden und die interdisziplinäre Vernetzung zwischen Fußballvereinen, Jugendsportgerichten und Anbietern gewaltpräventiver Angebote zu fördern.

Im Bereich der politischen Bildungsarbeit gegen Antisemitismus lässt sich als innovativ hervorheben, dass mehrere Projekte – z.T. in Zusammenarbeit mit Schulen – das lange vernachlässigte Themenfeld „tertiärer Antisemitismus“ sowie Antisemitismuserscheinungen unter Migrantengruppen explizit in den Blick nehmen. Erste Ergebnisse der Projektarbeiten im Rahmen des Programms ENTIMON stellen die Entwicklung und Erprobung von entsprechend erweiterten Arbeitsmaterialien und didaktischen Bausteinen für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund dar.

Trotz dieser Erfolge bestehen nach wie vor zwei nicht zu vernachlässigende Herausforderungen. An die Gruppe derjenigen Jugendlichen, die Gefahr laufen, in die rechte Szene abzurutschen, also jene Jugendliche, die W. Heitmeyer als tatsächliche bzw. potenzielle Modernisierungsverlierer bezeichnet hat und für die die rechte Szene eine attraktive, in einem bestimmten Sinne männlich geprägte Subkultur darstellt, kommen viele Projekte nur schwer heran. Und zweitens zeigt sich, dass singuläre, isolierte Bildungsangebote allein wenig erreichen können. Es bedarf einer alltagsweltlichen Einbettung – und zwar in Zusammenhänge, die für die in Rede stehenden Jugendlichen attraktiv sind. Tragfähiger wären gleichsam „Kombinationsangebote“, Angebote also, bei denen für Jugendliche attraktive Maßnahmen (z.B. Sport, Autowerkstatt, Technikqualifizierung etc.) mit politischer Bildung glaubwürdig verbunden werden.

Förderschwerpunkt „Interkulturelles und interreligiöses Lernen“

Mit der Einrichtung des Förderschwerpunktes „Interkulturelles Lernen“ wurde im Rahmen des Programms „ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ ein großer neuer Schritt gegangen, indem der Förderung des interkulturellen Lernens eine entscheidende Rolle bei der Prävention von Rechtsextremismus und Gewalt zugewiesen wurde.

Die am Programm beteiligten Träger haben sich dabei seit dem Jahr 2001 (Jahr der Initiierung des ENTIMON-Vorgängerprogramms „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“) bzw. dem Jahr 2002 mehrheitlich erstmals gegenüber der Thematik „interkulturelles bzw. interreligiöses Lernen“ geöffnet oder konnten das eigene Engagement in diesem Feld erheblich verstärken und ausbauen. Dieser Befund betrifft nicht nur die Aufnahme bzw. Ausweitung des inhaltlichen Angebots interkultureller bzw. interreligiöser Maßnahmen bei den entsprechenden Trägern, sondern auch die Veränderung von Strukturen (Einrichtung interkultureller Servicestellen, (Weiter-) Entwicklung von interkulturellen oder interreligiösen Netzwerken, Einstellung von Fachkräften mit Migrationshintergrund etc.). Der Einrichtung des Förderschwerpunktes kann somit eine Impulsgeberfunktion in Bezug auf die Förderung und z.T. erste Verankerung des interkulturellen und interreligiösen Lernens bei beteiligten Trägern zugesprochen werden.

Hinsichtlich der konkreten Umsetzung interkultureller und interreligiöser Projektvorhaben vor Ort ist gleichzeitig zu konstatieren, dass diese mit zahlreichen – für das Feld des interkulturellen und interreligiösen Lernens spezifischen – Herausforderungen konfrontiert sind. So zeigt die Evaluation über alle interkulturellen und interreligiösen Projekte hinweg, dass sozialräumliche und demographische Einflüsse einen besonders hohen Einfluss auf interkulturelle bzw. interreligiöse Projektverläufe und inhaltliche Schwerpunktsetzungen im Rahmen der einzelnen Maßnahmen nehmen. So müssen Konzepte und Umsetzungen etwa auf die Tatsache reagieren, dass der Anteil von Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund in bestimmten ostdeutschen Regionen bei unter einem Prozent liegt oder keine bzw. wenige Migranten(selbst-)organisationen als Kooperationspartner zur Verfügung stehen, während gleichwohl ein Bedarf nach Angeboten interkulturellen bzw. interreligiösen Lernens besteht. Zum Teil liegen hier noch wenige konzeptionelle Vorarbeiten und Erfahrungen vor, auf die im Rahmen des Programms ENTIMON geförderte Projekte zurückgreifen könnten. Vor diesem Hintergrund wird gleichzeitig das modellhaft-innovative Anliegen einiger ENTIMON-Projekte, die sich diesen konzeptionellen Herausforderungen stellen, deutlich. Diese setzen zum Teil auf die Übertragbarkeit differenzierter Einschätzungen der „eigenen“ Kultur/en auf „fremde“ Kulturen oder den Einbezug der Grenznähe zu Polen bzw. der tschechischen Republik im Rahmen von interkulturellen Projekten.

Es zeigt sich weiterhin, dass das lokale politische Milieu, aber auch aktuelle gesellschaftliche Diskussionen (Skepsis von lokalen Politikern/-innen, gewachsene Ängste vor „dem Islam“, strukturell-rechtliche Debatten und Entscheidungen um das Zuwanderungsgesetz und das Kopftuchverbot etc.) maßgeblichen Einfluss auf Projektverläufe im Rahmen des Modellprogramms nehmen und zum Teil den Anliegen der Projekte diametral entgegenstehen. Vielfach werden daher neue Kompetenzen (gezielte Öffentlichkeitsarbeit, politisches Einschätzungsvermögen, stabile Kooperationsbeziehungen etc.) der Projekt-Mitarbeiter/-innen und der beteiligten Netzwerke notwendig, um mit den Folgen der genannten politisch-gesellschaftlichen Debatten auf die Projektpraxis im Rahmen eines Modellprogramms, das unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit steht, umgehen zu können.

Die genannten Herausforderungen von interkultureller/interreligiöser Projektarbeit im Rahmen eines Modellprogramms sind von einigen Projekten und Trägern unterschätzt worden. Durch den integrierten Erfahrungstransfer im Rahmen von programmspezifischen Fachtagungen und Regionalkonferenzen konnten diese Lernerfahrungen konstruktiv genutzt und weitergegeben werden.

Strukturell ist in Bezug auf die in dem Förderschwerpunkt „interkulturelles/ interreligiöses Lernen“ eingebundene Trägerstruktur gleichzeitig festzustellen, dass es bisher nicht im gewünschten Umfang gelungen ist, auch Migranten(selbst-)organisationen und Glaubensgemeinschaften als Träger von Projektarbeit in das Programm „ENTIMON - Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ einzubeziehen. Ihr Anteil unter den in das Gesamtprogramm einbezogenen Trägern lag in den Jahren 2002-2004 bei 3 bis 4%. An dieser Stelle ist zu fragen, ob durch spezifischere Information(swege) mehr Migranten(selbst-)organisationen und jüdische bzw. muslimische Initiativen als Träger im Rahmen des Modellprogramms ENTIMON gewonnen werden können.

In Bezug auf die inhaltliche Seite ist weiterhin deutlich geworden, dass im Rahmen des Programms ENTIMON zahlreiche interkulturelle Projekte sowie Projekte der Migrationssozialarbeit mädchen- und frauenspezifische Konzepte umsetzen, die Ansätze des Empowerment und des antirassistischen Lernens verfolgen und sich dabei auf langjährige Erfahrungen stützen. Für den komplementären Bereich der interkulturellen und antirassistischen Jungenarbeit ist dieser Befund leider nicht zu bestätigen. Nur wenige Projekte arbeiten geschlechter- und migrationssensibel mit Jungen bzw. jungen Männern und beleuchten Erfahrungen und Lebensthemen, Rollenstereotypen und soziales Verhalten bewusst (auch) unter geschlechtsspezifischem Blick. Dieses Ergebnis ist allerdings nicht spezifisch für das Programm ENTIMON, sondern gilt wohl für den gesamten Bereich der (interkulturellen) Kinder- und Jugendarbeit. Die in entsprechenden jungenspezifischen ENTIMON-Projekten gemachten Erfahrungen geben jedoch wertvolle Hinweise auf „wirksame“ Ansätze der interkulturellen Jungenarbeit.

In Bezug auf die Frage, wie der Förderschwerpunkt „Interkulturelles Lernen“ und die beteiligten Projekte insgesamt weiter gestärkt und weiterentwickelt werden können, ist insbesondere auf die Bedeutung von Praxisberatung, Projektbegleitung und Supervision zu verweisen. Interkulturelle und interreligiöse Projekte sind in sensiblen Arbeitsfeldern tätig, die häufig durch Statusunterschiede der Beteiligten, strukturelle Ungleichheiten, Kulturalisierung persönlicher Konflikte oder der Beziehungsmuster bzw. persönliche Auslegung „kultureller“ Konflikte sowie den genannten starken Einfluss kontroverser politisch-gesellschaftlicher Debatten geprägt sind. Dies verlangt ein hohes Maß an Reflexionsfähigkeit sowie Rollendistanz und Ambiguitätstoleranz von den beteiligten Fachkräften und Akteuren. Eine punktuelle oder begleitende interkulturelle Beratung, Projektbegleitung oder Supervision könnte maßgeblich dazu beitragen, entsprechende Arbeitsprozesse in interkulturell bzw. interreligiös ausgerichteten Projekten konstruktiv zu unterstützen.

3.2.3 Zum methodischen Vorgehen

Zur Evaluierung des Programms bedient sich die wissenschaftliche Begleitung sowohl der quantitativen als auch der qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung. Dabei werden die im Jahr 2001 von der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) vorgelegten „Standards für Evaluation“³ zugrunde gelegt.

In ihrem Vorgehen stützt sich die wissenschaftliche Programmbegleitung auf Grundlagen der Cluster-Evaluation, einer pragmatischen Lösung zur Evaluation von Programmen mit vielen heterogenen Projekten und dementsprechend vielen Variationen in der Umsetzung der Programmziele. Mit Hilfe eines Logischen Modells werden die meist implizit bleibenden „Handlungstheorien“ der Projektbeteiligten in einer vereinfachten und schematischen Weise abgebildet und einer wirkungsorientierten Analyse zugänglich gemacht. Das Konzept der qualitativen Evaluation ist insgesamt stark partizipativ angelegt und versucht, die evaluierten Projekte im Rahmen regelmäßiger Workshops und Rückkopplungsprozesse soweit wie möglich in die Erarbeitung, Aktualisierung und Auswertung der Logischen Modelle einzubeziehen.

Aus evaluationstheoretischer Sicht erwies sich der strategievergleichende Blick auf die durch die Projekte erstellten „Logischen Modelle“ mit ihrer expliziten Darstellung der Rahmenbedingungen, Ressourcen, geplanten und durchgeführten Aktivitäten und Zielsetzungen sowie die kontrastierende Bildung von „Typen“ von Projekten, die eine ähnliche Strategie verfolgen, bisher als geeignete Methode, um förderliche und hemmende Bedingungen für die Umsetzung „wirksamer“ Projektstrategien zu extrahieren und zu analysieren.

Um den Besonderheiten des Gesamtprogramms, den ein- und mehrjährigen Förderungen bzw. mehrmaligen Antrags- und Bewilligungsmöglichkeiten in der gesamten Programmlaufzeit Rechnung zu tragen, wendet die wissenschaftliche Begleitung darüber hinaus ein mehrstufiges Fragebogensystem in Form jährlicher Totalerhebungen und integrierter Follow-up-Befragungen an.

Für die Ermittlung von Strukturdaten zum Gesamtprogramm wurde ein teilstandardisierter Projektfragebogen entwickelt und unter allen geförderten Projekten im Programm ENTIMON eingesetzt.

³ Die Standards sind auf der Homepage DeGEval unter <http://www.degeval.de> einzusehen.

4. Programm CIVITAS

Das Programm „CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ soll dazu beitragen, zivilgesellschaftliche Strukturen im Gemeinwesen in den neuen Bundesländern aufzubauen, zu vernetzen und modellhaft weiter zu entwickeln. Die Arbeit soll menschenrechtsorientiert sein und die Perspektive der Opfer rechtsextremer Gewalt im Blick haben. Im Zentrum stehen dabei die Anerkennung, der Schutz und der Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten. Sowohl die Professionalisierung von Beratungsstrukturen als auch die Entwicklung und Anerkennung örtlicher zivilgesellschaftlicher Initiativen sind wichtige Elemente zur Stärkung der demokratischen Kultur im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

„CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ richtet sich grundsätzlich an jede/n Bürger/in, die bzw. der sich den Prinzipien eines demokratischen, zivilgesellschaftlichen Gemeinwesens verpflichtet fühlt. Das Programm ist in seiner Konzeption ausdrücklich nicht auf den Bereich der Jugendförderung begrenzt, sondern wendet sich im Sinne eines zivilgesellschaftlichen Ansatzes an ein weit gefasstes Spektrum von Gruppen und Einzelakteuren/-innen, an Multiplikatoren/-innen in Vereinen, Initiativen, Schulen, Kindergärten, Parlamenten, Verwaltungen, Polizei, Justiz und Unternehmen; an engagierte Bürger/-innen; an Eltern und andere Erziehungsberechtigte; an Migranten/-innen, an junge Menschen, an Haupt- und Berufsschüler/-innen, an rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche und an Opfer rechtsextremer Gewalt.

Im Rahmen des Programms werden vorrangig lokale Initiativen initiiert, unterstützt und vernetzt sowie professionelle Beratungsstrukturen aufgebaut. Bis zum Jahr 2006 wird der Bund voraussichtlich rund 52 Mio. € an Fördermitteln für das Programm CIVITAS zur Verfügung gestellt haben. Gefördert werden:

- Mobile Beratungsteams (MBT)

Ziel ist der Aufbau eines kompetenten Beratungsnetzes in den neuen Bundesländern nach dem Vorbild der Brandenburger mobilen Beratungsteams.

- Beratungsstellen für Opfer bzw. potentielle Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten

Zielgruppen der Arbeit von Opferberatungsstellen sind Menschen, die Opfer einer rechtsextremen Gewalttat geworden sind – unabhängig von einer Strafanzeige und von der strafrechtlichen Einordnung der Tat – und ethnische, kulturelle und soziale Minderheiten, die als Gruppen von rechtsextremer Gewalt indirekt betroffen sind.

- Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen im Gemeinwesen

- Austausch und Vermittlung von Erfahrungen
- Stärkung einer demokratischen, gemeinwesenorientierten Gesamtkultur

- Vernetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Gemeinwesen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Als eine besondere Erkenntnis aus den geförderten Projekten der Jahre 2001 bis 2004 lässt sich deutlich ableiten, dass positive und nachhaltige Wirkungen nur dann festzustellen sind, wenn sich engagierte Bürger/-innen und Institutionen in Kooperationsnetzwerken zusammenschließen und gemeinsam Handlungsstrategien gegen Rechtsextremistisches und undemokratisches Gedankengut entwickeln und umsetzen.

Besonders sinnvoll erscheint die Entwicklung von Projekten innerhalb der Bürgergesellschaft (Zivilgesellschaft) in den Gemeinden. Eine wichtige Rolle sollte dabei die Einbeziehung und Aktivierung von Ehrenamtlichen aller Altersgruppen spielen. Wenn es gelingt, unterschiedliche Kooperationspartner/-innen (Initiativen, Gemeinden, Kirchen, öffentliche und freie Träger, Gewerkschaften, Schulen, Unternehmerschaft) zusammenzubringen und ein gemeinsames Handeln auf der Grundlage demokratischer Strukturen zu verabreden, wird es möglich sein, rechtsextremen Strukturen auf der Ebene der Gemeinden demokratische Handlungsformen entgegen zu setzen.

Das Bewusstsein, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus als Probleme anzusehen, die gemeinschaftlich, mit demokratischen und zivilgesellschaftlichen Ansätzen wenn nicht gelöst, so doch eingegrenzt werden können, ist vielerorts unter dem Einfluss der Projektarbeit gewachsen. Gleichzeitig ergibt sich aus der konkreten Arbeit auch die Erkenntnis, dass die Unterschiede in den Neuen Bundesländern von Region zu Region groß sind. Gerade im ländlichen Raum ist das strukturelle Netz an Trägern oft nicht gut ausgebildet und es gibt dadurch weniger Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Im Frühjahr 2004 wurde durch die Servicestelle CIVITAS ein umfangreicher Zwischenbericht zur Umsetzung des Programms in den Jahren 2001 - 2003 erstellt. Nachfolgend wird der Stand der Umsetzung der Programmverwaltung durch die Servicestelle CIVITAS für das Haushaltsjahr 2004 als Fortsetzungsbericht dargestellt.

4.1 Projektförderung 2001 - 2004

4.1.1 Projektbezogenes Antrags-, Bewertungs- und Auswahlverfahren

Seit Beginn des Programms CIVITAS im Jahr 2001 wurden mit insgesamt 2.151 Förderanträgen eine Vielzahl von Projekten eingereicht. Davon konnten in den Jahren **2001 bis 2004 1.264 Vorhaben bewilligt** werden. Die durchschnittliche Förderquote liegt damit bei 58,8 %. **Bis zum Jahr 2006** wird die Bundesregierung voraussichtlich **51,5 Mio. €** für die Förderung von Projekten in den Neuen Bundesländern bereitstellen, für das Haushaltsjahr **2004** standen **9 Mio. €** zur Verfügung.

Allein im Jahr **2004** gingen 403 Projektanträge in der Servicestelle CIVITAS ein. **221 Projektanträge** wurden davon **bewilligt**. Damit lag im Jahr 2004 die durchschnittliche Förderquote bei 54,8 %. Neue Anträge konnten in den folgenden Programmpunkten gestellt werden:

3.2.2 Austausch von Vermittlung und Erfahrungen

2.3.2 Stärkung einer demokratischen, gemeinwesenorientierten Gesamtkultur

2.4 Förderung überregionaler Modellprojekte.

Weiterhin wurden **39 Strukturprojekte (Mobile Beratungsteams, Opferberatungen und Netzwerkstellen)** im Rahmen der zur Verfügung stehenden Verpflichtungsermächtigung nahtlos **fortgeführt**. In diesen Programmbereichen konnten keine Neuanträge gestellt werden.

46 Folgeprojekte aus dem Jahr 2003 setzten ihre Arbeit in **2004** zunächst fort. Ein Folgeprojekt konnte nach der Prüfung des Sachberichtes und des eingereichten Folgeantrages nicht zur weiteren Förderung vorgeschlagen werden.

Auch im Jahr 2004 stellte die Servicestelle CIVITAS den Trägern ein breites Beratungsangebot für die Antragsstellung und Konzeptentwicklung sowie für die Projektumsetzung zur Verfügung. Der überwiegende Teil der Antragsberatung fand per E-mail, per Telefon oder im Rahmen von Informationsveranstaltungen vor Ort bzw. durch Einzelberatungen in der Servicestelle statt.

4.1.2 Finanzierung der Projekte

Insgesamt wurden für die Finanzierung der **221 bewilligten Projekte** Förderempfehlungen in Höhe von **ca. 8,1 Mio. €** erteilt. Die nachfolgende Tabelle verschafft einen Überblick über die Mittelverwendung **im Jahr 2004**:

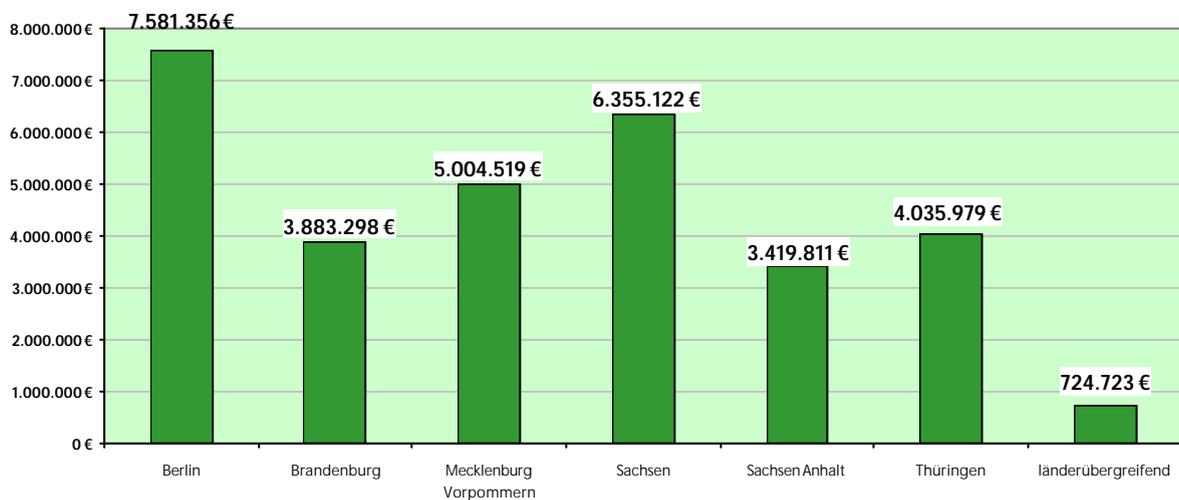
Fördermittelkontingent 2004	8.219.631,00 €
Förderempfehlungen 2004	8.143.663,07 €
entspricht Auslastungsquote der Fördermittel	99,08 %
Davon Länderkonferenzen	41.120,42 €
Davon Fachtagung/ Praxistagung	59.930,00 €
niedrigste Fördersumme	500,00 €
höchste Fördersumme	326.227,00 €
geförderte Projekte	221

Die **Kofinanzierung** der Projekte entwickelte sich im Jahr 2004 grundsätzlich positiv. Zwar konnten die Strukturprojekte die geplanten Kofinanzierungsanteile in Höhe von 35 % nur in wenigen Fällen erreichen. Trotzdem erzielten viele Projekte eine Verankerung in den Ländern und konnten durchschnittlich eine Kofinanzierung von 12 % einwerben. So wurden die Mobilen Beratungsteams und Opferberatungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin durch spezifische Landesprogramme gefördert. In Sachsen-Anhalt und Brandenburg wurden Mittel aus den Landeszentralen für politische Bildung sowie Lottomittel zur Verfügung gestellt. In Leipzig wurde das dort verankerte Opferberatungsprojekt durch die Stadt unterstützt. Nur in den Ländern Thüringen und Sachsen konnten für das Jahr 2004 keine Landesmittel eingeworben werden. Die Strukturprojekte, die nicht ausreichend Kofinanzierung akquirieren konnten, wurden auf 88 % der CIVITAS-Förderung des Jahres 2003 gekürzt.

Die **durchschnittliche Kofinanzierung** aller geförderten Projekte **in 2004** lag bei **18 %**, dabei lag der höchste Kofinanzierungsanteil bei 86 %. 2003 konnten nur 7 % andere Mittel akquiriert werden. Die Anteile an Kofinanzierung konnten demnach deutlich gesteigert werden.

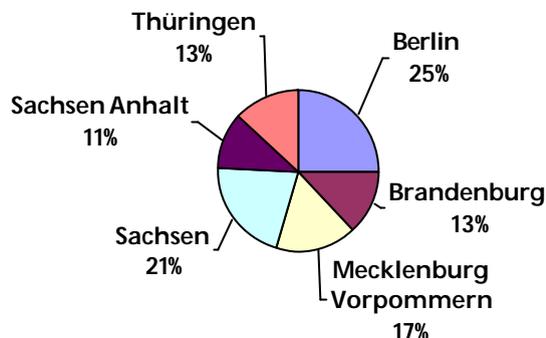
Die folgenden Statistiken geben detaillierte Auskünfte über die Verteilung der Fördermittel in den Neuen Bundesländern und Berlin.

Verteilung der Gesamtförderung in Höhe von seit Programmstart 2001



Die meisten Fördermittel sind mit insgesamt ca. 7,6 Mio. € nach Berlin geflossen, Sachsen-Anhalt hat dagegen mit ca. 3,4 Mio. € am wenigsten Fördermittel aus CIVITAS erhalten. Dadurch ergab sich die folgende prozentuale Verteilung:

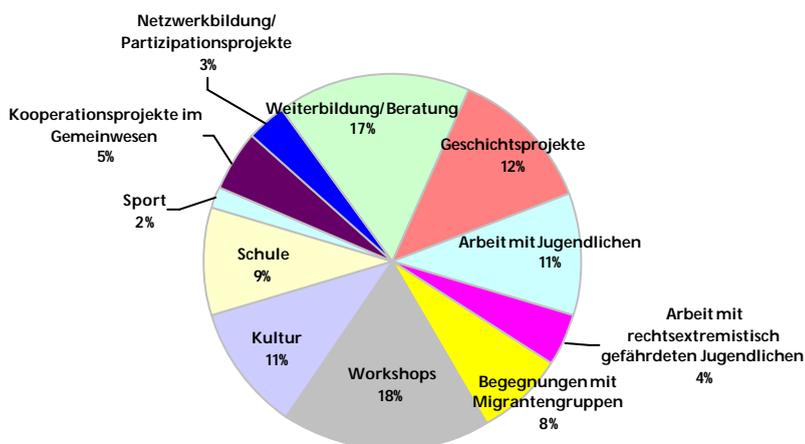
Verteilung der Fördermittel pro Bundesland



Die Verteilung der Mittel steht im Zusammenhang mit der Bevölkerungsstärke und den vorhandenen Trägerstrukturen der entsprechenden Bundesländer. Aus der Antrags- und Bewilligungslage wird dieser Umstand besonders am Beispiel von Berlin und von Sachsen deutlich. Im Vergleich zu den anderen Neuen Ländern ist in Berlin und in Sachsen eine sehr hohe Trägerdichte vorhanden, die sich auch in der Menge der Anträge widerspiegelt.

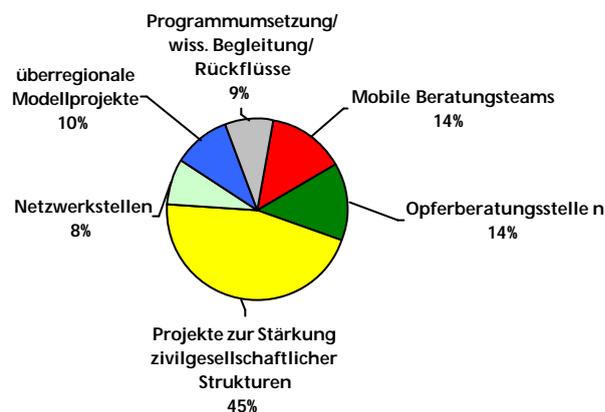
Um sich aktiv gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus vor Ort einzusetzen, nutzten die geförderten Projekte vielfältige Wege. Einen Überblick darüber verschafft die folgende Grafik:

Hauptsächliche Projektinhalte der geförderten Maßnahmen 2001 bis 2004



In die **Finanzierung der Strukturprojekte** sind insgesamt **36 % der** zur Verfügung stehenden **Fördermittel** geflossen, 45 % wurden für die Förderung zivilgesellschaftlicher, lokaler Vorhaben und 10 % für überregionale Modellprojekte bereitgestellt. Der Anteil der Rückflüsse sowie die Ausgaben für die wissenschaftliche Begleitforschung und die Servicestelle CIVITAS lag bei 9%.

Mittelverwendung nach Programmschwerpunkten von 2001 bis 2004

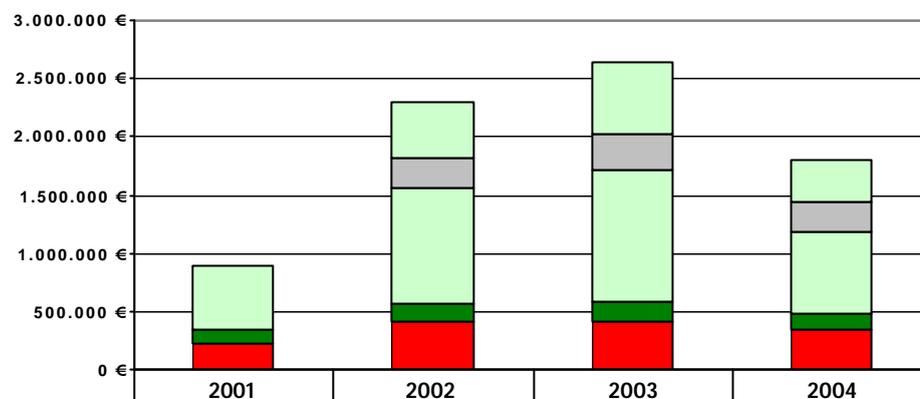


Die aktuelle Verteilung der Strukturprojekte, aufgeschlüsselt nach Bundesländern, stellt sich wie folgt dar:

Strukturprojekte	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Mobile Beratungsteams	2	0	2	1	0	1
Opferberatungsstellen	1	1	1	2	2	1
Netzwerkstellen	5	1	5	5	5	4

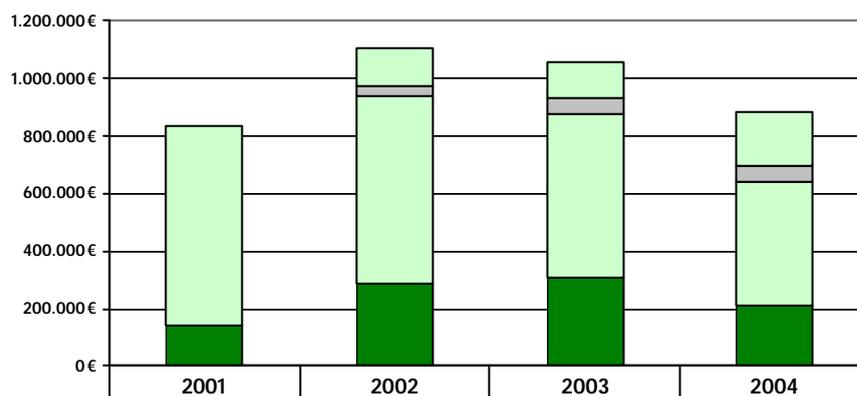
Im Folgenden wird die Verteilung der geförderten Projekte detailliert pro Bundesland und Förderschwerpunkten dargestellt.

Berlin



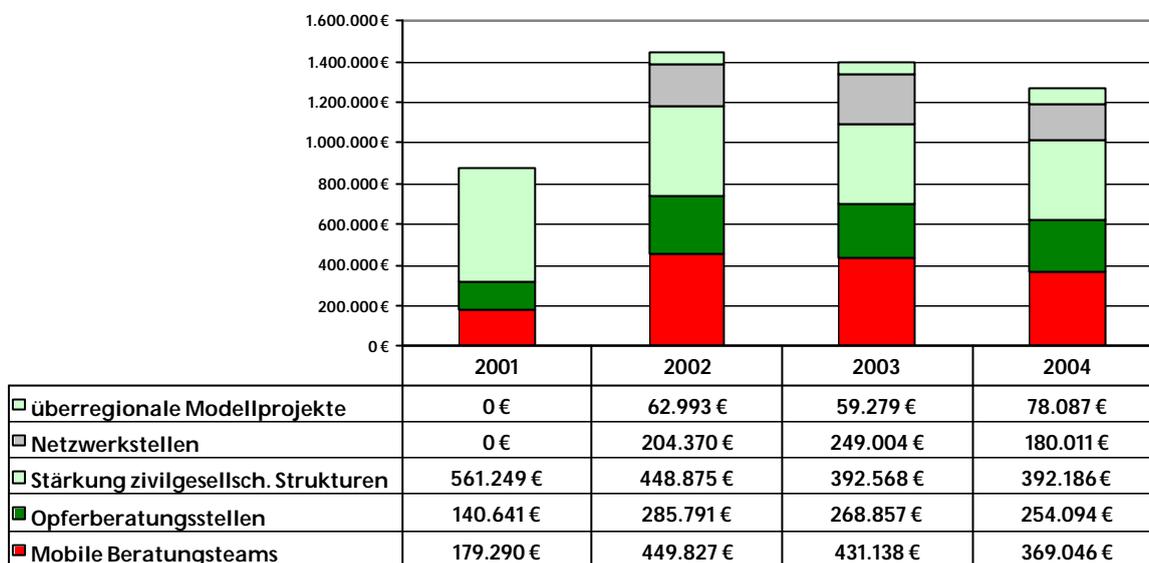
	2001	2002	2003	2004
überregionale Modellprojekte	0 €	482.267 €	627.821 €	360.665 €
Netzwerkstellen	0 €	262.030 €	311.909 €	257.054 €
Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen	545.328 €	982.165 €	1.123.869 €	698.249 €
Opferberatungsstellen	123.099 €	166.579 €	171.133 €	146.096 €
Mobile Beratungsteams	216.910 €	405.670 €	413.600 €	338.981 €

Brandenburg

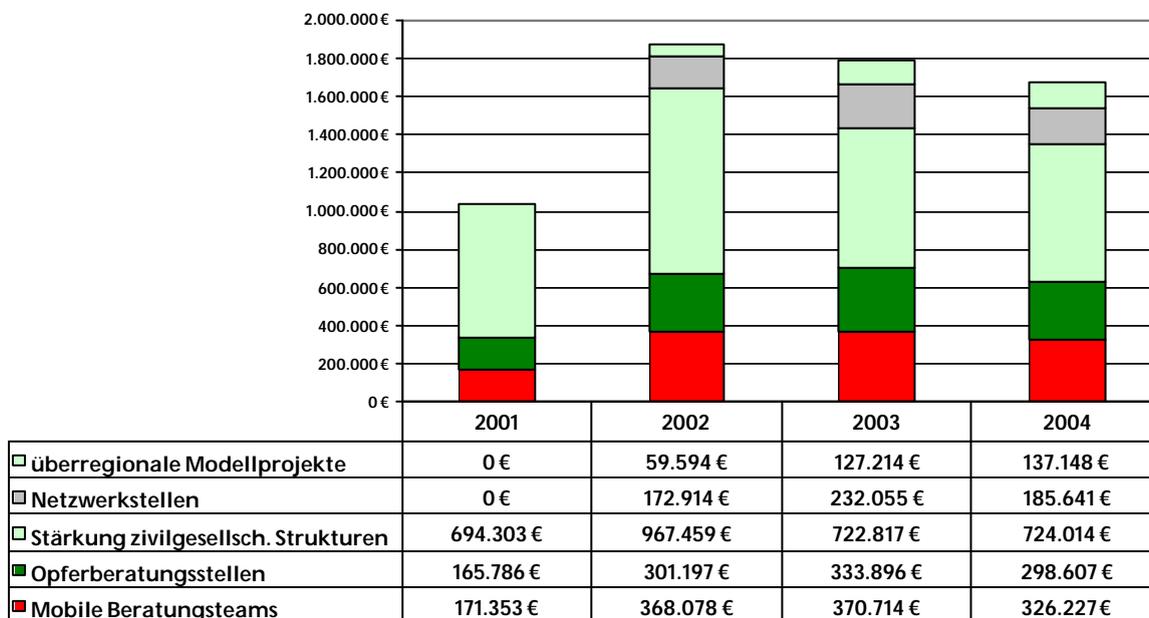


	2001	2002	2003	2004
überregionale Modellprojekte	0 €	136.261 €	128.473 €	188.308 €
Netzwerkstellen	0 €	31.374 €	50.817 €	53.054 €
Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen	689.739 €	655.291 €	574.009 €	428.421 €
Opferberatungsstellen	140.580 €	283.919 €	304.289 €	211.817 €
Mobile Beratungsteams	0 €	0 €	0 €	0 €

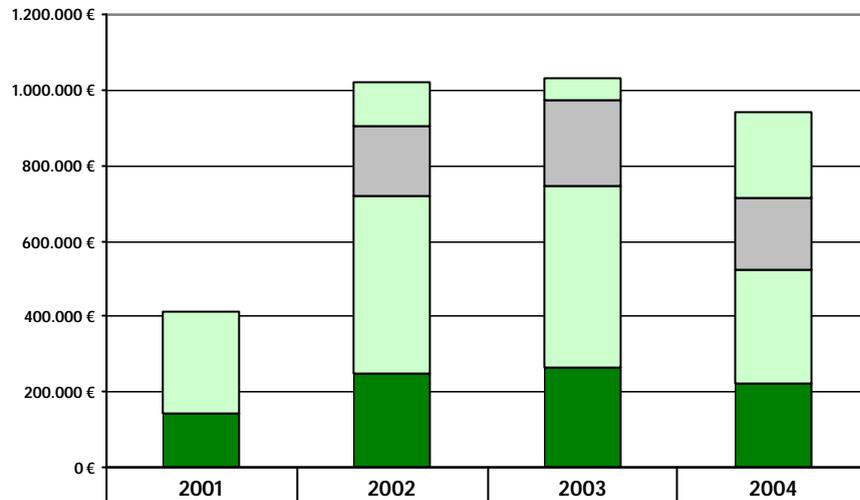
Mecklenburg-Vorpommern



Sachsen

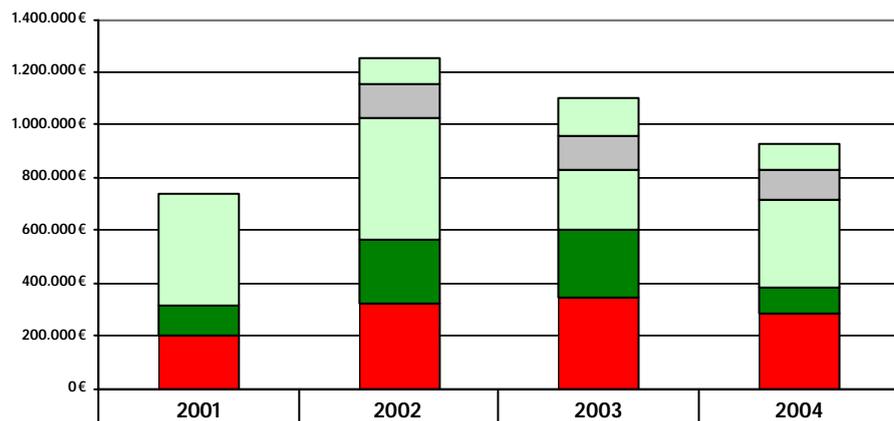


Sachsen-Anhalt



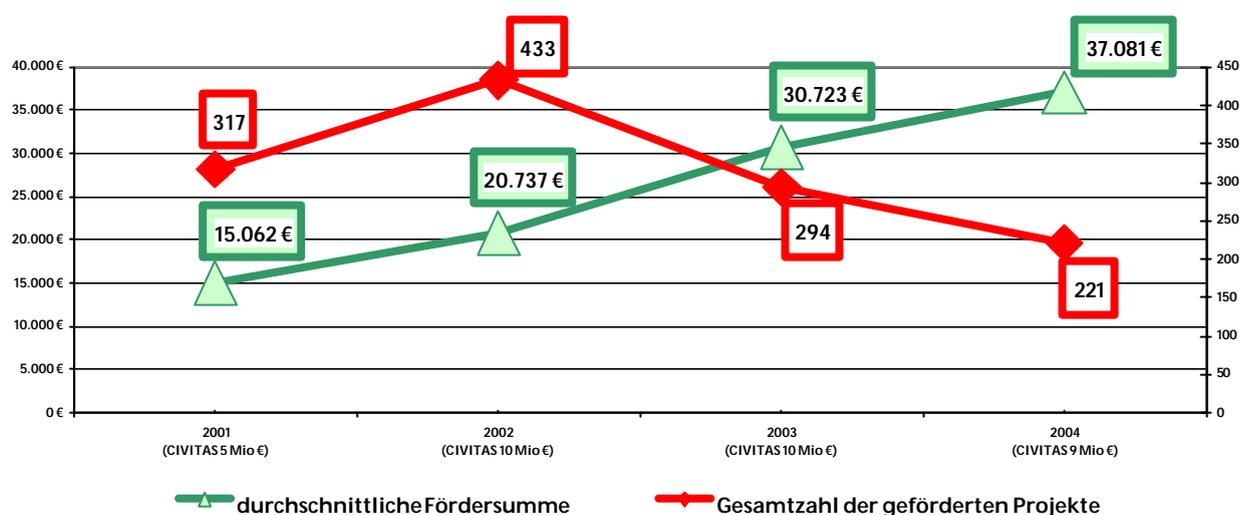
	2001	2002	2003	2004
überregionale Modellprojekte	0 €	113.700 €	60.100 €	226.510 €
Netzwerkstellen	0 €	184.399 €	228.463 €	191.007 €
Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen	269.021 €	472.988 €	482.429 €	303.013 €
Opferberatungsstellen	142.686 €	249.107 €	262.672 €	222.310 €
Mobile Beratungsteams	0 €	0 €	0 €	0 €

Thüringen



	2001	2002	2003	2004
überregionale Modellprojekte	0 €	97.275 €	146.447 €	98.065 €
Netzwerkstellen	0 €	129.625 €	132.931 €	115.853 €
Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen	421.275 €	461.558 €	223.769 €	328.062 €
Opferberatungsstellen	113.770 €	238.164 €	258.824 €	99.992 €
Mobile Beratungsteams	199.752 €	326.516 €	343.417 €	286.496 €

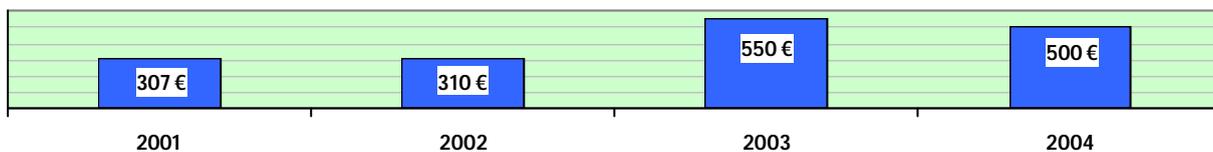
Im Jahr 2001 wurden 317 Anträge als förderwürdig eingestuft, im Jahr 2002 dagegen 433 Anträge und im Jahr 2003 waren 294 förderwürdige Projektanträge zu verzeichnen. Im vergangenen Jahr sind 221 Maßnahmen gefördert worden. Der Rückgang geförderter Projekte in den letzten zwei Jahren hat unterschiedliche Ursachen. Neben dem, dass im Förderjahr 2004 nur 9 Mio. € zur Verfügung standen, während in den Vorjahren noch 10 Mio. € verteilt werden konnten, ist auch die **durchschnittliche Förderhöhe der Projekte seit Programmstart um rund 150 % angestiegen**. Die Entwicklung der förderwürdigen Anträge im Vergleich der durchschnittlichen Fördersumme zeigt die folgende Grafik.



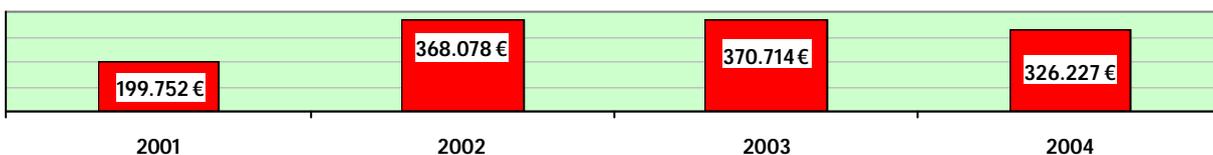
Der Aufwärtstrend der durchschnittlichen Fördersummen resultiert zum großen Teil aus den Projektlaufzeiten. Während in den ersten Jahren des CIVITAS- Programms ein großer Teil der Projekte eher mit kürzeren Laufzeiten arbeitete, wurden in den folgenden Jahren viele Vorhaben mit längeren Laufzeiten durchgeführt. Diese Entwicklung trägt der Einsicht Rechnung, dass längerfristige, kontinuierliche Maßnahmen eine bessere Voraussetzung für stabiles Engagement gegen Rechtsextremismus bieten.

Die höchsten und niedrigsten Fördersummen haben sich wie folgt entwickelt:

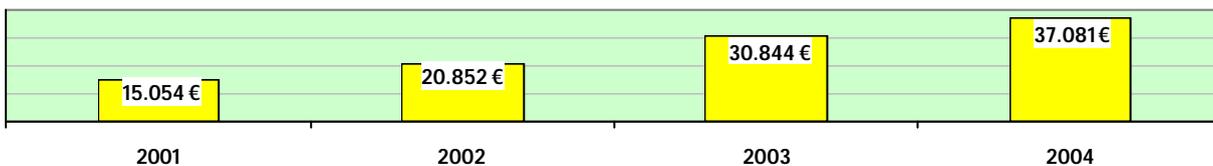
niedrigste Fördersumme



höchste Fördersumme



durchschnittliche Fördersumme



4.1.3 Erfahrungen und Ergebnisse

Neben der Projektbegleitung der Servicestelle CIVITAS, die sich vorrangig an lokale, zivilgesellschaftliche Projekte richtet, werden die Strukturprojekte durch Koordinatoren/-innen unterstützt und beraten. Die Koordinatoren/-innen der Mobilien Beratungsteams und der Netzwerkstellen waren bis zum Sommer 2004 im Rahmen der AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus tätig. Nach Auflösung der AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus zum 1. September 2004 übernahm die RAA Berlin die Koordination der Mobilien Beratungsteams und die Stiftung Demokratische Jugend die Koordination der Netzwerkstellen. Die Koordination für die Opferberatungsstellen ist von Anfang an bei dem Verein „Opferperspektive e.V.“ angegliedert.

Mobile Beratungsteams (MBT)

Im Jahr 2004 arbeiteten die Projektleiter/-innen der MBTs im Rahmen der Koordinierungstreffen verstärkt an der **Weiterentwicklung von Standards für mobile Beratungsarbeit** und begannen zunächst ein gemeinsames Profil der Beratungstätigkeit zu erstellen. Es sollten zu folgenden Kernpunkten gemeinsame Aussagen getroffen werden: 1) Ziele, 2) Angebote, 3) Zielgruppen, 4) Methoden und Arbeitsweisen, 5)

Rahmenbedingungen, 6) Ergebnisse der Arbeit. Zur Diskussion über ein Gesamtprofil der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus wurde eine „Profilgruppe“ implementiert, die im ersten Schritt zur Exploration zentraler Kriterien Mobiler Beratung genutzt wurde. Durch diese Maßnahmen ist ein konstruktiver Diskussionsprozess zur Profilentwicklung entstanden, dessen Abschluss für das erste Halbjahr 2005 vorgesehen ist.

Die Weiterentwicklung des Ansatzes Mobiler Beratung wurde außerdem durch den Workshop „Lokale Intervention – Beratung in lokalen Binnensystemen“ unterstützt, der gemeinsam mit den Opferberatungsprojekten durchgeführt wurde. Der Workshop schaffte die Grundlagen für weiter zu bearbeitende Interaktionsmodelle von Mobiler Beratung und Opferberatung und initiierte wichtige Diskussionen um Ansätze, Möglichkeiten und Grenzen lokaler Intervention. Im kommenden Jahr soll dieser Diskussionsrahmen wiederholt werden. Dabei sollen dann auch die Netzwerke mit eingebunden werden.

Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten

Zur **Qualitätsentwicklung der Opferberatungsprojekte** organisierte der Koordinator der Opferberatungsstellen einen Arbeitszirkel, der sich im Berichtsjahr 2004 neunmal zusammenfand. Es ist durch diese Arbeit gelungen, in allen Projekten spezifische Qualitätsentwicklungsprozesse anzustoßen.

Wie bereits in den Vorjahren wurden auch im Jahr 2004 verschiedene Fortbildungsangebote durch den Koordinator der Opferberatungen organisiert, z.B. ergänzende Fortbildungen zum Straf- und Zivilrecht, zum Opferentschädigungsgesetz, zum Thema Antiziganismus, Fundraising bzw. zu Auswirkungen des neuen Zuwanderungsgesetzes. Diese gemeinsamen Fortbildungen stärkten außerdem die Vernetzung der Opferberatungsprojekte. Im Jahr 2005 richtet sich die Weiterbildung der Projekte vorrangig auf das Thema „systemische Beratungsansätze“.

Zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Erhebung der Opfer(beratungs-)statistiken in den einzelnen Bundesländern wurde eine Datenbank programmiert und den Projekten zur Verfügung gestellt.

Dass es den Beratungsstellen in den meisten Regionen zunehmend gelungen ist, Zugang zu ihrer Klientel zu bekommen, verdeutlichen die vorliegenden Beratungszahlen. Im Jahr **2004** erlangten die Opferberatungsstellen in den fünf Neuen Bundesländern und Berlin **Kenntnis von insgesamt 551 rechtsextremen Angriffen**. Die meisten dieser Gewalttaten ereigneten sich in Sachsen (146), gefolgt von Brandenburg (136) und Sachsen-Anhalt (109). Von den 551, in ihrer Intensität sehr unterschiedlichen Angriffen, waren mindestens 805 Personen direkt betroffen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Körperverletzungsdelikte.

Die Beratungsstellen betreuten im vergangenen Jahr **insgesamt 1.230 Klienten/-innen**, darunter 822 Personen⁴, die direkt zu Opfern rechtsextremer Gewalttaten geworden waren. Es handelte sich dabei um 675 Männer und 147 Frauen. Mindestens 360 der beratenen Personen, vor allem Flüchtlinge, Migranten/-innen und Aussiedler/-innen, wurden aus einer rassistischen Tatmotivation angegriffen. Ein weiterer Schwerpunkt lag bei 329 meist jugendlichen Opfern, die sich mehrheitlich einem alternativen Milieu zugehörig fühlen. In 70 % der Fälle erwies sich ein langfristiges Beratungsverhältnis als notwendig.

Neben diesen Unterstützungsleistungen wurden in enger Absprache mit den Betroffenen in 210 Fällen verschiedene Formen lokaler Interventionsmaßnahmen durchgeführt. Dabei versuchten die Beratungsstellen, die Verhältnisse in den betreffenden Kommunen auf verschiedenen Ebenen zu thematisieren, um so zu einer Veränderung des kommunalen Klimas beizutragen.

Vernetzung zivilgesellschaftlichen Engagements (Netzwerkstellen)

In den ersten beiden Förderjahren (2002 und 2003) haben die Netzwerkstellen ihre Arbeit konsequent ausgerichtet auf den Aufbau von Kontakten, die Verstärkung von Kooperationsbeziehungen zu unterschiedlichen Akteuren und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu den Themenbereichen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus. In 2004 haben die Stelleninhaber/-innen diese Arbeit fortgesetzt. Durch kontinuierliche Informations- und Sensibilisierungsarbeit⁵ konnten sich die meisten von ihnen bereits als kompetente Ansprechpartner/-innen und Fachexperten/-innen in ihrer Region oder Stadt fest etablieren.

Schwerpunkte der Arbeit liegen dabei bei fast allen Netzwerkstellen in der **Beratung und Unterstützung lokaler Akteure**. Insbesondere in Sachsen⁶ war diesbezüglich nach der Wahl ein verstärkter Bedarf seitens der lokal Engagierten zu verzeichnen. In einigen Fällen wandten sich erstmals auch Politiker/-innen aus Stadträten an die Netzwerkstellen und das Mobile Beratungsteam mit der Bitte um Unterstützung und Qualifizierung im Umgang mit den neu gewählten NPD-Abgeordneten.

2004 initiierte und plante die Koordinatorin der Netzwerkstellen für die Stelleninhaber/-innen eine Fortbildungsreihe zum Thema „Netzwerke entwickeln“. Die dreiteilige Seminarreihe untergliederte sich in die Bereiche: Partner/-innen, Finanzen und Perspektive. Neben partizipativer Beratung und der Vermittlung innovativer Methoden der Projektplanung waren jeweils unterschiedliche Experten/-innen aus Wirt-

⁴ Ein Teil der beratenen Opfer wurden bereits vor dem Jahr 2004 angegriffen. Deshalb übersteigt die Zahl der beratenen Opfer in 2004 die Zahl der Recherchierten.

⁵ Die Methoden, diese Ziele zu erreichen, waren unterschiedlich: Sie reichten von regelmäßigen Netzwerktreffen und Fachkonferenzen oder –seminaren bis hin zur Initiierung von Projekttagen, Fortbildungsseminaren (Argumentationstraining, Anti-Bias-Training, Geschichtsarbeit etc.), der Moderation, Koordination oder Unterstützung gemeinsamer Aktivitäten oder einer CIVITAS-Antragsberatung.

⁶ In Brandenburg ist diese Einschätzung schwierig zu treffen, da hier ja bislang nur eine einzelne Netzwerkstelle gefördert wurde.

schaft, Politik und freier Trägerlandschaft als Referenten/-innen geladen, die aus ihren Erfahrungen berichteten.

Zusätzlich wurden durch die Koordinatorin in 2004 zwei Fortbildungen zu den Inhalten „Ehrenamtliches Engagement“ und „(Selbst-)Evaluation“ organisiert und angeboten, die sich sowohl an die Netzwerkstellen als auch an weitere CIVITAS geförderte Projekte richteten. Erreicht wurde, neben der Vermittlung wichtiger Fachkenntnisse, auch der Austausch von Erfahrungen einzelner Träger untereinander zu den genannten Themen.

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten auf lokaler Ebene

Speziell für die vielfältigen Projekte auf lokaler Ebene fand eine **umfangreiche Projektbegleitung durch die Servicestelle CIVITAS** statt. So wurden im Jahr 2004 insgesamt 149 Projektbesuche vor Ort durchgeführt. Aus diesen durch die Projektbegleitung gewonnenen Informationen sowie aus der Auswertung der Sachberichte der Projekte konnten Erfolge und Probleme bei der Projektarbeit festgestellt und gemeinsam mit den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung die Ausrichtung der neuen Ausschreibung für das Jahr 2005 erarbeitet werden.

Die Durchführung von regionalen Beratungstagen hat sich als äußerst erfolgreiche Methode zur Konzeptdiskussion und -reflektion, zur weiteren Vernetzung und zur Einbindung verschiedener Verantwortungsträger/-innen vor Ort erwiesen. Diese regionalen Beratungstage wurden im Jahr 2004 erstmalig durch die Mitarbeiter/-innen der Servicestelle CIVITAS initiiert und gemeinsam mit lokalen Projekten durchgeführt. So konnten 12 Veranstaltungen in den Neuen Bundesländern organisiert werden.

Im Rahmen der Projektbegleitung wurde auch immer wieder Qualifikationsbedarf der Projektmitarbeiter/-innen im Bereich Projektmanagement (z.B. bei der Organisationsplanung, finanztechnischen Abrechnung und Erstellung des Verwendungsnachweises sowie der Selbstevaluation) sichtbar. Auf der Grundlage der konkreten Bedarfe wurden spezielle Weiterbildungsangebote durch die Servicestelle CIVITAS organisiert (z.B. im Bereich Motivation Ehrenamtlicher und Selbstevaluation). Die Praxistagung „Erfolgreicher arbeiten für Demokratie und Zivilgesellschaft“, die das Anne Frank Zentrum gemeinsam mit der Servicestelle CIVITAS im November 2004 durchführte, reagierte speziell auf diese Qualifikationsdefizite im Bereich Projektmanagement.

4.1.4 Neue Ausschreibung und Projektförderung 2005

Aufgrund der **Erhöhung der Programmmittel um 4 Mio. € können nun auch im Haushaltsjahr 2005** neue Projekte gemäß den Leitlinien CIVITAS gefördert werden. Die zusätzlichen Fördermittel werden dabei in einem offenen und einem geschlossenen Antragsverfahren vergeben.

Offenes Antragsverfahren

In einem offenen Antragsverfahren erhielten interessierte Träger die Möglichkeit, Anträge auf Projektförderung für das Jahr 2005 gemäß den aktuellen Leitlinien CIVITAS zu stellen. Die Antragsfrist endete zum 31.01.2005. Im Zuge des Antragsverfahrens gingen 262 Projektanträge mit einem Mittelbedarfsvolumen von ca. 7,3 Mio. € ein. Die eingegangenen Anträge werden aktuell bearbeitet und ausgewertet. Als Projektbeginn wurde der 1. April 2005 angestrebt.

Geschlossenes Antragsverfahren

Im Rahmen des geschlossenen Antragsverfahrens wird ein besonderer Schwerpunkt auf der gezielt aufsuchenden Antragsberatung für Gemeinwesenprojekte in besonderen Regionen und für Projekte, die auf besondere Anlässe reagieren, liegen. Diese können unterschiedliche Schwerpunkte haben, sollten sich aber in erster Linie auf die Problemlagen im jeweiligen Gemeinwesen beziehen und möglichst viele Bürger/-innen mit einbinden.

Daneben sollen **Netzwerkstellen** eingerichtet werden, **die schon jetzt eine gute Verbindung ins Gemeinwesen haben** und von lokalen Verantwortungsgemeinschaften erarbeitete Handlungskonzepte für die Entwicklung von Perspektiven insbesondere für junge Menschen umsetzen können. In Einzelfällen kann bei bestehenden Netzwerkstellen eine Aufgabenerweiterung erfolgen, um die vorhandene Netzwerkarbeit auch in angrenzenden Regionen oder thematisch auszubauen.

Schließlich sollen neben den bereits initiierten und geförderten überregionalen Modellprojekten weitere geeignete Träger und Projekte durch die Servicestelle CIVITAS identifiziert werden, um neue Modelle in besonderen Themenbereichen zu entwickeln und zu erproben.

4.2 Follow Up Befragung

4.2.1 Einführung

Im Rahmen einer Follow Up Befragung wurden im vergangenen Jahr **insgesamt 421 ausgewählte Projekte nach ihren Erfahrungen in der Projektumsetzung und dem weiterführenden Engagement** gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus befragt. Die Befragung richtete sich an Projekte, die

- bereits beendet waren,
- länger als drei Monate andauerten sowie
- eine Förderung von mehr als 2.500 € erhalten hatten.

Der Fragebogen umfasste insgesamt 21 Fragen und bot die Möglichkeit, anonym zu antworten. Neben allgemeinen Fragen zur Förderung sowie zu den Akteuren und den Zielgruppen der Vorhaben, zielte die Follow Up Befragung im Besonderen auf

die Nachhaltigkeit der geförderten CIVITAS-Projekte und damit verbunden der weiterführenden Arbeit gegen Rechtsextremismus vor Ort.

Insgesamt wurden 165 Fragebögen bis Ende November 2004 an die Servicestelle zurückgesandt. Dies entspricht einer durchaus hohen **Rücklaufquote von 39%**. Der höchste Rücklauf war bei Projekten aus dem Förderjahr 2003 (40% der Antworten) sowie aus dem Jahr 2002 (35% der Antworten) zu verzeichnen. Dies war zu erwarten, da das Jahr 2001 bereits länger zurückliegt und wechselnde Mitarbeiter/-innen und Trägersituationen nicht überall eine Beantwortung der gestellten Fragen zulassen. Die Projekte aus dem Jahr 2004 kamen kaum in Betracht, da nur wenige Träger ihre Maßnahmen bereits im September beendet hatten.

Die Befragten konnten anonym antworten oder den Träger und Projektnamen angeben. Der überwiegende Teil der Träger hat nicht anonym geantwortet, d.h. 109 von 165 Träger haben die Adressen und Projektangaben zur Verfügung gestellt, welche für die Benennung von Beispielen bzw. weitergehenden Nachfragen zur aktuellen Situation bzw. Entwicklung auch zukünftig genutzt werden könnten.

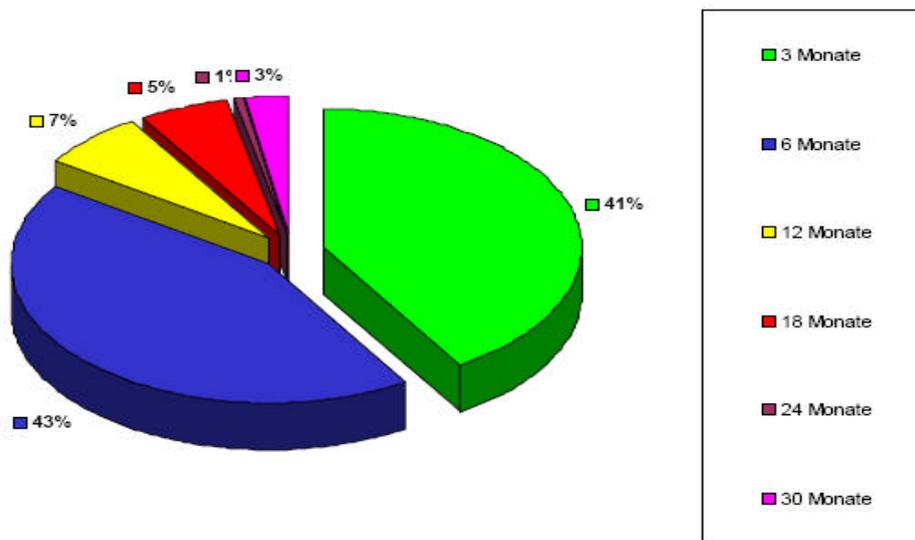
Alle eingereichten 165 Fragebögen wurden in eine Datenbank eingegeben und statistisch ausgewertet.

In der nachfolgenden Beurteilung der Antworten sei darauf hingewiesen, dass im Rahmen dieser Follow Up Befragung nur die Bewertung aus der Sicht der projekt-durchführenden Träger erfragt werden konnte. Es erfolgten keine Befragungen der Projektteilnehmer oder von Akteuren im Umfeld des Projektes.

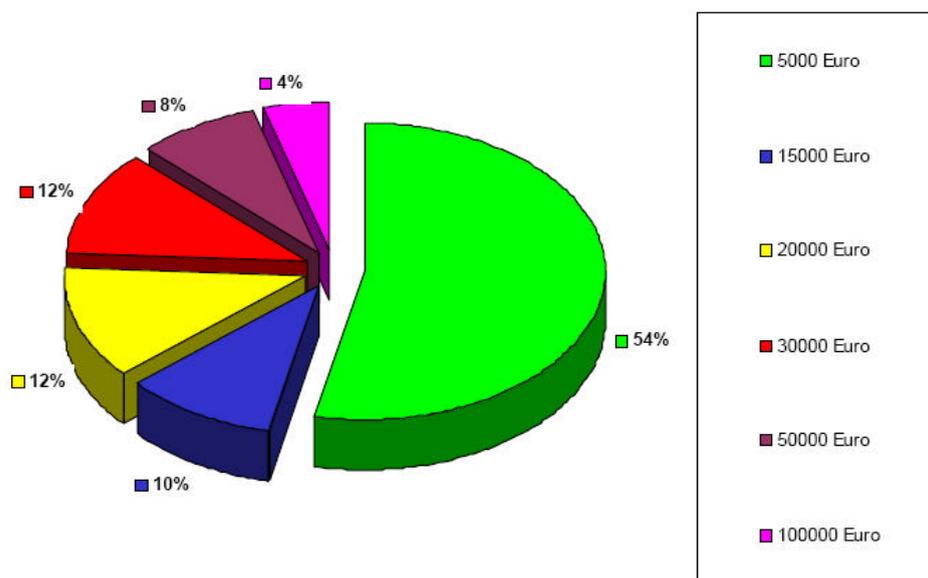
4.2.2 Auswertungsdetails

Projektlaufzeiten, eingesetzte Fördermittel, Zugang zum Programm

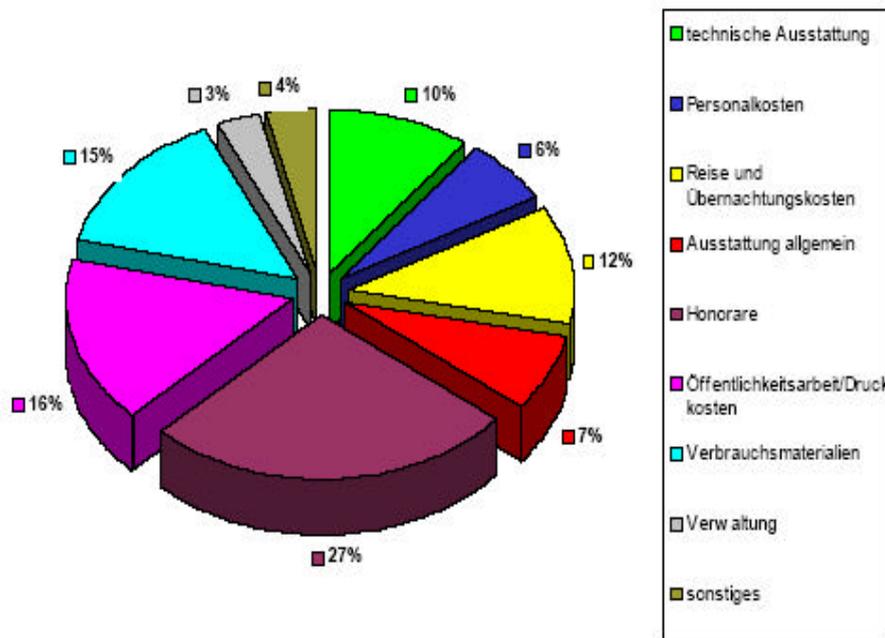
84% der antwortenden Projekte erstreckten sich auf eine **3 bis 11-monatige Projektlaufzeit**, d.h. sie waren unterjährig angelegt. Dies entspricht in etwa der Förderpraxis, da etwa 77% aller geförderten Projekte des Programms unterjährig ausgerichtet sind.



Betrachtet man die Fördersummen, ist festzustellen, dass die antwortenden Projekte eher kleinteilig gefördert wurden, da sie zu 64 % eine Fördersumme bis zu 20 T€ erhielten. Nur 36 % erhielten eine Fördersumme von 20 T€ bis zu 100 T€.

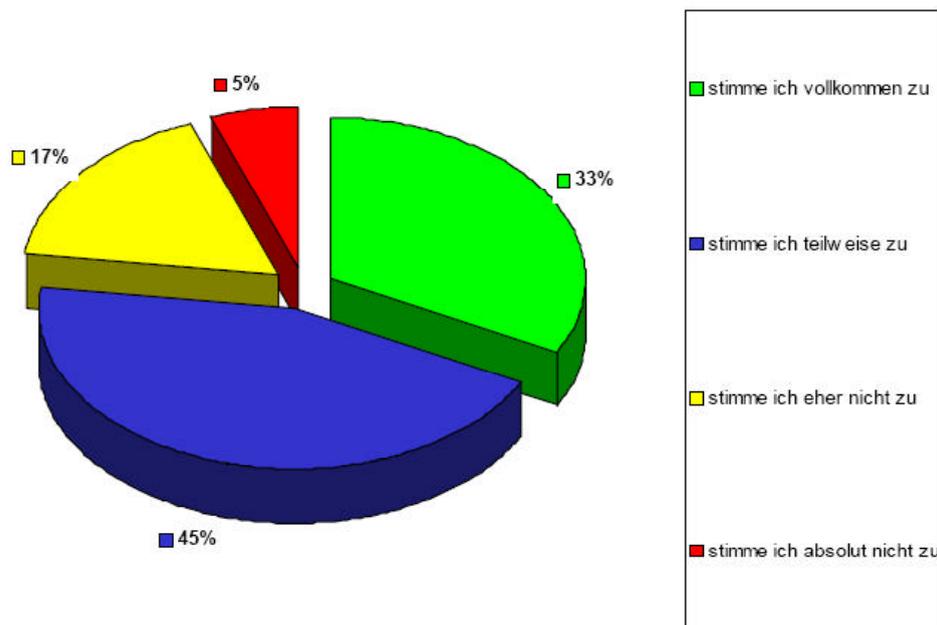


In Beantwortung der Frage: Wofür haben Sie die bewilligte CIVITAS-Förderung hauptsächlich eingesetzt? wird sichtbar, dass die Träger die Fördermittel innerhalb des Projektes recht ausgewogen eingesetzt haben.



Befragt nach dem Zugang und der Handhabbarkeit waren die Aussagen erfreulicherweise in der Tendenz positiv, da 33% dem vollkommen und 45% teilweise zustimmen konnten. Hier bestätigt sich die Annahme, dass auch kleinere Träger auf das Bundesprogramm zugreifen können und die Antragstellung für diese Form von Projekten handhabbar ist.

In Beantwortung der Frage: Stimmen Sie zu, dass die Antragstellung im Vergleich zu anderen Förderprogrammen (z.B. EU-Programmen, Arbeitsmaßnahmen, Jugendhilfe) eher gut zu handhaben war? ergab sich folgendes Ergebnis:



Projekterfolg und Zielgruppen

73% der Befragten schätzen ein, ihr gefördertes Vorhaben in allen Teilen erfolgreich umgesetzt zu haben. 24% bewerteten die Projektumsetzung als überwiegend erfolgreich. Einige Träger betonten als besonders positiv, dass durch die CIVITAS-Förderung ihre Maßnahme in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wurde oder/und ein breiteres Netzwerk aufgebaut werden konnte. Weitere Bemerkungen bezogen sich auf die ermöglichte Professionalisierung der Projektmitarbeiter/-innen, auch von ehrenamtlich Tätigen, und damit die Stärkung der Fachkompetenz des Trägers.

Auf die Frage nach den erreichten Zielgruppen gingen 45% der Projekte davon aus, die geförderte Maßnahme sei in allen Teilen von der zu erreichenden Zielgruppe wahrgenommen worden. 48% gaben an, das Projekt sei zu wesentlichen Teilen wahrgenommen worden.

Die Angaben zu direkt eingebundenen Teilnehmer/-innen und indirekt Partizipierenden ergab, dass in den 165 CIVITAS-Projekten, die auf die Follow-Up-Befragung geantwortet haben, insgesamt mehr als 28.000 Personen direkt beteiligt waren. Indirekt seien fast 150.000 Personen erreicht worden.

Nachhaltigkeit der Projekte

Die Intention der Follow-Up-Befragung zielte im Besonderen auf die Nachhaltigkeit der geförderten Maßnahmen. Eine Einschätzung dazu kann auf der Grundlage von Nachfragen, ob nach der CIVITAS-Förderung ein weiteres Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in der Region sichtbar ist sowie ob weitere Vorhaben entstanden bzw. in Planung sind, gegeben werden.

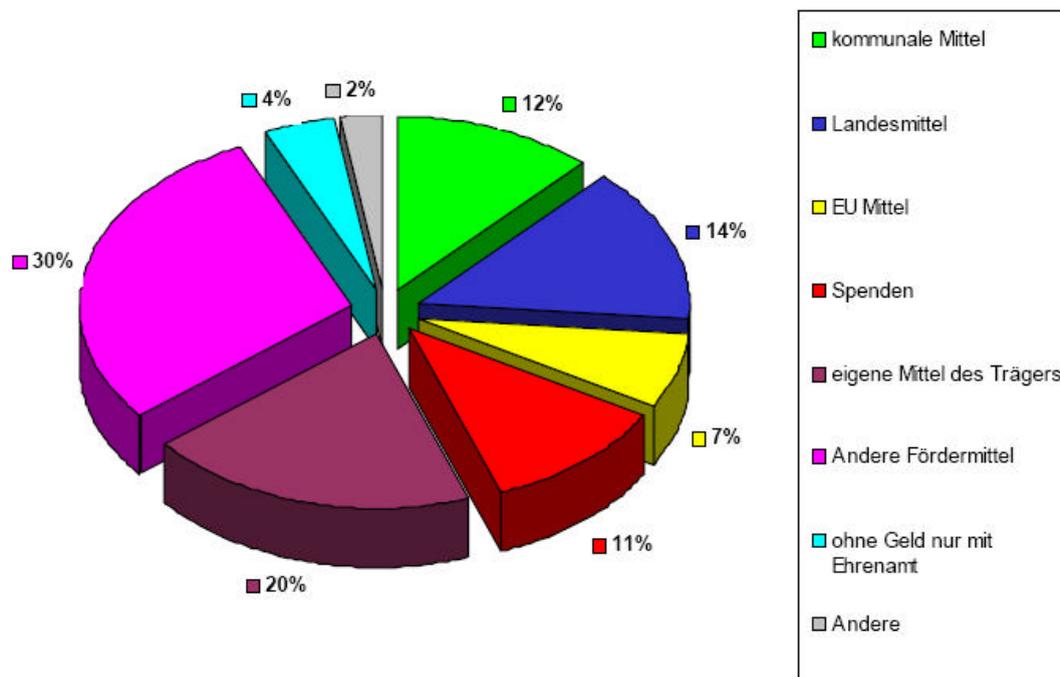
Das Resümee ist beachtlich. **Durch die 165 Projekte wurden insgesamt 189 weitere und neue Aktivitäten nach Auslauf der CIVITAS-Förderung umgesetzt.** Die CIVITAS-Förderung hatte nach Aussagen der Träger eine wichtige **Anregungsfunktion** für Akteure vor Ort.

Vor allem lokal verankerte Träger (95 Projekte) haben auch nach Ende der Bundesförderung weitere Projekte umgesetzt. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass speziell bei den lokalen Vereinen die während der Laufzeit des CIVITAS-Projektes aufgebauten Vernetzungsstrukturen fortgeführt und stabilisiert werden konnten. Auf die Frage nach fortgesetzten Partnerschaften und Kooperationsbeziehungen auch nach Ende der Förderung gaben allein 61 lokale Vereine an, die aufgebauten Beziehungen auch weiterhin zu nutzen.

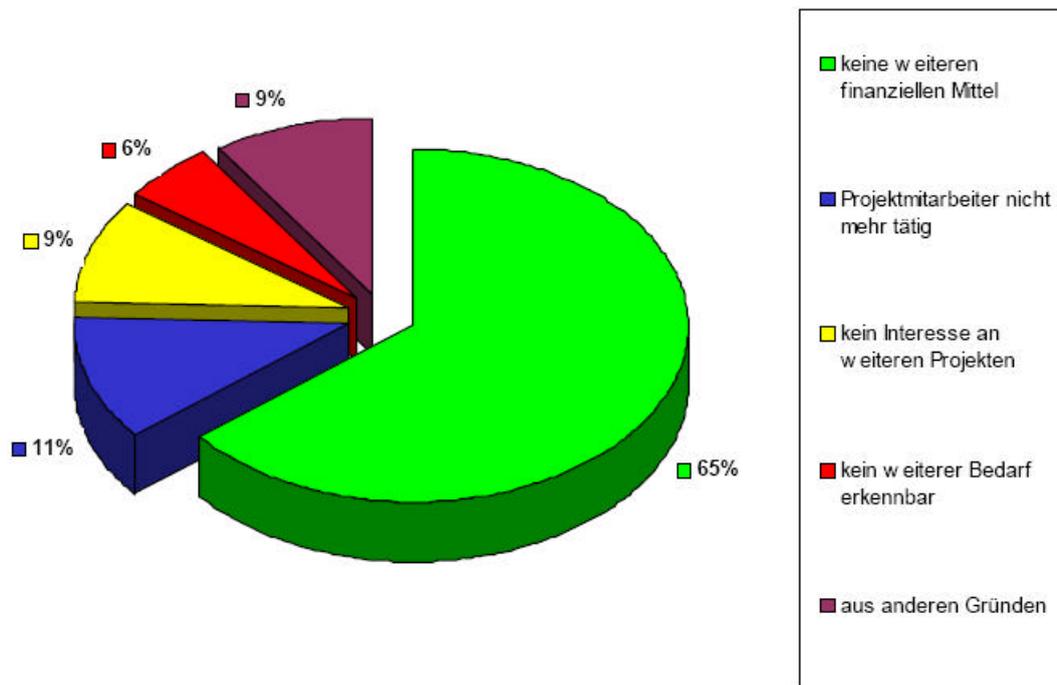
Interessant ist die Frage, mit welchen Mitteln die angegebenen Folgemaßnahmen durchgeführt wurden. Es wurden unterschiedlichste Formen der Finanzierung genutzt, um das entstandene Engagement für neue Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft fortzusetzen.

Allerdings gaben auch 68 Projekte an, keine weiteren Projekte zu diesem Themenbereich durchzuführen. Der benannte Hauptgrund liegt bei den fehlenden finanziellen Mitteln (65%).

Frage: Wenn Sie nach Beendigung der CIVITAS-Förderung weitere Projekte selbstständig umgesetzt haben, mit welchen Mitteln haben Sie das getan?

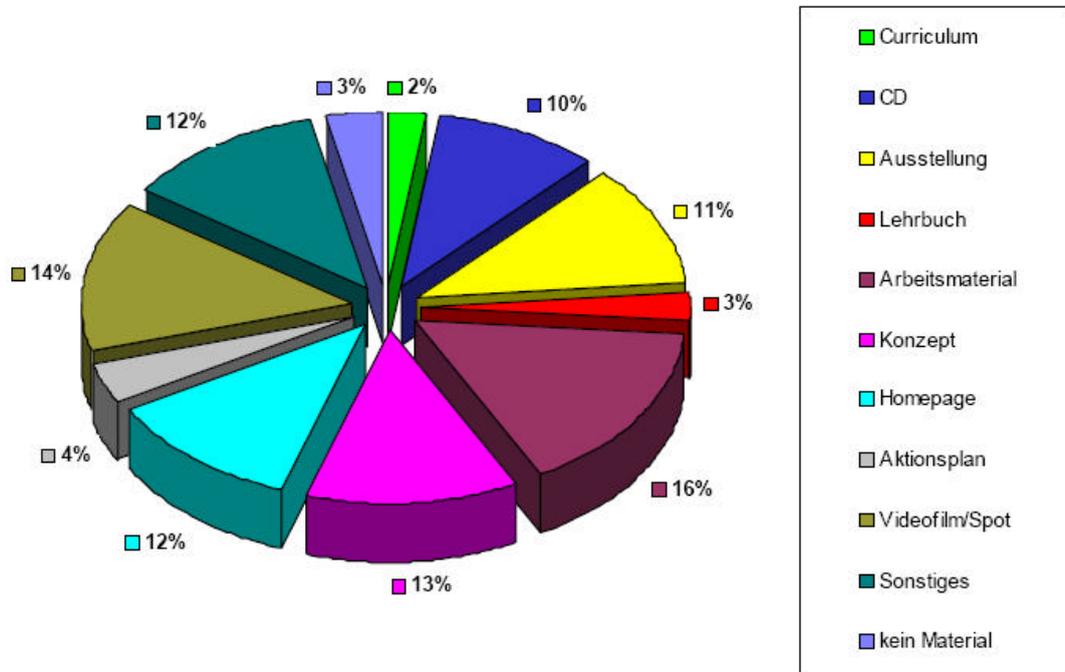


Frage: Wenn Sie nach Beendigung der CIVITAS-Förderung keine weiteren Projekte selbständig umgesetzt haben, warum nicht?

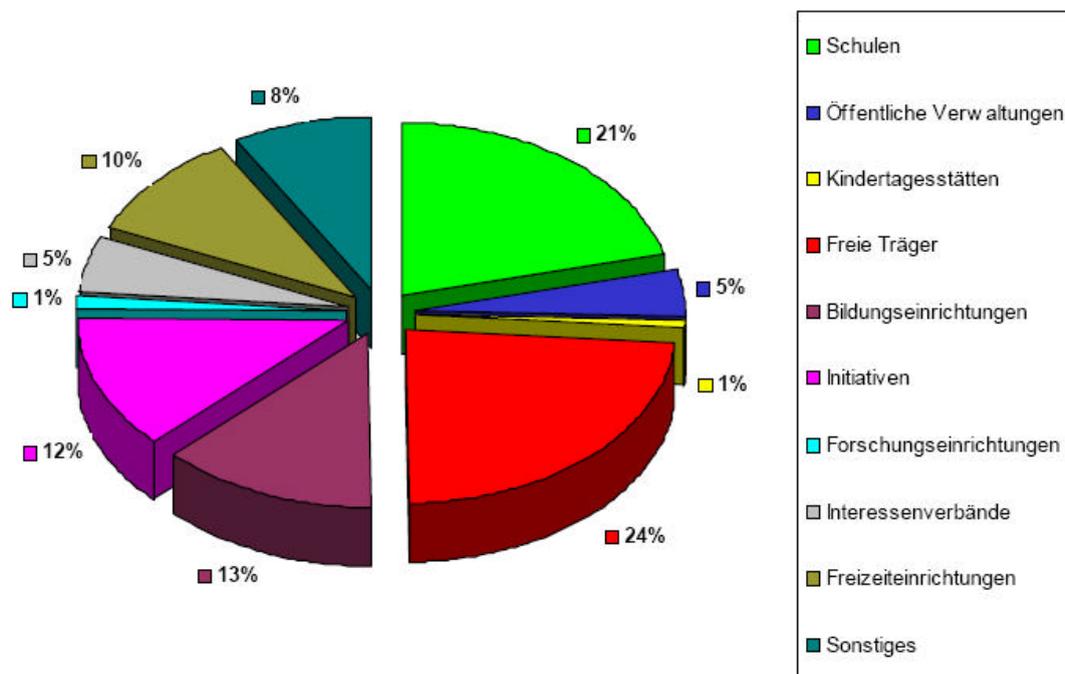


Durch die geförderten CIVITAS-Maßnahmen sind vielfältige Projektunterlagen entstanden, wie z.B. Bücher, Filme, Handreichungen, Curricula, Musikproduktionen, Theaterstücke, Ausstellungen usw., die nach Aussage der Träger weiterhin in unterschiedlichen Bereichen zum Einsatz kommen.

Frage: Welche Materialien sind im Rahmen Ihres CIVITAS-Projektes entstanden?



Frage: In welchen Bereichen werden die Materialien weitergenutzt?



4.2.3 Fazit

CIVITAS ist in der Praxis angekommen. 72% aller antwortenden Träger gaben an, dass die Förderung durch das Bundesprogramm für ihre Arbeit in der Region sinnvoll gewesen ist, da sie in ihrer Position als Träger gestärkt worden sind. Damit ist die Grundintention, nachhaltig zivilgesellschaftliche Strukturen im Gemeinwesen in den Neuen Bundesländern aufzubauen, zu stärken, zu vernetzen und modellhaft weiter zu entwickeln, im Wesentlichen umgesetzt worden.

Ein Entwicklungspotential für die nahe Zukunft liegt in der intensiven Projektbegleitung vor Ort, um stärker als bisher Schulen und Kommunen mit aktiven lokalen Trägern, aber auch Kirchen u.a. wichtigen Partnern gesellschaftlichen Lebens im Gemeinwesen zur Zusammenarbeit zu bewegen. Denn einmal aufgebaute Vernetzungsstrukturen haben sich bewährt. 85% aller antwortenden Träger gaben an, ihre Kooperationen und die aufgebauten Vernetzungsstrukturen weiterhin für unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit im Sinne des Programms aufrecht zu halten. An dieser Stelle kann in Zukunft durch die Projektbegleitung noch stärker beraten, begleitet und vernetzt werden.

Die durch die Bundesmittel erstellten Materialien werden auch weiterhin in die Arbeit gegen Rechtsextremismus eingebracht. So gaben 93 % der Befragten an, die erarbeiteten Materialien auch nach Projektabschluss auf vielfältigste Art und Weise zu nutzen.

Die Befragung hat bestätigen können, dass vor allem auch lokale Vereine und Initiativen durch das Programm unterstützt werden konnten. Dies ist im Sinne einer Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen im Gemeinwesen der richtige Weg der Förder- und Projektbegleitungspraxis. Die intensive Beratung und Begleitung der kleineren Träger, insbesondere bei der Mittelbeschaffung, dem Projektmanagement und der Öffentlichkeitsarbeit, hat sich ausgezahlt und ist für langfristige Strategien im Kampf gegen Rechtsextremismus eine wichtige Herangehensweise.

Resümierend stimmen 42 % der Befragten vollständig und 51 % teilweise der Aussage zu, dass die erfolgte CIVITAS-Förderung die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus in der Region vorangebracht hat. Es wurden in sichtbarem Maße durch die Bundesförderung vor allem für örtliche Initiativen Impulse gegeben, um sie in den konkreten Lebenswelten der Regionen zu etablieren und in ihrer Arbeit zu unterstützen.

4.3 Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation des Programms „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“ kurz zusammengefasst. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die bislang vor-

liegenden Ergebnisse nur einen vorläufigen Zwischenstand dokumentieren. Mit abschließenden Befunden ist nicht vor Beendigung des Programms im Jahr 2006 zu rechnen. Ein Überblick über das methodische Vorgehen und den konzeptionellen Ansatz der wissenschaftlichen Programmbegleitung CIVITAS findet sich am Schluss dieses Abschnitts.

4.3.1 Zur Förderstruktur

Generell ist gegenüber den Vorjahren eine deutliche Verbesserung der Antragsqualität zu verzeichnen. Es wurden weniger kurzzeitige „Eventprojekte“ und reine Begegnungsprojekte gefördert. Zugleich ist ein merklicher Anstieg der Zahl von Projekten mit dem Ansatz der „Strukturverbesserung“ zu beobachten. Der besondere Anspruch des CIVITAS-Programms, langfristige Veränderungsprozesse in den Gemeinwesen auf den Weg zu bringen, wird auf diese Weise in stärkerem Maße realisiert.

Positiv ist auch der stärkere Einbezug von Ansätzen zu bewerten, die sich der Arbeit mit der Zielgruppe rechtsextrem gefährdeter Jugendlicher zuwenden⁷. Es wird allerdings empfohlen, diese und andere Zielgruppen wie z.B. die der Haupt- und Berufsschüler in stärkerem Maße mit subjekt- und lebensweltorientierten Konzepten anzusprechen. Um den Überhang von Projekten mit der Zielgruppe der unter 18-jährigen zu vermeiden, sollte das Spektrum der erreichten Zielgruppen zudem durch einen stärkeren Einbezug anderer Alters- und spezieller Zielgruppen (z.B. erwachsene Akteure in den Gemeinwesen – Eltern, Multiplikatoren/-innen in Schule und Jugendarbeit und Vereinen, Verwaltungen etc.) erweitert werden.

Die regionale Verteilung der Projekte zeigt ein starkes Übergewicht von Projekten in Ballungsräumen, vor allem in Berlin. Die **Entwicklungspotenzen des Programms** sollten durch eine **stärkere Ansprache von kleinen, lokalen Trägern vor allem im ländlichen Raum** optimiert werden, damit das Programm dem eigenen Anspruch eher gerecht werden kann. Diese Träger in strukturschwachen Regionen sollten weiterhin durch ein entsprechendes Qualifizierungsangebot unterstützt werden.

Kernstück der Untersuchung bildet die exemplarische Evaluierung von Projekten in drei Kommunen. Als Ergebnis der Projektevaluierung in den kommunalen Kontexten wurden folgende Befunde erbracht:

- Der Bedingungsrahmen der Projektarbeit ist durch tiefgreifende soziale und ökonomische Verwerfungen bestimmt (Armut und Abwanderung, hohe Arbeitslosigkeit etc.). In den Kommunen fehlen z.T. die elementaren Regelstrukturen der Jugend- und Sozialarbeit. Die Projekte können nur Erfolg haben, wenn sie sich auf diese Bedingungen einzulassen vermögen und mit ihren Ansätzen an lokale Bedarfs- und Problemlagen anschließen. Dies kann konzeptionelle Modifikationen der ursprünglichen Projektziele und deutliche Verschiebungen

⁷ Diejenigen Jugendlichen, die zwar rechtsextremen Positionen zustimmen und/oder für Angebote rechtsextremer Subkulturen anfällig sind, nicht aber rechtsextremen Gruppierungen und Organisationen zugehören, werden in der sozialwissenschaftlichen Literatur häufig als rechtsextrem orientiert kategorisiert. Auch wenn ein Teil dieser Jugendlichen sich (zeitweise) rechtsextrem orientierten Cliquen zuordnet, bestehen hier im Gegensatz zu organisierten rechtsextremen Akteuren noch Einflussmöglichkeiten mit pädagogischen Interventionen bzw. demokratisch orientierten Projekten.

des Zeitrahmens zur Folge haben. Dies ist bei der Bewertung der Projektarbeit zu berücksichtigen. Sowohl von den Projektakteuren als auch von den Programmgestaltenden erfordert dies ein hohes Maß von Flexibilität.

- Insbesondere die Untersuchungen zu Projekten der Opferberatung haben gezeigt, dass das fachliche Niveau der Projektarbeit noch sehr unterschiedlich ist. Es ist zu empfehlen, dass die Projekte durch projektbegleitende Maßnahmen wie professionelle Teamsupervision und Projektberatungen sowie entsprechende Fortbildungsangebote unterstützt werden.
- Wo die Projekte professionell agieren, werden sie von den lokalen Akteuren positiv angenommen. Tatsächlich hat sich der Großteil der in den drei Kommunen untersuchten Projekte – wenn auch nach längerer Anlaufzeit - lokal „etabliert“; ihre Mitarbeiter/-innen sind als verlässliche und kompetente Ansprechpartner/-innen akzeptiert und gefragt. Die durch sie in die Gemeinwesen getragene Fachlichkeit (Qualifizierungsleistungen) und die Verlässlichkeit eines dauerhaften Engagements werden durchgehend positiv bewertet. So konnte durch die Projekte in den Kommunen eine Qualitätssteigerung auf der Ebene der Strukturen in der Bildung von Netzwerken, der Partizipation lokaler Akteure am Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und an lokalen Konfliktlösungen und der Selbstorganisation insbesondere von Opfergruppen erreicht werden. Auf der Ebene der Kompetenzen sind insbesondere die Qualifizierung des pädagogischen Personals und von Trägern der Jugendarbeit, das Beratungsangebot von kommunalen Verantwortungsträgern und die Fortbildung von Multiplikatoren von Bedeutung.
- Wenn die Projekte einen solchen Stand erreichen sollen, müssen sie eine lange Einarbeitungszeit in den Kommunen in Kauf nehmen. Die Kenntnis über Strukturen und Konstellationen vor Ort, das Berücksichtigen der Befindlichkeiten unterschiedlicher Akteure und ein selbstreflexives Verhältnis zur eigenen Rolle und den Erwartungen der Akteure sind Voraussetzungen für Erfolg.
- Auch erreichte Erfolge der Projektarbeit bergen Risiken. So besteht die Gefahr, dass auch in sinnvollen und bedarfsgerechten Strukturen die lokalen Akteure in Abhängigkeit von Beratungs- und Vernetzungsakteuren des Programms geraten bzw. die programmfinanzierten Projekte eine Kompensationsfunktion für kommunale Angebotsdefizite übernehmen. Es zeichnet sich ab, dass das beschriebene Niveau an Fachlichkeit und Strukturbildung ohne eine Verstetigung der von den CIVITAS-Projekten initiierten Prozesse kaum zu halten sein wird. Diesem Tatbestand sollte durch eine **Förderstrategie Rechnung getragen werden**, die sich an den Kriterien der **Verstetigung, Kontextualisierung (auf spezifische lokale Bedingungen abgestimmte operative Förderstrategie) und Bündelung** ausrichtet. Nur so werden die erreichten Erfolge zu stabilisieren sein.

4.3.2 Zur Methodik

Evaluationsgegenstand

Gegenstand der Evaluierungen im Zeitraum 2004 - 2005 ist die Arbeit verschiedener CIVITAS-Projekte in ihren kommunalen Kontexten. In drei ausgewählten ostdeutschen Kleinstädten werden Projekte in ihren Interaktionszusammenhängen mit lokalen Akteuren beschrieben. Als objektiver Bedingungsrahmen werden darüber hinaus die Kommunen selbst untersucht, d.h. ihre sozialstrukturellen und ökonomischen Bedingungen, die spezifischen Problem- und Bedarfslagen und die Akteurskonstellationen bzw. Konfliktlinien, also das soziale Feld, auf das sich die Projektarbeit bezieht. Damit sollen in einem zweijährigen Forschungsprozess Rückschlüsse sowohl auf die Potentiale und Grenzen als auch auf die Erfolgchancen der Projekte gezogen werden.

Evaluationsfragestellungen

Die kommunale Kontextanalyse erschließt ihren Gegenstand auf *zwei* Ebenen:

Als **Akteursanalyse**: Sie beschreibt die Projektakteure in ihrer Wechselwirkung und in Interaktion mit Schlüsselpersonen in der Kommune. Dabei werden folgende Fragen untersucht:

Mit wem interagieren und kooperieren die Projekte? Welcher Art und Beständigkeit sind die Kooperationsbeziehungen mit anderen Projekten bzw. den kommunalen Verantwortungsträgern? Welche kommunalen Verantwortungsträger werden erreicht? Wie sind sie eingebunden? Wie reagieren sie auf die CIVITAS-Projekte? Welche Schwierigkeiten gibt es mit wem in der Kommune?

Weiter gehören dazu auch Fragen, die die Deutungsebene betreffen: Mit welchen Interpretationen, Bildern, Erwartungen und Enttäuschungen beschreiben die Projekte ihre „Umwelt“? Wie nehmen sie andere Akteure wahr? Wie interpretieren sie die Problemlage und welche Interpretation „unterstellen“ sie anderen Akteuren davon? Und umgekehrt: Wie nehmen die externen Akteure die CIVITAS-Projekte wahr bzw. welche Vorstellungen haben sie von den Projekten? Welche Konfliktlinien werden bereits an diesen Thematisierungen sichtbar?

Als *mehrdimensionale Rahmenanalyse*: Sie stellt die Beschreibung der Interaktion in den Projektnetzwerken in den Zusammenhang einer Strukturanalyse der Kommune als soziales System.

Zum einen wird ein Komplex von Strukturdaten erschlossen, der den objektiven Bedingungsrahmen der Projektinterventionen transparent macht. Zum anderen werden die Sinnstrukturen der – internen und externen – Akteure beschrieben, ihr Bild des kommunalen Gemeinwesens, aus dem heraus sie ihre Handlungsstrategien entwickeln, Ziele und Realisierungsmaßstäbe festlegen, Erfolgs- und Misserfolgskriterien definieren.

In einem dritten Schritt werden signifikante Ereignisse und Interaktionssequenzen in hermeneutischer Perspektive reinterpretiert, so dass das Handeln der Akteure auf den analysierten Deutungsrahmen zurückbezogen und so in seiner Tiefendimension verstehbar wird.

Die Rahmenanalyse beschreibt, warum Projekte gelingen, Resonanz finden, stabile Kooperationsstrukturen aufbauen können und Institutionalisierungsprozesse auf Dauer stellen können. Oder, warum sie an den Problemen, die sie bearbeiten, nicht „weiterkommen“ bzw. von außen blockiert werden oder gar aus externen oder internen Gründen scheitern bzw. scheitern müssen.

Die Evaluation soll also durch die beschriebenen Verfahren klären,

- an welchen Entwicklungen CIVITAS-Projekte beteiligt sind (im Idealfall mit Initialfunktion),
- wie die Projektakteure die durch das Programm eröffneten Handlungschancen bewerten und nutzen,
- wie die projektexternen Akteure in der Kommune die Potenziale des Programms und die Arbeit der Projektakteure beurteilen und
- welche auf Dauer gestellten Strukturen durch CIVITAS-Projekte mitgeschaffen wurden.

Evaluationsmethodik

Der vorliegende Bericht dokumentiert die Ergebnisse der *ersten* von zwei Untersuchungsphasen im Rahmen der kommunalen Kontextanalysen. Die erste Untersuchungsphase konzentriert sich auf die Dimension der *Akteursanalyse*. Als Arbeitsschritte wurden durchgeführt:

- Gespräche und Interviews mit allen vor Ort tätigen CIVITAS-Projekt-Mitarbeitern/-innen
- teilnehmende Beobachtungen bei Aktivitäten von Projekten und zivilgesellschaftlichen Institutionen (Aktionsbündnisse, Runde Tische, Demonstrationen etc.)
- Gespräche und Interviews mit lokalen Kooperationspartnern und Schlüsselakteuren.

Ziel dieser Phase war die Beschreibung der Ansätze, Vorgehensweisen und Aktivitäten der CIVITAS-Projekte in den Untersuchungskommunen, wobei spezifische lokale Akteurskonstellationen bereits partiell einbezogen wurden. Wo dies für die Beschreibung und Einschätzung der Projektaktivitäten und des Projekterfolgs notwendig war, wurden partiell auch schon die Wechselwirkungen/ Interaktionen zwischen Projektakteuren und lokalen Schlüsselpersonen (z.B. andere Träger, Schulen, lokale Politik, örtliche Initiativen, Jugendhilfe etc.) in die Untersuchung einbezogen, wobei

die systematische Auswertung dieser Untersuchungsdimension der Rahmenanalyse in 2005 vorbehalten bleibt. Ausgangspunkt und Fokus der Untersuchung blieben in dieser Phase immer die CIVITAS-Projekte und ihre Interventionen. So ist zum einen eine Bestandsaufnahme der Projekt- und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten vor Ort entstanden, auf deren Basis erste und vorläufige Beurteilungen der Projekterfolge am Ort vorgenommen werden können.

5. Programm-/Projektunterstützende Aktivitäten der Servicestellen

Durch die Servicestellen werden Aktivitäten zur begleitenden Unterstützung der laufenden Projektarbeit mit dem primären Ziel der nachhaltigen Verstärkung von Projektergebnissen und –erfahrungen nach dem Auslaufen der Bundesförderung fortgeführt. Zur Unterstützung der geförderten Projekte im Rahmen der Programme CIVITAS und ENTIMON fanden und finden intensive Beratungen zur Antragsstellung und Projektumsetzung statt. Im Rahmen dieser Beratungen fließen die folgenden projektunterstützenden Aktivitäten ein.

5.1 Qualitätssicherung

Programm CIVITAS

Die **Strukturprojekte der Mobilen Beratung und der Opferberatung** haben Qualitätskriterien für die Beratungsarbeit entwickelt und weiterführende **Arbeitsgruppen „Qualität“ gegründet**. Diese Arbeitsgruppen werden durch die jeweiligen Koordinatoren der Programmbereiche angeleitet. Die erarbeiteten Kriterien lehnen sich dabei zum einen an bereits bestehende Maßstäbe der Beratungsarbeit an, zum anderen wurden aufgrund der Neuartigkeit und spezifischen Ausrichtung der Arbeitsschwerpunkte neue Qualitätskriterien entwickelt.

Außerdem **erfassen** die Koordinatoren der Strukturprojekte den **Qualifikationsbedarf** der Mitarbeiter/-innen und entwickeln spezifische Weiterbildungskonzepte.

Die Koordination der Strukturprojekte ist eng an die Projektbegleitung der Servicestelle CIVITAS angebunden, so dass ein reger Informationstransfer und Rückkopplungen gewährleistet werden können.

Aufgrund der Vielfaltigkeit und der großen Anzahl der lokalen Projekte im Förderbereich „Zivilgesellschaftliche Aktionen im Gemeinwesen“ müssen **Maßnahmen zur Qualitätssicherung hier spezifischer ausgerichtet** sein. Ansetzend bei der Konzeptberatung im Rahmen der Antragstellung wird durch die Servicestelle CIVITAS noch vor Projektbeginn versucht, z.B. durch die klare Definition von Teilzielen und Maßnahmeplänen, grundlegende Bausteine für eine zielgerichtete und qualifizierte Realisierung der Projekte zu legen. Durch die befürwortenden Stellungnahmen der kommunalen Vertreter/-innen erfolgt der Einbezug der qualitativen Einschätzung der Projektvorhaben durch zuständige Verantwortungsträger auf lokaler Ebene.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Qualitätssicherung der Projekte liegt nach wie vor in den **Beratungen und Vermittlungen von Hilfsangeboten** durch die Servicestelle im Rahmen von Projektbegleitung. Dabei gibt eine kontinuierliche Projektbegleitung Möglichkeit zur Reflektion der Projektarbeit sowie Anleitung zur Selbstevaluation durch die Projektmitarbeiter/-innen.

Aus den bisherigen Erfahrungen lässt sich konstatieren, dass gerade kleine, lokale Initiativen wenig Anlass und Möglichkeit zur Selbstevaluation sehen bzw. kaum Vorerfahrungen auf diesem Gebiet haben. Hier versuchen die Mitarbeiter/-innen der Servicestelle unterstützend einzugreifen bzw. Weiterbildungen zu vermitteln. Beispielsweise wurde den Projektmitarbeiter/-innen 2004 eine spezielle **Fortbildung zu den Themen „Selbstevaluation“ und „Ehrenamtlicher Arbeit“** angeboten.

Nicht zuletzt durch Auswertung der (Zwischen-)Sachberichte anhand eines Sachberichtsrahmens wird die Qualität der Projekte überprüft. Die Einschätzungen der Sachberichte fließen bei mehrjährigen Projekten in die Bewertung für die weitere Projektförderung ein.

Programm ENTIMON

Im Rahmen der kontinuierlichen Projektbegleitung durch die Servicestelle ENTIMON wird gegenüber den Projektträgern die **Möglichkeit zum Fachaustausch zum Projektmanagement sowie eine Anleitung zur Selbstevaluation** gegeben.

Im Rahmen der Ergebnisberichterstattung der mehrjährig konzipierten Projekte werden die bisherigen Ergebnisse der Projektarbeit auf der Grundlage eines mit den beteiligten Programmpartnern abgestimmten Bewertungsverfahrens überprüft. Die Einschätzungen aus den Ergebnisberichten fließen als Auflagen in die Aufforderung zur Antragstellung sowie in die Antragsberatung und -prüfung für die weitere Projektförderung ein.

Auch im Jahr 2004 waren durch die Träger von mehrjährigen Projekten **Akquisitionspläne** zur Darstellung der Aktivitäten bezüglich des verstärkten Einwerbens von Drittmitteln im Rahmen des geplanten Förderzeitraumes und nach Auslaufen der Bundesförderung einzureichen.

Die von den Projektträgern eingereichten Akquisitionspläne wurden gesichtet und ausgewertet. Im Zuge der Auswertung der Länder-/Regionalkonferenzen, der Diskussion und Festlegung zur **Eigen- und Drittmittelbeteiligung mehrjähriger Projekte für das Jahr 2005** und der Auswertung der eingereichten Akquisitionspläne wurde durch die Servicestelle ENTIMON eine **Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Fundraising“** konzipiert und gemeinsam mit ausgewählten Projekten durchgeführt.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung standen Kompetenzvermittlung zum Themenbereich Fundraising und eine Fundraisingwerkstatt, bei der die Fortbildungsteilnehmer/-innen eigene Konzepte, Anträge und Projekte im Kreise der Teilnehmenden präsentieren konnten. Stärken und mögliche Schwachpunkte wurden kritisch diskutiert. Im Ergebnis der Veranstaltung erhielten die Teilnehmer/-innen wertvolle Hinweise für das/den präsentierte/n Konzept/Projekt/Antrag bzw. die übrigen Teilnehmer/-innen einen entsprechenden Kompetenzzuwachs.

Weiterhin wurden die in 2003 im Rahmen der durchgeführten Befragung der mehrjährigen Projekte zu Maßnahmen der Qualitätssicherung in der Projektarbeit **erhobenen Weiterbildungsbedarfe** bei der Konzipierung und Durchführung der Länder- und Regionalkonferenzen in 2004 berücksichtigt.

5.2 Gender Mainstreaming

Zur Unterstützung geschlechterspezifischer Maßnahmen und Sichtweisen werden die Vorhaben im Rahmen der Projektbegleitung zu Inhalten und Methoden des Gender Mainstreaming (GM) beraten bzw. Erfahrungen ausgewertet.

Durch die Servicestellen wurde dafür unter anderem ein **Merkblatt Gender Mainstreaming** mit Begriffserläuterung, Darstellung von Schritten zur Umsetzung von GM, Projektbeispielen sowie einer Checkliste als Hilfestellung **erarbeitet**.

Mit dem Merkblatt sowie im Rahmen der projektbegleitenden Beratung und der Nachfrage, ob Kriterien des Gender Mainstreamings in die Projektumsetzung einfließen, wurde eine stärkere **Bewusstseinsbildung in den Projekten angestoßen**.

Auch im Rahmen der Prüfung der Sachberichte findet eine Auswertung nach geschlechterspezifischen Angeboten statt.

Bei mehrjährigen Projekten kann anhand von Zwischenberichten zum Jahresende eine formative Auswertung mit einem informativen Rückfluss in die Projektumsetzung durchgeführt werden.

5.3 Landes-/Regionalkonferenzen

CIVITAS

Nachdem bereits in 2002 erste **Landeskongressen der aus Mitteln des Programms CIVITAS** geförderten Projekte stattfanden, wurden im Jahr 2003 und 2004 in den **Neuen Bundesländern und Berlin** erneut Landeskongressen im Rahmen des gesamten Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ durchgeführt. Erstmals fanden gemeinsame **Kongressen der drei Teilprogramme CIVITAS, ENTIMON und XENOS** in diesen Bundesländern statt.

Unter Federführung der Servicestelle CIVITAS, in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Netzwerke gegen Rechtsextremismus, wurden die Kongressen von Projektträgern vor Ort organisiert.

Kernziele der Kongressen waren der Erfahrungsaustausch unterschiedlicher Projekte über Methoden und Arbeitsansätze, die Schaffung weiterer gemeinsamer zivilgesellschaftlicher Perspektiven in einer Region sowie die bessere Abstimmung der Angebote und Aktivitäten regionaler Akteure. Dazu zählten auch die fachliche Wei-

terentwicklung und die Verzahnung von Wissenschaft, (Landes-)Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Projekten.

Auf den zweitägigen Konferenzen standen zum einen wissenschaftliche Inputs auf dem Programm, wie beispielsweise Workshops zu „Subversiver Verunsicherungspädagogik gegenüber rechtsextrem eingestellten Jugendlichen“ oder „Grundlagen des aktuellen Antisemitismus“ und „Grundlagen zivilgesellschaftliche Projektansätze“.

Einen weiteren Schwerpunkt stellte zum anderen die Frage nach noch intensiveren Vernetzungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure dar. Geopolitische Voraussetzungen, wie der ländliche Raum Mecklenburg-Vorpommerns oder die urbane Struktur Berlins, fanden dabei gewichtigen Eingang in die Diskussionen zur Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Die Konferenzen boten insbesondere die Möglichkeit - sei es im Rahmen von Projektmesen oder durch Kurzvorträge - die eigene Arbeit und den bisherigen Projektverlauf den anderen Projekten und auch anwesenden Politikern/-innen und Journalisten/-innen vorzustellen und die Unterschiedlichkeit der Projektansätze und -ideen darzustellen.

Regionale Partner für die Landeskongressen in den einzelnen Bundesländern waren:

- Berlin: Stiftung SPI
- Sachsen: Netzwerk für Demokratie und Courage/ Dresden
- Brandenburg: RAA Brandenburg/ Potsdam
- Thüringen: Neue Ebenen/ Nordhausen
- Sachsen-Anhalt: Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit/ Magdeburg.

Dass die geförderten Projekte in den Ländern und Kommunen gut verankert sind, zeigt sich nicht zuletzt an dem großen Interesse von Landes- und Kommunalpolitikern/-innen sowie von Behörden und Institutionen an den Konferenzen. So bilden die Landeskongressen ein wichtiges Forum für den Austausch, die Weiterentwicklung und die Qualitätssicherung in der zivilgesellschaftlichen Projektarbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

ENTIMON

Wie bereits im vorangegangenen Zwischenbericht dargestellt, wurden **für die alten Bundesländer fünf Landes-/Regionalkongressen** durch die Servicestelle ENTIMON geplant. Diese wurden durch ausgewählte bundeszentrale Träger mit entsprechenden Erfahrungen bei der Umsetzung von Projekten im Rahmen des Aktionsprogramms in enger Abstimmung mit der Servicestelle ENTIMON organisiert und **in den Monaten Februar und März 2004** durchgeführt.

Regionale Partner für die Landeskongressen in den einzelnen Bundesländern/Regionen waren:

- Regionalkongress Nord für die Bundesländer, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein: Evangelische Akademien in Deutschland e. V.
- Landeskongress Hessen: Internationaler Bund e. V. – Zentralstelle
- Landeskongress Nordrhein-Westfalen: Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V. - Zentralstelle
- Regionalkongress Süd-West für die Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland: Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugendsozialarbeit e. V. – Zentralstelle
- Landeskongress Bayern: Bayerischer Jugendring.

Zentrale Zielstellung war es, die **programmübergreifende Vernetzung** der aus den Mitteln des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ geförderten Projekte auf regionaler Ebene zu fördern.

Dabei wurden verschiedene methodische Ansätze bezüglich der Umsetzung von Projektaktivitäten zur gemeinsamen Thematik und auch neue Handlungsspielräume in der Region aufgezeigt, Defizite und Probleme bei der Umsetzung eruiert und diskutiert sowie neue Kontakte und Kooperationen geknüpft. Weiterhin wurden thematisch bezogene Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere zu den Themen Netzwerkarbeit, Qualitätssicherung und Öffentlichkeitsarbeit, für die Projekte angeboten.

Die Erfahrungen und Ergebnisse aus den durchgeführten Landes- und Regionalkongressen wurden in Tagungsdokumentationen zusammengefasst, die bei der Umsetzung und **Planung von weiteren Regionalkongressen** im Rahmen des Aktionsprogramms **in 2005** entsprechend berücksichtigt werden.

5.4 Praxistagung „Erfolgreicher arbeiten für Demokratie und Zivilgesellschaft“

Über drei Tage ging die Praxistagung "Erfolgreicher arbeiten für Demokratie und Zivilgesellschaft" für Projekte und Initiativen mit Arbeitsschwerpunkten in der Förderung von Zivilgesellschaft und Demokratie.

Rund **140 Teilnehmer/-innen und Teilnehmer** aus dem gesamten Bundesgebiet waren der Einladung des Anne Frank Zentrums gefolgt.

Die Diskussion über Inhalt und Zukunft von nachhaltiger Projektorganisation hat mit dem breiten Themenspektrum dieser Tagung einen Impuls bekommen, der von den Teilnehmer/-innen und Teilnehmern überwiegend sehr positiv aufgenommen

wurde. Weitgehend geteilt wurde die Einschätzung, dass es angesichts neuer finanzieller Herausforderungen besonderer Anstrengungen bedarf, um die Idee der Nachhaltigkeit in konkreten Projekten und einzelnen Entwicklungsschritten umzusetzen.

Die Tagung bot eine Plattform, bei der die Beteiligten der **Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet** Informationen austauschen und Sachfragen diskutieren konnten. Dieser Ansatz wurde in den schriftlichen Rückmeldungen als sehr hilfreich für die tägliche Arbeit bewertet. Während der Workshops und der Diskussionen am Rande der Tagung ergaben sich viele Gelegenheiten, die Chancen und Schwierigkeiten in der Arbeit anderer Projekte kennen zu lernen.

Es wurden Workshops zu folgenden **Themen** angeboten:

- Projektorganisation
- Visualisierung/Präsentation / Moderation
- Lernende Organisationen und ihre Kommunikationsformen
- Politischer Lobbyismus - eine stille Macht?
- Teamorganisation / Konfliktbewältigung / Mitarbeitermotivation
- Verein und Recht
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Freiwillig und Ehrenamt
- Steuern / Finanzen und Buchhaltung
- Evaluation und Selbstevaluation
- Fundraising.

5.5 Öffentlichkeitsarbeit

Wie bereits im vorangegangenen Zwischenbericht dargestellt, unterstützten die Servicestellen das BMFSFJ bei der Konzeption, Vorbereitung und Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit.

Programmeigene Internetseite

Zur transparenten Umsetzung des Programme werden die programmeigenen Internetseiten **www.jugendstiftung-CIVITAS.org** und **www.ENTIMON.de** fortlaufend aktualisiert und den neuen Bedarfen angepasst.

Auf den Programmseiten werden aktuell übergreifende Informationen zur Thematik des Programms und den anderen Programmen des Aktionsprogramms, aktuelle Hinweise, wichtige Informationen zum Umsetzungsstand und zur Programmverwal-

tung, Merkblätter u.ä. sowie sämtliche Programmunterlagen zum Downloaden zur Verfügung gestellt.

Organisation und Mitwirkung an Veranstaltungen

Die Servicestellen organisieren eigene **themenbezogene Fachveranstaltungen** für geförderte Projekte.

Die Teilnahme der Servicestellen an Veranstaltungen und Konferenzen dient sowohl der **Bekanntmachung zum Umsetzungsstand** der Programme als auch der **Vernetzung und des Fachaustausches der Servicestellen mit relevanten Akteuren** aus den Handlungsfeldern der Programme.

Newsletter

Durch die Servicestellen werden in **regelmäßigen Abständen programmeigene Newsletter** herausgegeben. Sie informieren Projektträger, potentielle Antragsteller und die interessierte Fachöffentlichkeit über die Programminhalte und -verfahren sowie über eventuelle Neuerungen. Weitere thematische Schwerpunkte sind Beiträge des BMFSFJ und/oder von Experten zum Aktionsprogramm bzw. zu aktuellen integrationspolitischen Diskussionen, die Präsentation ausgewählter Projekte und die Darstellung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung.

Projektmesse des Aktionsprogramms

In 2004 hat die Servicestelle ENTIMON in enger Abstimmung mit dem BMFSFJ und der Servicestelle CIVITAS sowie der Koordinierungsstelle XENOS die vorbereitenden Arbeiten für die Projektmesse zum Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ fortgeführt.

Die **Projektmesse zum Aktionsprogramm** fand **am 13./14. Mai 2004** im Palais am Funkturm in Berlin statt.

Zentrales Ziel der Projektmesse war die **Präsentation und Vernetzung sowie der inhaltliche Fachaustausch** der geförderten Projekte des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

Im Rahmen der Messe präsentierten sich **103 beispielhafte Projekte aus den drei Teilprogrammen** „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“, „ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“. Begleitend zur Projektausstellung fanden Workshops, einzelne Projektpräsentationen und Auftritte künstlerischer Projekte statt.

An der Projektmesse nahmen rund 1.000 Experten/-innen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie Berliner Schüler/-innen und Schüler teil.

Internetportal www.bmfsfj.aktiv-gegen-hass.de zum Aktionsprogramm

Im Auftrag des BMFSFJ hat die Servicestelle ENTIMON die Planung, Umsetzung und Pflege des gemeinsamen Internetportals www.bmfsfj.aktiv-gegen-hass.de zum Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ übernommen.

In Zusammenarbeit mit der Servicestelle CIVITAS und der Koordinierungsstelle XENOS wurden die notwendigen Informationen zur bisherigen Projektförderung in den einzelnen Programmen zusammengeführt.

Das gemeinsame Portal, das zur Eröffnung der Projektmesse zum Aktionsprogramm frei geschaltet wurde, enthält Grundinformationen zum Aktionsprogramm, um interessierte Erstbesucher überblicksartig zu informieren. Detaillierte Informationen sind auch weiterhin auf den jeweiligen programmeigenen Seiten durch entsprechende Verlinkung zu finden.

Darüber hinaus bietet das Portal eine Datenbank zur statistischen Erfassung aller im Rahmen des Aktionsprogramms geförderten Projekte. Dabei werden Projekte ab 2003 zusätzlich in einer Deutschlandkarte angezeigt und verlinkt.

6. Zusammenfassung / Gesamtbilanz

Im Folgenden soll auf der Basis der vorliegenden Erfahrungen und der Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitungen der Programme *CIVITAS* und *ENTIMON* eine zusammenfassende Gesamtbilanz zu Stand und Umsetzung der Programme gezogen werden. Dabei soll zunächst auf die allgemeinen Rahmenbedingungen eingegangen werden, in denen die Programme angesiedelt sind. Es folgt eine Einordnung der jeweiligen Programmansätze in den bestehenden Kontext. Sodann erfolgt eine fachliche Bewertung der bisher erzielten Programmergebnisse, bevor ein Ausblick auf die Perspektiven der Programme diesen Abschnitt abschließt.

6.1 Voraussetzungen

Wenn man Programme wie *CIVITAS* und *ENTIMON* hinsichtlich ihrer Erfolge beurteilen möchte, muss man sich im Klaren sein, dass es sich *erstens* **(1)** um Modellprogramme handelt, die unter spezifischen Voraussetzungen zustande kommen und deshalb auch nur eine beschränkte Reichweite erzielen können. *Zweitens* **(2)** benötigt man zumindest eine grobe Vorstellung über die Komplexität dessen, was mit diesen Programmen erreicht bzw. verhindert werden soll. Denn hinter den Begriffen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verbergen sich nicht nur sehr heterogene Phänomene, sondern vor allem – wie vielfach durch die Forschung belegt – komplexe Verursachungszusammenhänge. Ähnlich, wie man viele Krankheiten nicht allein mit einem Medikament bekämpfen kann, sondern es mehrerer Medikamente bedarf, die in der richtigen Reihenfolge und zum richtigen Zeitpunkt eingenommen im Rahmen einer Therapie und ergänzt durch eine entsprechend gesundheitsfördernde Lebensform Erfolg versprechend erscheinen, lassen sich auch die Probleme Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus nicht einfach mit einem Programm aus der Welt schaffen. Ohne hier die Analogien mit der Medizin überstrapazieren zu wollen, bedarf es also, wenn man die Ergebnisse eines Programms einschätzen möchte, eines Verständnisses darüber, an welchen Stellen das Programm ansetzt und was es von dort aus angesichts der Komplexität des Problems zu erreichen vermag.

(1) Die beiden Programme *CIVITAS* und *ENTIMON* sind zusammen mit dem Programm *XENOS* Bestandteil des Aktionsprogramms „*Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus*“. Die Verwendung des Begriffes Aktionsprogramm darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich dem Typ nach bei den beiden Programmen *CIVITAS* und *ENTIMON* um *Modellprogramme* der Bundesregierung handelt. Dies zu wissen ist wichtig, weil damit eine Reihe von Voraussetzungen und Implikationen verbunden sind:

- Modellprogramme des Bundes im Bereich Kinder- und Jugendpolitik sind zeitlich befristete Programme, die der Bund im Rahmen seiner überregionalen Anregungsfunktion (§ 80 Abs. 1 SGB VIII; siehe auch Art. 30 GG) ermöglicht. Ziel ist dabei vorrangig die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe. Modellprogramme in diesem Sinne sind überregionale, fachlich begründete Experimente – nicht im Sinne von laborförmig angelegten Versuchen, sondern im

Sinne der Erprobung von Lösungsstrategien in realen Situationen. Ziel ist dabei die innovative Weiterentwicklung der Fachlichkeit in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Zielsetzungen der beiden Programme *CIVITAS* und *ENTIMON* machen dies unmissverständlich deutlich: Beide zielen nicht darauf ab, bereits bewährte Ansätze in der Auseinandersetzung mit rechtsorientierten Jugendlichen in der Fläche zu implementieren, sondern in den Leitlinien beider Programme werden die innovativen Momente, die im Rahmen der Programme erprobt werden sollen, in den Mittelpunkt gerückt.

- Damit ist schon angedeutet, dass Modellprogramme niemals flächendeckend eingeführt werden können. Ihrer Logik nach erproben sie spezifische Arbeitsformen, damit diese dann als bewährte Strategien in die lokale Praxis übernommen werden können. Modellprogramme können und dürfen für sich genommen keine lokalen Infrastrukturen ersetzen bzw. auf deren dauerhafte Institutionalisierung abzielen. Sie können dafür Impulse geben und erste Voraussetzungen schaffen, nicht jedoch die dauerhafte Absicherung gewährleisten. Wer dies im Fall der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus für notwendig erachtet, muss dafür entsprechende Ressourcen und Finanzierungsformen finden.
- Der Modellprogrammcharakter impliziert, dass den Projekten vor Ort Raum für die Entwicklung und Erprobung neuer Arbeitsformen und Strategien eröffnet wird. Die Projekte bekommen einen zeitlich befristeten Rahmen zur Verfügung gestellt, innerhalb dessen aussichtsreiche Ideen und Ansätze gleichsam reifen und sich bewähren können. Bei der Bewertung von Modellprogrammen, vor allem wenn man an Wirkungen auf der Teilnehmerebene und Effizienz, also am so genannten outcome interessiert ist, ist deshalb darauf zu achten, dass man es mit Ansätzen zu tun hat, die in der Auseinandersetzung mit ihren Zielgruppen gerade die ersten Bewährungshürden hinter sich gebracht haben und die de facto sich noch im Entwicklungsprozess befinden. In der internationalen Fachliteratur zur Evaluation wird deshalb mit guten Gründen sowohl hinsichtlich der Verfahren als auch der zugrunde liegenden Standards strikt zwischen der Evaluation von innovativen Modellprogrammen einerseits und bewährter, „reifer“ Regelpraxis andererseits unterschieden.
- Der Modellcharakter hat schließlich zur Konsequenz, dass die Auswahl der Projekte anhand des Kriteriums „Kompetenz der sich für die Mitwirkung am Programm bewerbenden Träger und Einrichtungen“ erfolgt. Das BMFSFJ bzw. die Servicestellen sind geradezu verpflichtet, die Anträge vor der Bewilligung neben dem Bedarf vor Ort u.a. darauf hin zu prüfen, ob und inwiefern jeweils die fachlichen und sachlichen Voraussetzungen (z.B. in Form eines realistischen Konzeptes, entsprechender institutioneller Rahmenbedingungen der Unterstützung durch den Träger, ausreichend qualifizierten Fachpersonals etc.) vorhanden sind. Die auf diese Weise zustande gekommene Auswahl von Praxisprojekten muss jedoch nicht dem identisch sein, was man – aus welcher Perspektive auch immer – vor Ort jeweils für notwendig erachtet. Vor diesem Hintergrund wird es nachvollziehbar, dass Kriterien wie z.B. „NPD-Hochburg“ oder die „Zahl

von rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten“ bei der Auswahl der Projekte *nicht allein ausschlaggebend* für die Auswahl der Projekte sein konnten.

Vor diesem Hintergrund wäre es sachlich vermessen, die Programme CIVITAS und ENTIMON anhand der Messlatte bewährter Strategien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu beurteilen. Auch die Erwartung, dass diese Programme gleichsam in einem 1:1-Verhältnis unmittelbar und nachhaltig wirksam die rechte Szene vor Ort bekämpfen, würde die Modellprojekte überfordern. Sachlich angemessen wäre es, die Programme und Projekte unter der Perspektive zu diskutieren, welche Anregungen und Erfahrungen sie für die Fachpraxis der Kinder- und Jugendhilfe bzw. der Jugendpolitik in der Auseinandersetzung mit rechtsorientierten, fremdenfeindlich und antisemitisch eingestellten bzw. agierenden Jugendlichen erbracht haben und was davon unter welchen Bedingungen vor Ort als Regelangebot und bewährte Strategie etabliert werden kann.

(2) Wie bereits angedeutet, handelt es sich bei den Problemen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus um komplexe Phänomene, die in der weit überwiegenden Zahl der Fälle mehrere Ursachen haben. So macht die einschlägige Fachdiskussion deutlich, dass sich unter diesen Etiketten sehr unterschiedliche Einstellungen und Verhaltensformen verbergen können. Genau deshalb bedarf es immer wieder der Klärung, was eigentlich unter den Begriffen verstanden werden soll.

Unterschieden werden sollte mindestens zwischen Wahlverhalten, Einstellungen und Handeln. Weil schon in Bezug auf diese drei Momente keineswegs immer von konsistenten Mustern ausgegangen werden kann (man kann z.B. aus „Protest“ rechtsextrem wählen, ohne selbst ideologisch oder gar in Bezug auf das eigene Handeln den Inhalten zuzustimmen), bedarf es entsprechend komplexer Begriffsbestimmung bzw. Vorsicht bei der Verwendung der Begriffe. Man spricht deshalb auch von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus als *Syndrome*, um darauf hinzuweisen, dass jeweils mehrere Aspekte zusammen kommen müssen, damit diese Etiketten aussagekräftig verwendet werden können. Darüber hinaus wäre zu klären, wie diese drei Begriffe zusammenhängen.

Wendet man den Blick auf die Verursachungszusammenhänge, wird schnell sichtbar, dass ähnlich den vielen alltagsweltlichen Theorien über die Ursachen dieser Probleme auch die Forschung mittlerweile ein ganzes Bündel von relevanten Verursachungsfaktoren gefunden hat. Dabei kann das Zusammenspiel der Faktoren von Fall zu Fall sehr unterschiedlich sein, sodass auch Karrieren in die und in der rechten Szene sehr unterschiedliche biografische und strukturelle Hintergründe haben können. Es gibt also nicht die drei zentralen, ausschlaggebenden Ursachen, sondern ein sich u.U. gegenseitig verstärkendes Konglomerat von Faktoren.

Folgt man der vorliegenden Forschung, so lassen sich mindestens die folgenden Faktoren *stichwortartig* nennen⁸:

⁸ Die folgende Systematisierung des Forschungsstandes samt seiner grafischen Umsetzung wurden von Dr. Peter Rieker, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am DJI in Halle erstellt.

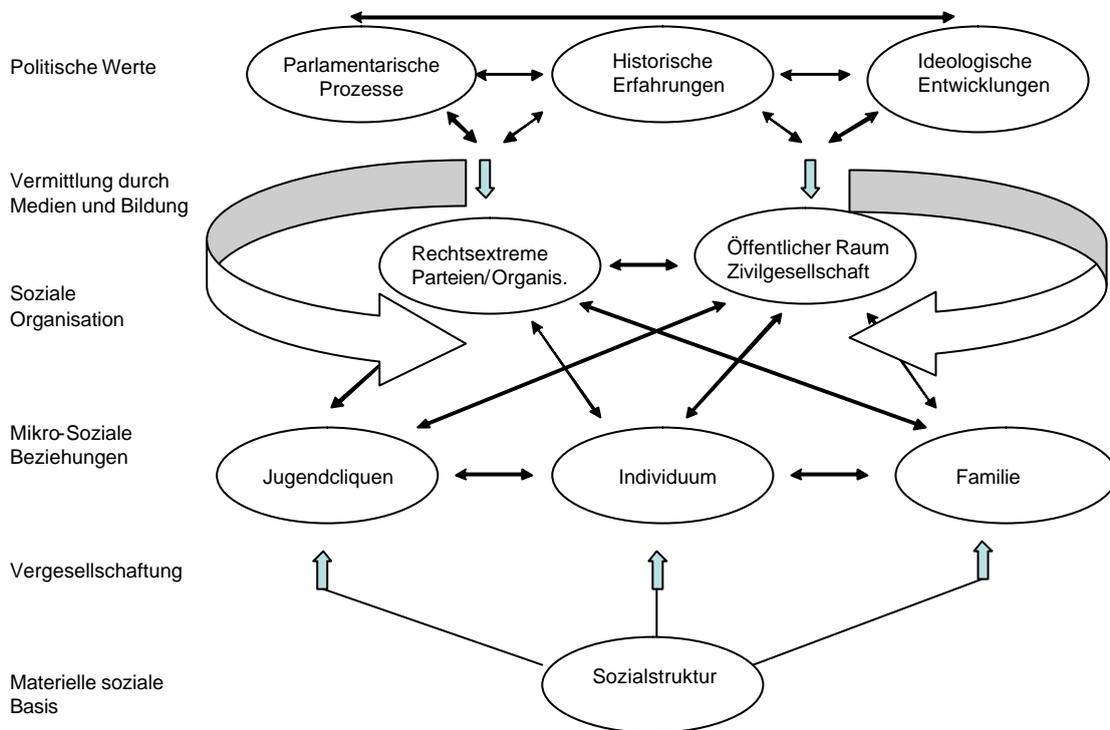
- Erstens: Individuelle Bedingungen bzw. Bedingungen, die sich individuell ausgeprägt zeigen:
 - Physiologische Belastungen, ererbte Bedingungen für antisoziales Verhalten; neurologische Belastungen
 - Medikamenten- und Drogenmissbrauch der Eltern

- Zweitens: Mikro-soziale Bedingungen:
 - Frühe emotionale Belastungen in der Kindheit, die nicht verarbeitet werden, die nicht erkannt bzw. adäquat behandelt werden, vor allem Trennungs- und Verlusterfahrungen und die Erfahrung inadäquater Fürsorge bzw. von Zurückweisung
 - Modelllernen, das nicht reflektiert und ggf. korrigiert wird (z.B. bezogen auf Autoritarismus, Ethnozentrismus, Geschlecht); Erfahrungen mit undemokratischen, aggressiv-gewalttätigen, nazi-verherrlichenden, fremdgruppen-abwertenden Vorbildern sowie Erfahrungen mit einseitigen Geschlechtsrollen-Vorbildern
 - Jugendcliquen, in denen Oppositionsverhalten sehr ausgeprägt ist, in denen die Identifikation mit bestimmten Ritualen, Symbolen und Männlichkeitsbildern dominiert und in denen die Anerkennung vor allem auf der Basis von körperlich erfahrener Kameradschaft, Unterordnung etc. erfolgt.

- Drittens: Makro-soziale Bedingungen:
 - Reizvolle Angebote rechtsextremer Parteien/Organisationen, diffuse Protestpotenziale anzulocken, Exklusivität und Geheimbündelei bieten und die attraktive Freizeitangebote angesichts fehlender Alternativen für Jugendliche in bestimmten Sozialräumen ermöglichen.
 - Einschlägige Deutungsmuster/Verfahrensweisen im öffentlichen Raum: Dominanz von rechten fremdenfeindlichen und antisemitischen Positionen im öffentlichen Raum bei gleichzeitiger geringer Ausprägung zivilgesellschaftlicher Gegenkräfte, verstärkt durch:
 - Politische Diskurse (z.B. „das Boot ist voll“)
 - Diskriminierung von Migrant*innen durch die Verwaltungspraxis
 - Diskriminierung von Migrant*innen im öffentlichen Raum
 - Problematische Medienberichterstattung zu spektakulären Gewalttaten oder zum Beispiel zuletzt über den NPD-Auftritt im Sächsischen Landtag.

- Soziale/ökonomische Deprivation, die Status- und Verlustängste auslösen
 - Ökonomischer Druck, Arbeitslosigkeit
 - Diskrepanz zwischen individuell verfügbaren Mitteln und Zielen
 - Milieuerosion/Desintegration
 - Fragile soziale Einbindung
 - Orientierungslosigkeit
 - Kein Zugang zu Ausbildung/Beruf
 - Fremdheitserfahrungen/Einwanderer Konflikte
 - interethnische/interkulturelle Konflikte in Nachbarschaft, Schule, Ausbildung
 - Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppen
- Viertens: Politische/historische/ideologische Bedingungen:
- Rechtsextreme Parteien, parlamentarische Prozesse
 - Bezüge zum historischen Nationalsozialismus
 - Ideologische Entwicklungen

Stark vereinfacht kann man die Zusammenhänge grafisch wie folgt darstellen:



Vergegenwärtigt man sich dieses Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren der Verursachung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und vergleicht dieses mit den Leitlinien der Programme *CIVITAS* und *ENTIMON* bzw. der Projektpraxis im Rahmen dieser Programme, wird schnell sichtbar, dass die Programme ihrem Selbstverständnis und ihrem Anspruch nach immer nur Teilaspekte des Gesamtzusammenhanges bearbeiten können und wollen.

6.2 Einordnung der Programme

Bei der Bewertung von Programmen der Größenordnung von *CIVITAS* und *ENTIMON* steht am Anfang neben den oben erwähnten spezifischen Bedingungen dieser beiden Programme, das Problem, auf Basis welcher empirischen Grundlagen man zu den jeweiligen Bewertungen kommt. De facto stehen vier Informationsquellen bereit: Es sind dies die Aufbereitungen der vorliegenden Anträge und Sachberichte der beiden Servicestellen für die Programme *CIVITAS* und *ENTIMON*, wie sie in den vorliegenden Berichten und in den Programminformationen im Internet⁹ enthalten sind. Darüber hinaus gibt es Berichte der beiden wissenschaftlichen Begleitungen, deren Kurzfassung mit diesem Bericht vorgelegt werden.

⁹ Vgl. <http://www.jugendstiftung-CIVITAS.org> und <http://www.ENTIMON.de>

Versucht man diese Daten zu überblicken, wird schnell eine zweite Schwierigkeit sichtbar, nämlich die Frage nach der Heterogenität bzw. Homogenität der Programme. Denn alle Erfahrung zeigt, dass die Formulierung von Leitlinien und die Bewilligung von Projekten das eine ist, die Entwicklungsdynamik der Projekte vor Ort u.U. aber etwas ganz anderes. Dies hat nichts mit Unfähigkeit oder bösem Willen zu tun, sondern meistens mit drängendem Handlungsdruck vor Ort, auf den mit fachlichen Antworten reagiert werden muss.

So sind alle Praxisprojekte unvermeidlich gezwungen, nicht nur die Leitlinien an die Bedingungen vor Ort anzupassen, sondern sich selbst angesichts von akuten Herausforderungen weiterzuentwickeln und auf aktuelle Problemlagen zu reagieren. In besonderem Maße gilt dies für Programme, deren zentrale Aufgabe – wie bei den hier in Rede stehenden Fällen – in der modellhaften Weiterentwicklung der Fachpraxis besteht. In gewisser Weise müssen dabei immer wieder die Grenzen der Programme ausgelotet und neu definiert werden.

Programme, vor allem dieser Größenordnung, laufen angesichts derartiger Dynamiken Gefahr, unscharf zu werden – wobei anzumerken sei, dass es nicht wenige gibt, die dies im Sinne einer flexiblen, problembezogenen Mittelverwendung vor Ort gerne bereit sind, in Kauf zu nehmen und dass dies auch durchaus sachlich sinnvoll sein kann.

M.a.W.: Die politische Steuerung derartiger Programme hat immer die Balance zwischen – zugespitzt formuliert – der reinen Lehre der Programme einerseits und dem dezentralen, flexiblen Anpassungsdruck vor Ort andererseits zu bewältigen.

Aus der Sicht der Evaluation von Programmen steckt darin insofern eine Herausforderung, als mit der Zunahme von Heterogenität eines Programms und Entgrenzung seines Profils es immer schwieriger wird, über das jeweilige Programm als Ganzes zu Aussagen zu kommen.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Auswertungen der beiden Servicestellen der Programme *CIVITAS* und *ENTIMON* sowie die bislang vorliegenden Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitungen, kann aufs Ganze gesehen zunächst festgehalten werden, dass – soweit angesichts der Vielschichtigkeit und Breite der Programme von außen erkennbar – es weitgehend gelungen ist, die Programmprofile und die Förderschwerpunkte identifizierbar zu erhalten.

Nicht unwesentlich hat dazu die enge Zusammenarbeit zwischen den Servicestellen der beiden Programme und die Kooperation mit dem BMFSFJ beigetragen, die es u.a. möglich machte, im Zweifelsfall z.B. Projektanträge dem jeweils anderen Programm zu übergeben, um auf diese Weise zu verhindern, dass die eigenen Programmvorgaben verwässert werden.

Diese vergleichsweise große Homogenität ist die Voraussetzung dafür, dass im Folgenden auf der Programmebene bzw. auf der Ebene der Förderschwerpunkte von den beiden Programmen *CIVITAS* und *ENTIMON* in einem empirischen und nicht nur programmatischen Sinne als jeweils einer Einheit gesprochen werden kann.

Geht man nun einen Schritt weiter und versucht die beiden Programme *CIVITAS* und *ENTIMON* in dem breiten Spektrum der Erklärungsansätze einzuordnen, um schließlich zu fragen, an welchen Stellen die beiden Programme ansetzen, lassen sich folgende Feststellungen treffen:

- Erstens: Die Schwerpunkte der beiden Programme liegen erstens auf der Ebene der mikro-sozialen Beziehungen, also der Ebene der unmittelbaren persönlichen Begegnungen, und zweitens auf der Ebene der Organisationen im Nahraum. Unter den ersten Typ fallen nahezu alle Projekte, die sich im Rahmen der Förderschwerpunkte politische Bildung bzw. interkulturelles Lernen direkt an Jugendliche wenden; Projekte des zweiten Typs wären z.B. die Netzwerkprojekte und die mobilen Beratungsteams, also Projekte, die im näheren sozialen Umfeld institutionelle Strukturen der Zusammenarbeit, der Qualifizierung und Unterstützung aufbauen und fördern. Die Opferberatungsstellen wären, je nach Schwerpunkt der Arbeit, auf beiden Ebenen anzusiedeln.
- Zweitens: Bei beiden Programmen liegt der Schwerpunkt ganz eindeutig auf der Stärkung der „demokratischen Kultur“, wie dies in den Leitlinien sowohl für das Programm *CIVITAS* als auch für *ENTIMON* genannt wird. Diese Akzentsetzung ist insofern folgenreich, und dies wird in der öffentlichen Diskussion um die Programme zu wenig gewürdigt, als damit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus eher ein primär- bzw. sekundär-präventiver Ansatz verfolgt wird. Nicht die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, gewaltbereiten fremdenfeindlichen Schlägern, bekennenden Antisemiten oder rechten Kadern steht im Mittelpunkt der Programme, obwohl diese in den Projekten auch vorkommen, sondern neben der Beratung und Unterstützung der Opfer vor allem die aktive Förderung demokratischer Kulturen, zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements und die Einübung der dazu förderlichen Einstellungen und Handlungsweisen. Allein die Leitlinien des Programms *ENTIMON* erwähnen als eine von sechs Zielgruppen „rechtsextremistisch gefährdete (vor allem männliche) Jugendliche“.
- Drittens: Sieht man sich die Förderschwerpunkte und die entsprechenden Projekte etwas genauer an, wird sichtbar, dass drei Schwerpunkte dominieren:
 - Strategien, die präventiv wirksame Bildungsprozesse aufseiten der Kinder und Jugendlichen anregen wollen. Mithilfe pädagogischer Angebote zielen diese Ansätze auf die Erweiterung des Wissens, die Stärkung demokratischer Orientierungen und die Ausbildung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Handlungsmuster und Konfliktlösungsstrategien.
 - Strategien, die auf die Unterstützung und Beratung sowohl von Opfern als auch demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen setzen. Neben der Beratung spielt vor allem die Unterstützung und Weiterbildung von Fachkräften einschließlich Lehrer/-innen, Multiplikatoren/-innen aller Art, Mitgliedern von Netzwerken und lokalen Politikakteuren eine zentrale Rolle.

- Strategien, die auf Ausbildung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen und Netzwerke im Gemeinwesen abzielen. Hierbei geht es vor allem um die Abstimmung und Koordinierung integrierter Vorgehensweisen, z.B. in Form lokaler Aktionspläne, die die Stärkung von Toleranz und Demokratie bei Kindern und Jugendlichen zum Ziel haben bzw. zur Implementierung von Strategien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im sozialen Nahraum.

Betrachtet man die zuvor genannten drei Punkte im Zusammenhang, wird schnell nachvollziehbar, dass trotz der Vielschichtigkeit der Programme eine ganze Reihe der Aspekte der vielschichtigen Syndrome Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bzw. der unstrittig dafür ursächlich wirksamen Faktoren *von den beiden Programmen nicht bearbeitet werden können.*

Hierzu gehören vor allem alle sozialstrukturell verursachten, aus gesellschaftlichen Konflikten resultierenden und individuell-biografisch angelegten Verursachungszusammenhänge. Zu dem zuletzt genannten Aspekt gehören vor allem die familiären Hintergründe, aber auch die Gleichaltrigengruppen, die Medien und zu weiten Teilen die Schule bzw. die Ausbildung.

Ebenso ist der gesamte Komplex dessen, was oben als politische, historische und ideologische Bedingungen bezeichnet worden ist, also z.B. die Entwicklung der rechten Vereins- und Parteienlandschaft, die öffentliche Debatte um den Auftritt der NPD im Sächsischen Landtag, das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren u.ä., dem Einfluss der Projekte entzogen.

6.3 Zur fachlichen Bewertung der Programme

Bei der Bewertung der Ergebnisse der Programme und der politischen Diskussion um die Zukunft der Programme ist es also von besonderer Bedeutung, dass die Inhalte der Programme mit ihren Möglichkeiten und Grenzen angemessen berücksichtigt werden. Nur so können ihre erwartbaren Leistungen in ein realistisches Verhältnis zu den generellen Problemen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gesetzt werden¹⁰.

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Voraussetzungen lässt sich der derzeit absehbare Zwischenstand der beiden Programme *CIVITAS* und *ENTIMON* auf der Programmebene zusammenfassend wie folgt bewerten:

- Die beiden Programme haben sich im hohen Maße als lernfähig erwiesen. Sowohl auf die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitungen als auch auf problematische Entwicklungen im Detail (z.B. hohe Zahl von punktuellen Event-

¹⁰ Bei der fachlichen Bewertung von Programmen empfiehlt es sich, generell zwischen einer binnenorientierten, also vor dem Hintergrund der Ziele der Programme orientierte Perspektive, wie sie die Berichte der beiden wissenschaftlichen Begleitungen prägen, einerseits und einer externen, also die Programme und ihren Zuschnitt als Ganzes in den Blick nehmenden Perspektive, andererseits zu unterscheiden. Diese zweite Perspektive soll in diesem Schlussabschnitt leitend sein.

Veranstaltungen) wurde in beiden Programmen mit der Überarbeitung der Leitlinien bzw. der Bewilligungspraxis schnell reagiert.

- Schon heute ist erkennbar, dass beide Programme wichtige Anregungen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe gegeben haben. Nach dem AgAG-Programm, in dem – sieht man einmal von den Versuchen, Deeskalationsstrategien in einem Teil von Sachsen-Anhalt zu implementieren, ab – vor allem Strategien der direkten Arbeit mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Jugendlichen, z.B. in Form der so genannten akzeptierenden Jugendarbeit, erprobt und weiterentwickelt worden sind, setzen die beiden Programme *CIVITAS* und *ENTIMON* bewusst auf die Stärkung der demokratischen Kultur, genauer: auf die Stärkung einer offensiven, zivilgesellschaftlich strukturierten demokratischen Kultur. Vor allem die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Programms *CIVITAS* belegen, dass dabei offene und moderierende Vernetzungsansätze erfolgreicher sind, als Konzepte, die allein auf die Ausbildung von zivilgesellschaftlichen Gegenwelten setzen.

Weitere innovative Impulse für die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe gingen erkennbar von den gewählten Förderschwerpunkten aus. Dies gilt insbesondere sowohl für den Förderschwerpunkt „Interreligiöse und interkulturelle Bildung“ als auch für die erstmals breit erprobten Ansätze der Opferberatung und der mobilen Teams.

- Vor allem die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Programms *CIVITAS*, aber auch die Erfahrungen mit den Netzwerkprojekten der beiden Programme machen deutlich, dass eine aussichtsreiche Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus weder von einzelnen Strategien noch von der Kinder- und Jugendhilfe allein zu leisten ist. Auch wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt von lokal abgestimmten Strategien erst in Ansätzen gesprochen werden kann, so ist damit doch ein wichtiger Schritt eingeleitet worden.
- Eines der zentralen ungelösten Probleme beider Programme ist das an vielen Orten beobachtbare Brüchigwerden der lokalen Infrastruktur vor allem im Bereich der Jugendarbeit. In nicht wenigen Fällen dienten unter der Hand die Programmmittel als kurzfristige Kompensation für das Wegbrechen der kommunalen Förderung. Problematisch ist diese Entwicklung aus drei Gründen:
 - Zum einen verändert sich schleichend, wenn auch unbeabsichtigt der Modellcharakter des Programms. Wenn Praxisprojekte vor Ort zunehmend dazu übergehen müssen, zumindest in Ansätzen einen Ausgleich für die fehlenden kommunalen Angebote zu ermöglichen, bleiben für die Erprobung neuer Strategien wenig Spielräume.
 - Unweigerlich führt die befristete Finanzierung, zumal, wenn sie – wie in den vorliegenden beiden Programmen – einen steigenden Eigenanteil der Kommunen vorsieht, angesichts knapper öffentlicher Kassen zu Konflikten. Im Kern geht es dabei um den im Prinzip unauflösbaren Widerspruch zwi-

schen Grenzen und Möglichkeiten einer zeitlich befristeten Finanzierung eines Modellprogramms einerseits und den in der Sache berechtigten Bedarfen vor Ort andererseits.

- Drittens schließlich lassen sich zumindest vereinzelt fatale „Hase und Igel – Entwicklungen“ beobachten. Während auf der einen Seite die Praxisprojekte erfolgreich gute Arbeit leisten, bricht auf der anderen Seite Stück für Stück die kommunale Jugendarbeit weg, und die dabei auftretenden Lücken werden strategisch geschickt von der NPD, rechten Kameradschaften, Initiativen und Bündeln genutzt. Es gehört zu den erfolgreichen Strategien der rechten Szene, auf die öffentlich zunehmend nicht mehr gedeckten Bedarfe an Freizeitangeboten, gemeinwesenbezogenen Aktivitäten (wie z.B. Straßenfeste), Bildungsmaßnahmen und Betreuung mit eigenen attraktiven Angeboten zu reagieren.

6.4 Perspektiven der Weiterentwicklung der Programme

Die oben dargelegten Überlegungen aber auch jüngste Forschungsergebnissen¹¹ weisen auf die Notwendigkeit, dass auch zukünftig der Bund sich als ein wichtiger politischer Akteur weithin erkennbar im Form von Bundesmodellprogrammen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bei Jugendlichen engagiert. Schon aus politischen und symbolischen Gründen, wäre ein Rückzug das falsche Signal. Die politische Kultur lebt davon, dass die verantwortlichen Akteure Position beziehen.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Programme *CIVITAS* und *ENTIMON* zeichnen sich eine Reihe inhaltlicher Herausforderungen ab, auf die es zu antworten gilt:

- Die beiden Programme haben sichtbar gemacht, dass – ähnlich wie in anderen Feldern der Sozial- und Gesellschaftspolitik – *integrierte lokale Strategien* ein Erfolg versprechender Weg sind. Auch wenn dabei zunächst sehr mühsam etablierte Zuständigkeiten, abgesteckte Verantwortlichkeiten und institutionalisierte Claims aufgeweicht, erweitert und in ein gemeinsames Vorgehen eingebunden werden müssen, so zeigt sich doch, dass dies – wenn es auch politisch unterstützt wird – möglich und wirksam ist. Unter der Überschrift *integrierte Strategien* wäre auch zu diskutieren, wie vor Ort der Brückenschlag zwischen den in *CIVITAS* und *ENTIMON* praktizierten Zugängen mit jenen Projekten und Ansätzen ermöglicht werden kann, die sich stärker mit gefährdeten bzw. in der rechten Szene bereits verankerten Jugendlichen beschäftigen.
- Damit verbunden ist eine weitere Herausforderung, nämlich die Gewinnung der lokalen kommunalen Politik für die Anliegen der Programme. So wichtig lokale Aktionspläne, Netzwerke, zivilgesellschaftliche Initiativen auch sind, so bleibt ihre Wirkung so lange auf ihren unmittelbaren Einflussbereich beschränkt, als es ihnen nicht gelingt, die lokale Politik für sich zu gewinnen. Die

¹¹ Vgl. z. B. zuletzt Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 3, Frankfurt/Main, Suhrkamp 2005

Erfahrungen der beiden Programme wie auch die Ergebnisse jüngerer Studien belegen, dass damit erhebliche Anstrengungen, die das Einzelprojekt überfordern können, verbunden sind. Vor allem, wenn kommunale Verwaltungen, Stadt- und Gemeinderäte, Bürgermeister und Landräte aus Image- oder anderen Beweggründen geneigt sind, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus herunterzuspielen oder gar zu ignorieren, haben die Projekte einen schweren Stand. Gerade deshalb wären aber Strategien, wie man unter diesen Bedingungen trotzdem erfolgreich, und d.h. so weit wie möglich gemeinsam mit den politischen Akteuren vor Ort, Netzwerkarbeit leisten kann, von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund gewinnt auch die Frage der Beteiligung der Kommunen an der Ausgestaltung der Programme neue Bedeutung.

- Einer der wichtigsten Impulse für die pädagogische Praxis war der Förderschwerpunkt „Interkulturelles bzw. interreligiöses Lernen“. Gerade die in den Programmen, vor allem im Rahmen von ENTIMON, sichtbar gewordenen Schwierigkeiten belegen, dass es hier noch Weiterentwicklungsbedarf sowohl von tragfähigen Strategien als auch von entsprechenden Qualifizierungsangeboten gibt.
- Analoges gilt für die Zielgruppen der beiden Programme. Vor allem in Bezug auf die Beteiligung von bildungsfernen Gruppen von Jugendlichen haben die Projekte nach wie vor noch Entwicklungsbedarf.
- Obwohl man weiß, dass die Gleichaltrigengruppe für Jugendliche ein wichtiger Erfahrungsort darstellt, gibt es bislang zu wenig erprobte gruppenbezogene Ansätze in den von CIVITAS und ENTIMON bearbeiteten Themenfeldern.
- Insbesondere im Rahmen des Programms ENTIMON kam ein breites Spektrum von Ansätzen der jugendbezogenen Bildungsarbeit zum Einsatz. Zum Teil wurden neue Ansätze erprobt, zum Teil wurden anderenorts bewährte Strategien in neue Felder übertragen. Auf's Ganze gesehen muss jedoch festgestellt werden, dass viele dieser Ansätze zu singulär und isoliert vom Alltag der Jugendlichen angelegt sind. Was notwendig erscheint, ist eine stärkere Integration der Bildungsangebote gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in für Jugendliche lebensweltlich attraktive Freizeit- und Qualifizierungsangebote. Dies ist umso notwendiger, als der schon erwähnten gezielten Besetzung des vorpolitischen Raums, wie dies der Bundeskanzler kürzlich bezeichnete, durch rechte Vereine und Parteien entsprechend abgestimmte Strategien entgegengesetzt werden müssen.

Allerdings muss bei alledem berücksichtigt werden, dass derartige Strategien nur solange Erfolg haben werden, solange es auch entsprechende lokale Angebote gibt. Wo die Jugendarbeit aus finanziellen Gründen eingestellt wird, kann auch ein Bundesmodellprogramm keinen Ersatz schaffen.

7. Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
11018 Berlin

Internet: www.bmfsfj.de